Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen, wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Die Redaktion

Teil E

Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E VI)

E. a) Themen global, die uns auch bewegen — Seiten E 1 – E 16

01) Philanthropische Subversion: Wie das Soros-Netzwerk in Mitteleuropa und auf dem Balkan arbeitet. Von Dániel KACSOH
02) Biden: Nie wieder russisches Gas! (Video) +UPDATE 21:10+ US-Staatssekretärin: „Nordstream wir nicht mehr funktionieren“ (Video)
03) Pipeline-Sabotage: Polens Ex-Verteidigungs-Minister dankt USA +UPDATE 28.09.+ US-Helikopter über Pipeline Anfang September
04) Exklusiv auf UM: „Den Great Reset bezwingen“ (VIDEO) Filmprojekt in USA läuft an – Bannon federführend. Von ELMAR FORSTER
05) Xi Jinping fordert Chinas Fokus auf Kriegsvorbereitungen

E. b) 2 Sonderthema Corona-Pandemie — Seiten E 17 – E 18

Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:

https://unser-mitteleuropa.com/

E. c) Wanderungen und Einwanderungen — Seiten E 19 – E 23

01) Flüchtlingsmassen in Holland: Chaos, Angst vor sozialen Unruhen +UPDATE 22.09.+ „Flüchtlingsaufnahme völlig gescheitert“

E. d) Länder weltweit – im Überblick — Seite E 24

Keine Berichte

E. e) Europa, Europa und die Welt — Seite E 25

Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft N A T O (Seiten E 25)

Keine Berichte

E u r o p ä i s c h e U n i o n (EU) (Seite E 25)

Keine Berichte

E. f) Mitteleuropa **Seite E 26**

Keine Berichte

E. g) Deutschland und nahe Staaten **Seiten E 27 – E 68**

BENELUX-LÄNDER (Seite E 27)

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)
(Seiten E 28– E 51)

01) Hälfte der Deutschen gegen vereinfachtes Asylverfahren für russische Flüchtlinge
02) New York Times: Deutschland hat die rigideste Gesinnungsjustiz Von DAVID BERGER
03) Nach „Sozialtourismus"-Vorwurf an Ukraine-„Flüchtlinge": CDU-Chef Merz entschuldigt sich und übt Selbstkritik
04) Impffanatiker Scholz und Faeser „Corona positiv"
05) Rechnung US-amerikanischer Deutschland-Ruinierer geht auf: Deutsche Unternehmen übersiedeln nach USA
06) Deutschland: Von mehr als 500.000 (!) „ukrainischen Sozialhilfe-Empfänger" sind 30.000 Araber
07) „Rülpserartige Unterbrechung": Professor aus Halle sagt Gendersprache den Kampf an
08) AfD-Politiker kritisiert Vollversorgung von Flüchtlingen: Lauterbach dreht durch und schwingt Nazikeule. *Von DAVID BERGER*
09) „Trolle des Verfassungsschutzes" sollen Hass in social-media schüren
10) Deutsche Netzbetreiber blockieren Photovoltaik-Anschluss ans öffentliche Stromnetz

B e r l i n und L a n d B r a n d e n b u r g (Seite E 52)

11) Neuwahlen - Bezirke ducken sich weg. Ed Koch

Ö s t e r r e i c h (Seiten E 53 – E 67)

12) Worst of Van der Bellen – eine Zitatensammlung
13) Österreicher Bundespräsident VdB und das Bundesheer: erst Ab- jetzt Aufrüstung?
14) Tirol: ÖVP-Grüne Koalition bei Landtagswahlen abgestraft: Mehrheit verloren, Desaster für ÖVP
15) Österreich als Strippenzieher eines erwünschten Regimewechsels in Weißrussland?

16) Österreich wird von „Schutzsuchenden“ überrannt: beinahe mehr neue Asylwerber als Geburten
17) Österreich: Bundespräsidenten-Wahl: Van der Bellen, der Repräsentant des linken Umverteilungsstaates

S ü d t i r o l (Seite E 68)

18) Giorgia Meloni gefährdet deutsche Minderheiten in Südtirol und im Trentino! Hilferuf nach Bayern!
Siehe AWR-826

E. h) Ostmitteleuropa Seiten E 69– E 83

P o l e n (Seiten E 69 - E 70)

01) Polen: Zehntausende bei „Marsch für das Leben“ in Warschau und anderen Städten

T s c h e c h i e n (Seite E 71)

02) Tschechien führt Kontrollen an der Grenze zur Slowakei ein
03) Ergebnis der Kommunal- und Senatswahlen in Tschechien

U n g a r n (Seiten E 72 – E 81)

04) Orban: „Der Westen ist für den Krieg“ – Volksbefragung in Ungarn (2. Teil)
Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER
05) Orban: „Europa wird zugrunde gerichtet“
Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER
06) Linke EU-Eliten arbeiten an Putsch gegen ungarische Regierung: „Rechtstaatlichkeits“-Bericht, Schattenregierung!!!
Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

S e r b i e n (Seiten E 82 - E 83)

07) Serbischer Ministerpräsident Vukic: „Doppelmoral des Westens zu Ukraine und Kosovo“

E. i) Osteuropa Seiten E 84 – E 155

W e i ß r u s s l a n d (Seiten E 83 - E 85)

01) Über 30 NATO-Einsatzflüge wöchentlich an Weißrussischer Grenze

U k r a i n e (Seiten E 86 – E 113)

02) Lambrecht erstmals seit Kriegsbeginn in der Ukraine - Waffen angekündigt
03) Russische Truppen aus Liman abgezogen – Kadyrow fordert Atomwaffen-Einsatz
04) Ukraine-Krieg im Live-Ticker: Munitionsengpässe? Moskau soll Abwehrraketen in Bodenoffensive einsetzen
Ein Live-Ticker von Sophie Bierent und Franziska Fleischer
05) Der "Eiserne General": Das ist der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte Walerij Saluschnyj
Von Lukas Weyell
06) Lipavský: „Russische Kriegsverbrechen anklagen“
07) Weitere Waffenlieferungen an Ukraine könnten dazu führen, dass Putin Atomwaffen einsetzt
Ein Gastbeitrag von Dieter Gellhorn
08) Selenskyj: der Schwindel der Gegenoffensive
Von THIERRY MEYSSAN

R u s s l a n d (Seiten E 114– E 155)

09) Experte über Putins Annexionsrede: "Absurde Aussagen, eines Staatschefs unwürdig"
Eine Analyse von Marie Illner
10) Putins Rede und Generalabrechnung mit der „Diktatur der westlichen Eliten“
11) Nach Annexionen: Was Russland jetzt konkret vorhat
12) Putin erklärt vier ukrainische Gebiete zu russischem Staatsgebiet
13) Ukraine-Krieg: Wie geht es nach der Teilmobilisierung weiter?
14) Memorial-Gründerin Scherbakowa "Putin verfolgt eine gefährliche, listige, situative Taktik"
15) Pro-Referenden-Massenkundgebungen in Moskau und russischen Städten

E. j) Kaukasusgebiet — Seite E 156

Keine Berichte

E. j) Südosteuropa — Seiten E 157 - E 159

Keine Berichte

E. k) Süd- und Westeuropa — Seiten E 160 – E 171

I t a l i e n (Seiten E 160 - E 171)

01) * LIVE-TICKER * ITALIEN WAHL * Linke Medien: „Faschisten, Faschisten !“

E. l) Nordwest- und Nordeuropa — Seite E 172

Keine Berichte

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“ *Seite E 173*
2 Karten zur Geschichte Westpreußens *Seite E 174*
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten *Seite E 175*
„Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte Seite E 176
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920 *Seite E 177*
Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz *Seite E 178*

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen — Seiten E 1 – E 16

01) Philanthropische Subversion: Wie das Soros-Netzwerk in Mitteleuropa und auf dem Balkan arbeitet

Von Dániel KACSOH

29. 09. 2022

Philanthropische Subversion: Wie das Soros-Netzwerk in Mitteleuropa und auf dem Balkan arbeitet

Das Netzwerk von Soros-Organisationen hat in den letzten Jahrzehnten einen erheblichen Einfluss auf die Innenpolitik verschiedener Länder ausgeübt. Hier sind die Details!

Philanthropismus für gesellschaftliche Umgestaltung

Wofür hat der milliardenschwere Börsenguru in den letzten Jahrzehnten, neben seinen Finanzmarktaktivitäten, Hunderte von Millionnen Dollar ausgegeben? Bezeichnet er diese doch slebst als philanthropische Tätigkeit, während er gleichzeitig die Idee einer offenen Gesellschaft nach dem Vorbild von Karl Popper fördert. Soros ursprüngliche Absicht bestand eigentlich im Abbau der kommunistischen Regime. Trotzdem aber hat er seit dem kommunistischen Regimewechsel mittels seiner Netzwerke immer mehr Einfluss auf nationale Regierungen gewonnen.

Während er in den USA nicht untätig war, setzt er seine Organisationen und sein Geld weiterhin unverhohlen ein, um die Innenpolitik der Länder Mittel- und Osteuropas und des

Balkans nach seinen Werten und Interessen umzugestalten. Dazu nutzte er seine Stiftungen und Medien, um durch Wahlmanipulationen, mit ihm verbündete Politiker an die Macht zu bringen. Diese begannen dann, ihre Länder nach den Vorstellungen des amerikanischen Aktienspekulanten zu verändern.

Konservative Regierungen sollen gestürzt werden

Auch wenn es noch Länder gibt, in denen Soros noch keinen Einfluss auf die Politik nehmen konnte – wie z.B. Polen – so verfügt dieser doch über ein breites Netzwerk in diesen Ländern und setzt alles daran, einwanderungsfeindliche, konservative Regierungen, die ihm ablehnend gesinnt sind, zu stürzen.

Obwohl der Einfluss der USA ein Risiko für die nationale Sicherheit darstellen kann, sind aber die betroffenen Länder bisher nicht in der Lage gewesen, mit diesem Phänomen umzugehen. Hier sehen wir uns die „Kriegspositionen" von Soros in unserer Region an.

P O L E N und der verkappte Feminismus

George Soros' Aktivitäten in Polen werden von der Báthory-Stiftung gesteuert, gegründet in den späten 1980er Jahren. Diese unterstützt seither Medien, NGOs, Proteste und sogar politische Parteien, und zwar im Versuch, die seit 2015 amtierende rechte Regierung zu stürzen. So soll etwas das Ergebnis der Wahlen von 2019 durch Straßendemonstrationen beeinflusst werden – vor allem durch die finanzielle Unterstützung einer regierungsfeindlichen Frauenbewegung in Polen, dem sogenannten „Zarenprotest".

Einfluss auf Medien

Im Jahr 2016 kaufte Soros außerdem über den „Media Development Investment Fund" (MDIF) das Unternehmen „Agora", welches hinter einer der größten polnischen Oppositionszeitungen, der „Gazeta Wyborcza", steht. Derselbe Fonds, der in 39 Ländern vertreten ist, scheint auch 444.hu in Ungarn zu finanzieren.

Neuer Euromaidan

Im Jahr 2017 planten Soros-Aktivisten in Polen einen Euromaidan nach ukrainischem Vorbild, woraufhin die polnischen Behörden den Leiter der örtlichen Organisation verboten. Soros bereitet sich möglicherweise auch auf die polnischen Wahlen im Jahr 2023 vor, nachdem er 2021 eine Beteiligung an einem der renommiertesten polnischen Medien, der „Rzeczpospolita", erworben hat. Zu dessen Ideologen gehören einflussreiche Persönlichkeiten wie der Warschauer Bürgermeister Rafał Trzaskowski, der auch Präsidentschaftskandidat für 2020 ist. Er hat auch Verbündete als Berater und Mitstreiter in anderen Oppositionsparteien. Erwähnenswert ist ferner: Dass die polnischen Oppositionsparteien, wie in Ungarn, eine gemeinsame Kandidatur für die Parlamentswahlen 2023 in Betracht ziehen.

Einflussreiche Denkfabrik in der T S C H E C H I S C H E N R E P U B L I K

Soros umfangreiches „zivilgesellschaftliches" Netzwerk nutzt er aktiv zur Beeinflussung der lokalen Politik. Allein im Jahr 2018 unterstützte er mehr als 20 Organisationen finanziell, darunter ein investigatives Portal. Im Jahr 2015 gründete der Börsenspekulant eine Denkfabrik namens „Europäische Werte", deren Vertreter sich seit 2016 aktiv in die tschechische Innenpolitik einmischen.

Anti-Babiš-Proteste

Der Name George Soros wurde im Zusammenhang mit den Protesten gegen den derzeitigen tschechischen Premierminister Andrej Babiš genannt. Sie wurde von einer NGO geleitet, die regelmäßig von seiner Unterstützung profitierten, wie das „Institute for the 21st Century“ feststellte.

Medieneinfluss

Petr Zantovski, Professor an der Wirtschaftsuniversität in Prag, hat bereits erklärt, dass Soros die tschechische öffentliche Meinung über Medien wie „neovlivni.cz“ und „hlidacipes.cz“ beeinflusst, welche dann unter dem Deckmantel der Reduzierung des russischen Einflusses rein politische Propaganda betreiben. Und mittels seiner Soros-Stiftung „Open Society Foundations“ (OSF) unterstützt er regelmäßig das Enthüllungsportal „invastigace.cz“, welchesa Babiš, der die Wahlen schließlich verlor, ins Visier genommen hatte. Unter den dann nachfolgenden Politikern der liberalen Kernland-Koalition, die im vergangenen Jahr an die Macht kam, sind auch Soros-Anhänger.

Vom Ausland finanzierte Proteste in der S L O W A K E I

Laut Petr Zantovski versucht Soros auch, über seine tschechischen Organisationen politischen Einfluss in der Slowakei zu erlangen. Der tschechische Universitätsprofessor sagte in einer Erklärung: Dass Soros‘ Beteiligung an der Regierungskrise in der Slowakei 2017 deutlich sichtbar sei. Im Jahr 2019 war Fico schließlich gezwungen, als Premierminister zurückzutreten, nachdem im Land wegen des Mordes an dem Journalisten Ján Kuciak Proteste ausgebrochen waren, die er als von Soros finanziert bezeichnete.

Die Präsidentschaftswahlen 2019 wurden ebenfalls zwischen Soros Schützling Zuzanna Čaputová und dem Souveränisten Maros Šefčovič ausgetragen. Nach Čaputovás Sieg enthüllte ein Artikel im britischen „Guardian“, dass Čaputová selbst Soros-Stipendiatin war und sich nach dem Ergebnis persönlich bei Soros für die „so vielen guten und wertvollen“ Dinge bedankte, die in der Slowakei mit Hilfe der Mittel der OSF getan werden konnten.

Medieneinfluss

Seither verstärkte er seinen Einfluss, beispielsweise erwarb er im vergangenen Jahr über den MDIF eine Beteiligung an dem slowakischen Portal „Sme“.

Eine Armee von Journalisten in S L O W E N I E N

Das „OSF Slowenien“ ist seit 1992 aktiv. 2018 kam dann aber mit Janez Jansa ein Soros-kritischer Ministerpräsident an die Macht. Erst 2022 gelang aber der Linken dessen Ablöse. Somit gewann dann die neu gegründete liberale „Freiheitsbewegung“, unter der Führung von Robert Golob, die Parlamentswahlen.

Laut der slowenischen Zeitung „Nova 24 Tv“ gibt es einige Verbindungen zwischen der Freiheitsbewegung und Soros. So arbeitete beispielsweise eine der stellvertretenden Parteivorsitzenden, Urska Klakocar Zupancic, als Richterin in Ljubljana, bevor sie in die Politik ging. In einem Interview leugnete sie nicht, dass sie die Möglichkeit hatte, über die OSF ein Jahr lang im Ausland zu arbeiten.

Tanja Fajon, die Außenministerin in Golobs Regierung, hat einen ähnlichen Hintergrund und steht auf der so genannten Soros-Verbündeten-Liste im EU-Parlament. Das Portal erwähnte

auch, dass Soros über die regierungsfeindliche NGO „Stimme des Volkes“ (Glas Lyudstva) aktiv am Wahlkampf beteiligt war. Einem Bericht der „OSF“ zufolge („Building an Open Society in the Western Balkans“) sponsert die Soros-Gesellschaft außerdem rund 100 Journalisten in Slowenien, die ausländische Medienorganisationen besuchen, Projekte im Ausland durchführen und an Konferenzen und Seminaren teilnehmen.

B U L G A R I E N und die Helsinki-Stiftung

So gewährte der Milliardär der bulgarischen Helsinki-Stiftung im Jahr 2020 ein einjähriges Stipendium, um die Idee einer „offenen Gesellschaft“ zu verbreiten. Außerdem kandidierte 2021 eine ihm nahestehende Partei, das „Demokratische Bulgarien“ (DB). Nachdem sich DB als unwirksam erwiesen hatte, wurde stattdessen das politische Projekt des Polit-Duos Petkov-Vasilev ins Leben gerufen. Einer von ihnen, Kiril Petkov, ist Harvard-Absolvent und kanadischer Staatsbürger und wurde vom demokratischen US-Präsidenten Joe Biden in einer Videobotschaft persönlich ausgezeichnet. Im November 2021 gewann die Partei des Duos, „Wir für den Wandel“, schließlich die Parlamentswahlen mit einer knappen Mehrheit, und Petkov war bis August dieses Jahres Premierminister, bis die Regierungskoalition in einer Vertrauensabstimmung zerbrach.

Dem bulgarischen politischen Kommentator Georgi Markov zufolge basierte die Gründung der Petkovs auf einem Plan von Gerald Knaus, der in seinem Land nur als Soros-Mann in der konservativen Presse bekannt ist. Alle wollten eine Regierung an die Macht bringen, die unter anderem bereit ist, Migranten ins Land zu lassen und die Gender-Ideologie zu akzeptieren.

NGO-Dumping in R U M Ä N I E N

Laut dem rumänischen Politologen Bogdan Duca gehört die „USR-Plus-Partei“ zu den Interessen von Soros, aber auch in der „Nationalliberalen Partei“ (PNL) ist dessen Einfluss spürbar. Nach seiner Ansicht hat Soros im Vorfeld der Wahlen am 6. Dezember 2020 bereits die so genannte „ideologische Schlacht“ gewonnen, bei der alle drei führenden Parteien auf der so genannten progressiven Plattform standen.

Nach dem Auftauchen von Soros in Rumänien wurden zunächst zwölf NGOs gegründet. Danach entstanden Dutzende neuer mit dem kaum verhohlenen Ziel, die im Wesentlichen orthodox-konservative rumänische Gesellschaft in eine liberale zu verwandeln.

So begann diese NRO-‚Armee‘, Druck auf die von der „Sozialdemokratischen Partei“ (PSD) geführten Regierungen auszuüben. Ein Element dieser Angriffe besteht darin: Die PSD wird ähnlich wie in der Tschechischen Republik mit einer pro-russischen Stimmung überzogen, um ihr so die Unterstützung durch die US-Regierung zu entziehen.

“Anti-Korruption“

Einigen Berichten zufolge gab die „OSF“ während der Präsidentschaftswahlen im November 2014 insgesamt 91,5 Tausend Dollar für so genannte „Anti-Hass-Kampagnen“ und weitere 41,25 Tausend Dollar für die Mobilisierung von im Ausland lebenden Rumänen zur Stimmabgabe aus. Zu dieser Zeit hatten aber die NGOs noch keine Partei gefunden, die ihnen passte. Sodann begannen sie mit dem Aufbau der DNA-Antikorruptionsbehörde, als wäre sie eine Partei. Die DNA ist gegen 1.138 Personen vorgegangen, darunter vierundzwanzig Bürgermeister, fünf Abgeordnete, zwei Ex-Minister und ein ehemaliger Regierungschef. Proteste Ende 2015 führten zum Rücktritt der Regierung, obwohl nur

fünfzehn Prozent der Bevölkerung die Regierung für eine Tragödie bei einem Konzert in Bukarest verantwortlich machten. Zu den „inoffiziellen Organisatoren" der Proteste gehörten ehemalige Soros-Unterstützer.

Spenden in M O L D A W I E N

An der Münchner Sicherheitskonferenz 2022 nahm auch der Sohn von George Soros, Alexander Soros, teil. Dabei machte er ein Foto mit seiner moldawischen Verbündeten, der moldawischen Präsidentin Maia Sandu. Sandu hat erhebliche finanzielle Unterstützung von Soros erhalten, um ihre Partei zu stärken, um dann schließlich als Siegerin aus den Präsidentschaftswahlen 2020 hervorzugehen.

Die ungarische „Magyar Nemzet" erwähnt das diesjährige Treffen: „Die moldawische Präsidentin Maia Sandu konnte nicht von der Lobbytour ausgeschlossen werden". Die Sabdu-Partei erhielt von 2017 bis 2018 insgesamt mehrere Millionen von Lei von der Soros-Stiftung über die Kanäle verschiedener NGOs. Zudem bat die Partei aber auch regelmäßig um Spenden von moldauischen Bürgern. Dies entwickelte sich zu einem großen Skandal, nachdem bekannt wurde, dass die Sandu's eine Menge von Soros-Geldern erhielten, während sie um Spenden bettelten. Dennoch sieht Alexander Soros die Präsidentin als eine „Weltklasse-Verfechterin von Demokratie und guter Regierungsführung".

Der Einfluss von Soros auf die moldawische Innenpolitik zeigt sich auch darin: Dass etwa Petru Culeac, Geschäftsführer der Soros-Stiftung Moldawien, bei der Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens zwischen dem „Nationalen Antikorruptionszentrum" und der „Soros-Stiftung Moldawien" am 31. März sagte: „Wir haben die moldawischen Behörden in der Vergangenheit in diesem Bereich unterstützt, so dass die staatlichen Institutionen in diesem Bereich effektiv sind."

M O N T E N E G R O und „die positive Kraft"

Erst im Mai 2020 hatte die Soros-affine NGO „Freedom House" die Republik Montenegro (zusammen mit Ungarn und Serbien) als einen Staat eingestuft, der „keine Demokratie mehr ist". Dabei wurde die Regierungszeit unter Milo Djukanovic als „Jahre der staatlichen Bestechung, des Machtmissbrauchs und der Taktik des starken Mannes" beschrieben.

Das politische Klima im Land änderte sich dann im Jahr 2020, mit der Ernennung von Dritan Abazovic zum stellvertretenden Premierminister. Schnell wurde klar: Dass dieser junge Politiker ein Verbündeter des Soros-Imperiums war. So traf jener den Sohn des US-Aktienspekulanten, Alexander Soros, im Mai 2020 auf dem „Word Economic Forum", und jener bezeichnete Abazovic als stabilisierende und positive Kraft für den gesamten westlichen Balkan". Und Dritan Abazovic sagte: Dass die montenegrinische Regierung entschlossen sei, mit der „OSF" und Alexander Soros zusammenzuarbeiten.

Im Juli traf sich Soros Jr. erneut mit dem Politiker, der im Frühjahr Premierminister von Montenegro wurde. In einem Twitter-Post bezeichnete er ihn als Freund und meinte: Dass sie über die Zusammenarbeit mit der OSF und den gemeinsamen Markt des Westbalkans gesprochen hätten. Mit Abazovic ist es also gelungen, nach der Abwahl von Djukanovic, eine Soros- Marionette an der Spitze Montenegros zu installieren, die dessen Politik vollständig umgesetzt haben wird, wenn er nicht im August 2022 gestürzt wird.

Anschuldigungen, Proteste in N O R D M A Z E D O N I E N

Seit 2008 erhält Nordmazedonien Entwicklungsgelder, so genannte „USAID-Mittel“ aus den USA, deren Hauptverteiler seit 2012 ausgerechnet die „OSF“ von George Soros ist. Er konnte also in dem Balkanstaat ein umfangreiches Netzwerk aufbauen.

2015 beschuldigte die mazedonische Linke den rechtsgerichteten Ministerpräsidenten Nikola Gruevski der Korruption. Trotz Dementis wurden ernsthafte Demonstrationen organisiert, bei denen viele junge Menschen mit Soros-T-Shirts auf die Straße gingen – gerade rechtzeitig zur Migrantenkrise. Im Jahr 2018 schließlich floh der einwanderungsfeindliche Gruevski aus dem Land, nachdem der ehemalige Ministerpräsident von der Sonderstaatsanwaltschaft verurteilt worden war.

An der Spitze des Landes stand dann Zoran Zaev, ein Politiker der Sozialdemokratischen Partei SDSM, der Soros treu ergeben war. Unterstützt wurden sie dabei von den mazedonischen Medien, auf die Soros ebenfalls erheblichen Einfluss hatte. Laut dem nordmazedonischen Premierminister Artan Grubi, sei Alexander Soros außerdem ein Freund Nordmazedoniens sowie der Region, der sich für Frieden und Demokratie einsetzen würde. Was auch immer das genau bedeutet.

Koordinierte Demonstrationen in der U K R A I N E

Im Jahr 1990 erschien George Soros erstmals in der Ukraine unter der Schirmherrschaft der „International Renaissance Foundation“. Zwischen 1990 und 2020 gab Soros insgesamt 310 Millionen Dollar aus, um das Ideal einer „offenen Gesellschaft“ in der Ukraine zu fördern. Nachdem die Stiftung zunächst erheblichen Druck auf die Leonid Kutschma-Regierung ausgeübt hatte, unterstützte sie gleichzeitig den Oppositionskandidaten Viktor Juschtschenko im Wahlkampf 2004 gegen Janukowitsch finanziell. Als Janukowitsch die zweite Runde gewann, brach die so genannte Orange Revolution aus, und Juschtschenko gewann dann die folgende Stichwahl.

Das nächste Mal spielte die Stiftung während der Revolution 2013/14 eine wichtige Rolle. Und auf ihrer Website verkündet sie stolz: Dass sie die Euromaidan-Initiative aktiv unterstützt hätte. Sie leisteten auch finanzielle Unterstützung bei der Gründung von „Hromadske TV“, welcher ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der regierungsfeindlichen Proteste spielte. Die Soros-Society steht aber auch jetzt hinter dem derzeitigen Präsidenten: Traf sich doch Alexander Soros Jr. im Mai in Davos mit Zelenskys Berater Serhiy Leshchenko, wo das Thema, wie man den Krieg gewinnen kann, besprochen wurde.

Ausländische Manipulationen in innerstaatliche Angelegenheiten

All diese politischen Aktionen werden aus dem Ausland finanziert. Diese Einflussnahme und Beeinflussungsversuche können aber auch ein Risiko für die nationale Sicherheit der betreffenden Länder darstellen.

Wie es scheint, waren die betreffenden Länder allerdings nicht in der Lage, mit diesem Einfluss umzugehen. Und Organisationen, die mit George Soros in Verbindung stehen, tun alles, um konservative, patriotische Regierungen zu stürzen, die ihnen nicht gefallen.

Im nächsten Teil unserer Serie werden wir zeigen, wie Spekulanten das ihnen zur Verfügung stehende Kapital nutzen können, um nationale Währungen und Aktienmärkte zu Fall zu bringen.

Dieser Artikel erschien als Erstveröffentlichung auf MANDINER, unserem Partner der Medienkooperation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Biden: Nie wieder russisches Gas! (Video) +UPDATE 21:10+ US-Staatssekretärin: „Nordstream wir nicht mehr funktionieren“ (Video)

29. 09. 2022

Bild: Wikipedia/Gage Skidmore Lizenz: CC BY-SA 2.0

+++UPDATE vom 29.09.2022 / 21:10+++

US-Staatssekretärin im Außenministerium: „Nordstream wir nicht mehr funktionieren“ (Video)

Nun ist eine weitere Aufnahme aufgetaucht, wobei eine Unterstaatssekretärin des „US-Außenministeriums für politische Angelegenheiten“ feststellt: „Auf die eine oder andere Weise wird Nord Stream 2 nicht mehr funktionieren.“ Diese Bemerkung fiel auf einer Rede am 27. Januar, um genau zu sein: „Ich möchte es unverblümt sagen: Wenn Russland auf die eine oder andere Weise in die Ukraine einmarschiert, wird aber Nord Stream 2 nicht mehr funktionieren.“

dav

Bede Zsolt auf Twitter: „ Közben újabb felvétel: így vagy úgy, de az Északi Áramlat 2 nem fog működni – mondta az amerikai külügyminiszter-helyettes. t.co/aVm9M6s10F“ / Twitter

https://twitter.com/BedeZsolt2/status/1575197574927351808?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1575197574927351808%7Ctwgr%5Ea2c034ecb260a9f6adcf1a53f8486114637912de%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Fwww.vadhajtasok.hu%2F2022%2F09%2F29%2Fkorabban-victoria-nuland-is-megemlitette-hogy-megszunhet-az-eszaki-aramlat-video

ERST-Artikel vom 29.09.2022 / 01:37

Biden: „Wir kriegen das hin!“

Joe Biden verspricht, dass es die „Nord Stream 2“-Pipeline bald nicht mehr geben wird. Wie es dazukommen soll, nachdem Deutschland diese kontrolliere, beantwortete der US-Präsident wie folgt: „Ich verspreche ihnen, wir bekommen das hin.“ Interessanterweise kam es in derselben Nacht zu „zufälligen“ Druckabfällen in den Pipelines „Nord Stream 1“ und „Nord Stream 2“. Laut Informanten handle es sich dabei um gezielte Anschläge. Seit Beginn der Russland-Sanktionen und der Zusage von Waffenlieferungen an die Ukraine durch die EU sei offensichtlich, dass die USA zu den Gewinnern des Ukraine-Kriegs zählt. So ist der Schluss, dass die Amerikaner hier ihre Finger im Spiel haben, keineswegs bei den Haaren herbeigezogen.

Dass die EU sich seit geraumer Zeit von (direkt bezogener) russischer Energie abnabelt und unter anderem auf amerikanisches, umweltschädliches und überteuertes Fracking-Gas setzt, ist dank der angepriesenen Sanktionen allseits bekannt. Doch dass die ach so Klimaschutz-affine Union gänzlich darauf umsteigen möchte, ist neu. Zwar wurde ein Gas-Embargo aktuell noch nicht beschlossen, doch alles scheint in die Richtung zu gehen. Dabei versucht die USA Europa unter die Arme zu greifen. Der mehr oder weniger offensichtliche Sabotageakt soll der EU ihre Entscheidung abnehmen. Was kümmert es schon die Amerikaner wenn unser Kontinent in eine wirtschaftliche Katastrophe stürzt? Im Gegenteil sie brauchen sich keine Gedanken um einen Mitbewerber am Weltmarkt machen.

Österreichischer FPÖ-Politiker bringt es auf den Punkt

Der außenpolitische Sprecher der FPÖ, Axel Kassegger, fordert deshalb von der EU volle Aufklärung und einen Einsatz für die europäischen Interessen:

„Das Interesse Europas kann es nicht sein, dass wir vom russischen Gas abgeschnitten werden. Es ist höchst an der Zeit, dass die EU Druck auf die beiden Kriegsparteien macht, um endlich in ernsthafte Verhandlungen einzutreten, um den Krieg so rasch wie möglich zu beenden.“

Weiters appelliert er an die Vernunft:

„Europa kann ohne russisches Gas derzeit bei Weitem nicht auskommen. Mit den technischen Defekten in den Pipelines hängt die Versorgung am seidenen Faden. Die jüngsten Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Biden seien höchst Hinterfragens würdig. Ein Umdenken muss endlich stattfinden!“

Dieser Beitrag erschien zuerst auf *ZURZEIT*, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIEN KOOPERATION

https://twitter.com/maxotte_says/status/1574979973802123264?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1574979973802123264%7Ctwgr%5E80938e759c87a6a29447eefd0b93275ff989cbf7%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fnie-wieder-russisches-gas-biden-ich-verspreche-wir-bekommen-das-hin-video%2F

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Pipeline-Sabotage: Polens Ex-Verteidigungs-Minister dankt USA +UPDATE 28.09.+ US-Helikopter über Pipeline Anfang September

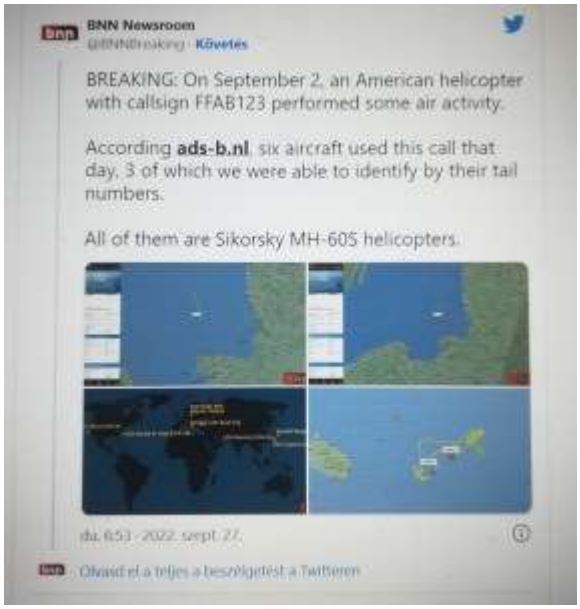
28. 09. 2022

Die Austrittfläche des Gases ist sogar vom Weltall zu erkennen.- *Bild: screenshot twitter*

+++ UPDATE 21:50 +++

Smoking Gun? US-Hubschrauber kreiste Anfang September über Explosionsstelle

Wie BNN-Newsroom berichtete soll „am 2. September ein amerikanischer Hubschrauber (Rufzeichen FFAB123) in der Luft im Einsatz“ gewesen sein: „Nach Angaben des Air-Traffic-Monitor verwendeten an diesem Tag sechs Flugzeuge dieses Rufzeichen, von denen drei durch ihre Hecknummern identifiziert wurden. Alle von ihnen sind Sikorsky MH-60S Hubschrauber“.



Twitter-Link

https://twitter.com/BNNBreaking/status/1574804363280719876?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1574804363280719876%7Ctwgr%5E25a0c793aefecda1039f948049ed0aad7112522e%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Fwww.vadhajtasok.hu%2F2022%2F09%2F28%2Fszeptember-elejen-amerikai-helikopterek-koroztek-az-eszaki-aramlat-2-felett

Ein weiterer Beitrag präzisierte:

„Wenn wir die FFAB123-Route an den Ort des gestrigen Unfalls bringen, erhalten wir ein interessantes Ergebnis: Der Hubschrauber flog entlang der Nord Stream 2-Route und sogar zwischen den Explosionsstellen."

„Minenräumer-Drohnen entwickelt"

„In der Zwischenzeit scheint es, dass andere Fahrzeuge der US Navy am 13. September auf der gleichen Route waren. Die USA haben auch einige Erfahrung auf der Insel Bornholm, wo sie kürzlich eine Drohnen-Minenräumtechnologie namens BALTOPS 22 entwickelt haben, die im Wesentlichen Dinge unter Wasser in die Luft jagt" – so der nächste Beitrag. Interessant wird es sein zu sehen, wie das Weiße Haus darauf reagiert, warum sie dort waren."

dav

ERST-Artikel 28.09.2022 / 14:17

Polnischer Ex-Verteidigungsminister dankt den USA

Es steht mittlerweile außer Zweifel, dass die Beschädigungen an den beiden Nord-Stream-Pipelines ein gezielter Sabotageakt waren. Wer hinter dem Angriff steht und warum das gemacht wurde, ist derzeit Gegenstand von Spekulationen.

Selbst die Mainstreammedien halten sich da zurück, niemand will sich offenbar blamieren, wenn frühere oder später die Wahrheit herauskommt. Lediglich die Ukraine weiß schon wieder alles besser und hat bereits einen Schuldigen ausgemacht: natürlich die Russen. Warum ausgerechnet die so etwas gemacht haben sollen, ist nicht nachvollziehbar. Die bräuchten einfach kein Gas über Nordsteam liefern – eine Zerstörung der Pipelines ist dafür gar nicht nötig.

Neben der Ukraine glaubt noch wer zu wissen, wer die Täter waren. Kein Geringerer als der der ehemalige polnische Verteidigungsminister Radoslaw Sikorski sieht die USA als Drahtzieher hinter den Anschlägen. Und bedankt sich dafür auf Twitter:

Thank you, USA. pic.twitter.com/nALlYQ1Crb

— Radek Sikorski MEP (@radeksikorski) September 27, 2022

Und Sikorski ist kein Unbekannter: Der ehemalige Verteidigungsminister ist immerhin Mitglied des Europäischen Parlaments. Und offenbar plaudert er unvorsichtigerweise das aus was so in Brüssel spekuliert wird.

Weitere Wortspenden von ihm auf Twitter lesen sich so:

„Übrigens gibt es keinen Mangel an Pipeline-Kapazitäten für den Transport von Gas aus Russland nach Westeuropa, einschließlich Deutschland. Die einzige Logik von Nordstream besteht darin, dass Putin Osteuropa ungestraft erpressen oder bekriegen kann.“

Der gute Mann übersieht dabei völlig, dass es Gas aus Nordstream 1 war, dass Deutschland vor wenigen Monaten Richtung Polen lieferte, als Russland Polen den Gashahn zudrehte.

Noch verrückter seine Beurteilung, wer denn an der Nichtinbetriebnahme von Nordstream 2 schuld war:

„Alle ukrainischen und baltischen Anrainerstaaten haben sich 20 Jahre lang gegen den Bau von Nordstream gewehrt. Jetzt liegen 20 Milliarden Dollar Schrott auf dem Meeresgrund, ein weiterer Preis, den Russland für seine kriminelle Entscheidung, in die Ukraine einzumarschieren, zahlen muss.“

Tatsache ist und bleibt, dass die beiden Röhren zwischen Deutschland und Russland, Deutschland unabhängig von den Gas-Transitländern gemacht hätten. Das hat am meisten die USA gestört, wie jeder weiß.

Russland nimmt dazu Stellung:

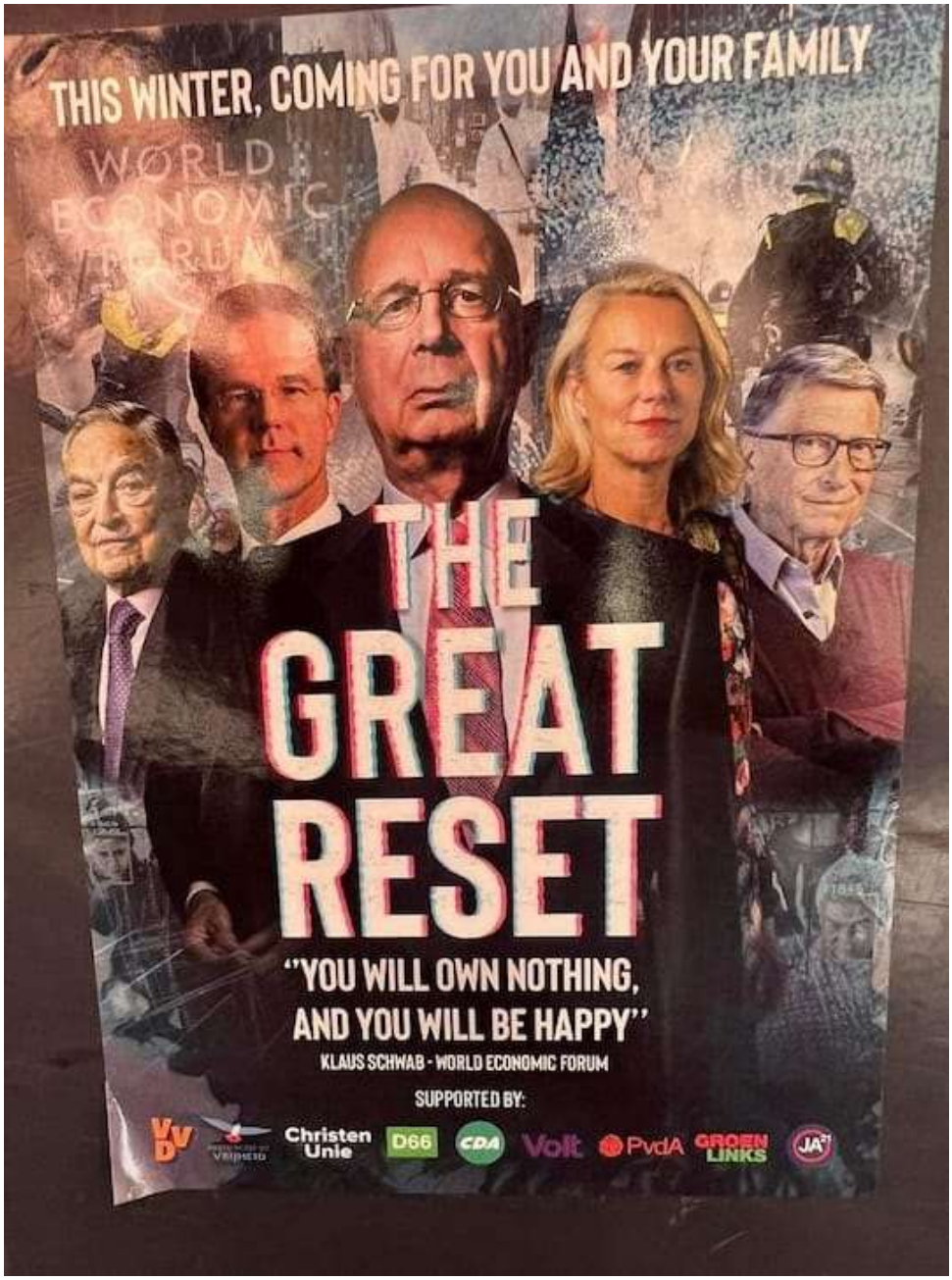
https://twitter.com/mfa_russia/status/1574854894049234948?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1574854894049234948%7Ctwgr%5Eb0cfd56600e8a01abdff7378698b6adaa5870df0%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fpipeline-sabotage-polens-ex-verteidigungs-minister-dankt-den-usa%2F

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Exklusiv auf UM: „Den Great Reset bezwingen“ (VIDEO) Filmprojekt in USA läuft an – Bannon federführend

Von ELMAR FORSTER

25. 09. 2022



„Defeating the Great Reset“

Die Veranstalter von „Turning Point USA“ haben am 16.–17. September 2022 in Phoenix, Arizona ein Buch und einen Trailer mit dem Titel „Defeting the Great reset“ präsentiert. Mit von der Partie ist auch kein Unbekannter: Nämlich Stephen Kevin Bannon, Ex-US-Präsident Trumps Chefstratege im Weißen Haus sowie Ex-Vorstand der neokonservativen „Breitbart News“.

„Wir unterwandern die Kabinette mit Global-Leaders“ (Klaus Schwab, WEF-Präsident)

https://unser-mitteleuropa.com/exklusiv-auf-um-den-great-reset-bezwingen-video/

„Bösartige Verschwörung aufhalten“

„Geprägt vom WEF“ (Weltwirtschaftsforum) sei „der Great Reset ein politischer, sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Plan, um die Prioritäten der Gesellschaft ‚völlig neu zu erfinden.‘ “

Doch habe „die Umsetzung dieser Ideologie:

Begrenzung der Energieunabhängigkeit

Einstellung der Landwirtschaft (etwa durch den kanadischen Präsidenten Trudeau),

Begrenzung des Privateigentums

massive Proteste (Bauernproteste in Holland)
… in ganz Europa ausgelöst.“

https://unser-mitteleuropa.com/exklusiv-auf-um-den-great-reset-bezwingen-video/

Neo-kommunistische Auflage globalistischer Elitär-Eliten

Nach Meinung der Autoren ziele „das WEF dabei (mit seiner Agenda) darauf ab, ’längst überfällige Reformen umzusetzen, die gerechtere Ergebnisse fördern’. Am berüchtigtsten“ sei „wohl der bis 2030 umzusetzende Vorschlag…

„Besitze nichts und sei glücklich!“

https://unser-mitteleuropa.com/exklusiv-auf-um-den-great-reset-bezwingen-video/

„Gefährlichste Bedrohung der Freiheit“

Weiters heißt es: „Der WEF-Great-Reset stellt eine der gefährlichsten Bedrohungen gegen die individuelle Freiheit, die nationale Souveränität, die von Gott bestimmten Rechte und das freie Unternehmertum dar, welche die Welt je gesehen hat.“

„Stoppen wir den Great Reset der radikalen Linken“

„Und Turning Point USA führt die Anklage an.“ Jeder der Redner auf der Veranstaltung habe „sich mutig gegen den Vorstoß der radikalen Linken gestellt, Amerika zu globalisieren und

seine Größe, Souveränität und sogar seine Freiheiten zu verlieren. Und diese sind hier, um Sie zu inspirieren und zu befähigen, an ihrer Seite zu stehen!“

„Nichts ist stärker als eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“ (Victor Hugo)

Die US-Bewegung hat mittlerweile auch Europa erreicht. Der Filmtrailer wurde bereits in Amsterdam affichiert…

Hier noch ein Link zur Eröffnungsrede der Veranstaltung in Arizona.

„Nichts wird so leicht für Übertreibung gehalten wie die Schilderung der reinen Wahrheit.“

(Joseph Conrad)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Xi Jinping fordert Chinas Fokus auf Kriegsvorbereitungen

25. 09. 2022

Xi´s 2 Millionen-Heer in Kriegsvorbereitungen

Der chinesische Staatschef Xi Jinping hat das Militär aufgefordert, sich auf die Vorbereitung von Militäreinsätzen zu konzentrieren.

Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Taiwan-Krise betonte Xi Jinping, dass die Ziele der Armeereform erreicht werden sollen.

Chinesische Volksarmee im „Kriegsmodus“

Die chinesische Volksbefreiungsarmee soll ihren Schwerpunkt auf die Vorbereitung von Kriegshandlungen legen. Dies erklärte der Staatspräsident der Volksrepublik China, Xi Jinping, auf einer Konferenz über die Landesverteidigung und Militärreform in Peking. Die lokale Nachrichtenagentur *Xinhua* zitierte das chinesische Staatsoberhaupt mit folgenden Worten.

„Es ist notwendig, erfolgreiche Reformerfahrungen sorgfältig auszuwerten und anzuwenden, sich in der neuen Situation und den Anforderungen an die Aufgaben zurechtzufinden, sich auf die Vorbereitung zum Krieg zu konzentrieren und den Mut zur Erforschung und Einführung von Innovationen zu haben.“

Xi Jinping bezeichnete die Verbesserungen durch die Reform der chinesischen Landesverteidigung und der Streitkräfte als einen historischen Erfolg, da die Volksarmee nun über ein neues System und eine neue Struktur verfüge.

Der Staatschef wies zudem die Vertreter der Zentralen Militärkommission, der Bewaffneten Volkspolizei und der chinesischen Militärakademien an, mit der Planung der nächsten Militärreform zu beginnen.

Militärreform mit „Eliteeinheiten“ begann 2015

Angekündigt worden war die umfangreiche Militärreform im Jahr 2015. Im Zuge der Reform sollten alle Teilstreitkräfte unter einem einzigen Militärkommando vereint werden, dessen Einrichtung bis 2020 geplant war. Vorgesehen war auch die Gründung von „Elitekampfeinheiten“.

Die Rede Xi Jinpings erfolgte nicht zufällig zu Zeiten einer angespannten Situation rund um Taiwan. Nicht zuletzt nachdem US-Präsident Biden amerikanische Militärunterstützung für Taiwan zugesagt hatte.

Am 21. September erklärte Shi Yi, der offizielle Vertreter des Kampfkommandos für die Ostzone, dass die chinesischen Einheiten nach der Passage von US-amerikanischen und kanadischen Marineschiffen in der Straße von Taiwan weiterhin eine hohe Kampfbereitschaft aufrechterhalten. Shi Yi betonte, dass die chinesischen Truppen allen Bedrohungen entgegentreten und bereit seien, die staatliche Souveränität und territoriale Integrität jederzeit zu verteidigen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. b) Sonderthema Corona-Pandemie Seiten E 17 – E 18

Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:

https://unser-mitteleuropa.com/

Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:

https://unser-mitteleuropa.com/

Spenden

Für jede Spende (PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! In diesem Fall geben Sie uns bitte eine Lieferadresse bekannt, unter:

unser-mitteleuropa@protonmail.com

10 Euro Spende	12 Aufkleber
20 Euro Spende	30 Aufkleber
40 Euro Spende	100 Aufkleber
100 Euro Spende	250 Aufkleber

Größere Mengen auf Anfrage

Möchten Sie uns via Banküberweisung unterstützen, finden Sie folgend unsere Kontodaten:

New Network Communications
IBAN: PL52 1020 2472 0000 6602 0609 1252
BIC: BPKOPLPW

Vielen Dank!

Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! Details hier.

https://unser-mitteleuropa.com/spenden/

Für Bestellungen unseres neuen Aufklebers „Impfzwang“ klicken Sie hier.

https://unser-mitteleuropa.com/sticker-aktion/

E. c) Wanderungen und Einwanderungen Seiten E 19 – E 23

01) Flüchtlingsmassen in Holland: Chaos, Angst vor sozialen Unruhen +UPDATE 22.09.+ „Flüchtlingsaufnahme völlig gescheitert“

22. 09. 2022

Von ELMAR FORSTER | Die von vielen Kritikern eines ungehemmten Flüchtlingsansturms gehegten Warnung werden nun in der Niederlande Realität…

+++ UPDATE 22.09.2022 +++

Der niederländische Telegraaf berichtet von großen Problemen bei der Flüchtlingsbetreuung sowie exorbitanter Mehrausgaben für die Unterbringung von Migranten – für „eine erhebliche zusätzliche Investition“ von einer Milliarde Euro im Zeitraum von 2022 und 2027 zur „Unterbringung und Integration von Statusinhabern“ – wie es euphemisierend heißt. Dies geht aus den sog. Prinsjesdag-Dokumenten hervor.

„Flüchtlingsaufnahme völlig gescheitert“

Besorgniserregend sei nicht nur ein „großer Mangel an Aufnahmeplätzen“. Sondern: Auch die „rapide abzunehmen scheinende“ Unterstützung in der Bevölkerung für die Betreuung der Migranten: Erst diese Woche musste aus diesem Grund ein neues Registrierungszentrum in Bant aufgelöst werden.

Verzweifelte Regierungsmaßnahmen

Die holländische Welcome-Regierung unter ihrem Premierminister Rutte arbeitet verzweifelt an einem Gesetzentwurf zur zwangsweisen Durchsetzung von Registrierungszentren. Ein

anderes Problem: Die organisierte schwere Kriminalität, wie etwa die grausamen Morde an Rechtsanwalt Wiersum und dem Kriminaljournalisten R. de Vries beweisen. Dagegen werden im kommenden Jahr weitere 103 Millionen Euro in den sogenannten „präventiven und nachbarschafts-orientierten Ansatz“ investiert werden – wie es im Welcome-Integrations-Charme heißt.

„Kleine Jungs sollen nicht zu großen Kriminellen werden.“

Wie es die Regierung offizielle ausdrückte. Weswegen ein Heer von lokalen Polizeibeamten, Jugendarbeitern, Lehrern und Kommunen „sich gemeinsam darum kümmern“ müsse. Auch gegen die Bekämpfung des Drogenhandels werden 23,5 Millionen Euro investiert, welcher vor allem über die Häfen, Transportunternehmen und den Flughafen Schiphol läuft.

Organisierte „subversive“ Kriminalität in den Haftanstalten

Dagegen will man 40 Mio. EUR ausgeben. Ein erstes Team zur Bekämpfung schwerer Verbrechen ist mittlerweile aber bereits gescheitert. Folgende Vorgabe offenbart wie keine andere besser das Scheitern der Kuschel-Justiz: Die Ausgabe von zusätzlich 34 Millionen Euro, um zu verhindern, dass Kriminelle in Haft ihre „falschen“ Praktiken fortsetzen: Gefängnisse sollen außerdem „Informationen über ihre Gefangenen zu sammeln“. Und sehr ominös…: „Es wird in sicherere (!) Formen der Justiz investiert.“ Denn bisher wäre dies nämlich schwierig gewesen, auch weil die Anwaltschaft diesbezüglich hinderlich gewesen wäre…

+++ UPDATE 26.08.2022 +++

Demonstrationen gegen unhaltbare Zustände – „Ärzte ohne Grenzen“ entsenden Inspektionsteam

„Echte Flüchtlinge rein – Unruhestifter raus !“

Hunderte Holländer demonstrierten gestern, Donnerstagabend, vor dem größten holländischen Flüchtlings-Registrierungszentrum Ter Apel, gegen die unhaltbaren Zustände, welche die Asylbewerber in der Gemeinde verursachen – berichtete der Telegraaf am Freitag.

Die Demonstranten hielten Transparente wie „Wir haben genug vom Ärger“ und „Echte Flüchtlinge rein, aber raus mit den Unruhestiftern“ hoch. Die Polizei verweigerte ihnen

allerdings den Zutritt in das Aufnahmelager. Die Demonstration durfte nur unter folgenden Bedingungen stattfinden: Verbot von diskriminierenden, beleidigenden oder aufrührerischen Äußerungen, Vermummungsverbot sowie das Verbot des Tragens von Fackeln.

Flüchtlingsaufnahme gescheitert

Die prekäre Lage im Registrierungszentrum ist aber symptomatisch für die Situation im ganzen Lande: Die Flüchtlinge sollten hier eigentlich zu Registrierung nur bis zu maximal sechs Tage verbringen. Daraus werden dann aber oft mehrere Monate, weil auch in anderen Flüchtlingslagern kein Platz ist.

Hier der Link zum Video…

„Ärzte ohne Grenzen“ entsendet Inspektionsteam

Internationale Hilfsorganisationen bezeichnen die sanitären Bedingungen im Lager als katastrophal. Unterdessen kommt auch das ausländerfreundliche Kabinett des holländischen Premierminister Mark Rutte stark unter Druck: „Mein Kabinett tut derzeit nichts anderes, als sich mit der schrecklichen Situation in Ter Apel zu befassen.“ – wie dieser versicherte. Um die Situation zu entschärfen wurden am Donnerstagabend 150 Migranten in die Gemeinde Appeldorn in Sporthallen umgesiedelt.

Hier der Link zum Video: https://cdn.jwplayer.com/previews/sUwzkZZL

Als Zeichen der ernsten Lage hat die Hilfs-NGO „Médecins Sans Frontières International“ ein Team nach Ter Apel entsandt. – zum ersten Mal, in der Niederlande.

Verzweifeltes Bemühen der Regierung – Skeptische Kommunen

Die Regierung bemüht sich derzeit verzweifelt in Gesprächen mit Kommunen und Flüchtlingsorganisationen darum, landesweit mehr Plätze für Migranten bereitzustellen. Doch: Während mehrere Städte Plätze für ukrainische Flüchtlinge angeboten haben, zögern zögern viele, außereuropäische Asylbewerber aufzunehmen. (vadhajtasok)

+++ Erst-Artikel v. 25.8.2022 +++

700 Menschen übernachten unter freiem Himmel

Laut Angaben der „Zentralagentur für die Aufnahme von Asylbewerbern“ (COA) haben erneut auch in der vergangenen Nacht mindestens 700 Menschen vor dem Antragszentrum in Ter Apel im Freien not-übernachtet. Die Rekordzahl ist also gegenüber der letzten Nacht gleich geblieben und beunruhigt die Behörden insofern, weil normalerweise montags und dienstags die frequentiertesten Tage sind.

Zu wenig Notunterkünfte

Außerdem klappt die Verteilung zu den regulären Asylbewerberzentren nicht. Wie schon lange befürchtet, können wegen akuten Wohnungsmangels die so genannten Statusinhaber nicht untergebracht werden. Selbst die Einwanderungsbehörde (IND) ist mit großen Rückständen bei der Bearbeitung von Anträgen überfordert.

Notverordnung: Zeltverbot wegen Schlägereien, Drogenhandels

https://www.youtube.com/watch?v=sqsUkgK2FRI

Die Lage ist explosiv: Seit gestern gilt ein Aufstellverbot für Zelte. Der Grund: „Viele gegenseitige Spannungen zwischen den Asylbewerbern“ – wie es diplomatisch ausgedrückt wird. Die ungeschminkte Realität: Es ist bereits zu „größeren Schlägereien mit Stichwaffen, Verletzungen und Verhaftungen“ gekommen. – Selbst die Rotkreuz-1.Hilfe-Stelle musste letzte Woche geschlossen werden.

Auf Basis einer Verordnung „Sicherheitsrisikogebiet“ erhält die Polizei nun umfassende Befugnisse, wie etwa präventive Razzien oder verschärfte Kameraüberwachung.

All das verschärft aber wegen der Hitze die Unterbringungssituation wie auch die bereits angespannte Stimmung erneut. (nos)

Ungeklärter Tod eines Babys

Entsetzen herrscht auch über den Tod eines drei Monate alten Babys, in einer Sporthalle . Die niederländische Abgeordnetenkammer hat eine Erklärung von Asyl-Staatssekretär Van der Burg (Asyl) urgiert. (nos)

Unruhen zwischen einheimischen Notstandsbeziehern gegen Flüchtlinge befürchtet

Die aus der Not heraus geborene Idee des COA-Chefs Schoenmaker, Notstandsbezieher-Familien zusammen mit Asylwerbern „unter einem Dach“ zusammenzulegen, zeigt die Dramatik des sich nun gesellschaftlich eskalierenden Regelkreises. (Volkskrant)

Genießen doch Asylwerber bei der Quartierzuweisung Vorrang, obwohl aber wegen der Wohnungsnot der Bedarf für andere „gefährdete Gruppen“ prekär ist. Im Klartext: „Wenn der Asylzuzug weiter zunimmt, könnte es sein, dass die eine Sozialhilfe-Empfänger-Mutter gehen muss.“ (Schoenmaker)

Der Parlamentsabgeordnete de Hoop befürchtet deshalb, „dass man Asylbewerber und Menschen in verletzlichen Situationen gegeneinander aufbringt. Wir hätten nie in diese Situation geraten dürfen.“

Prekäre Lage auf Sozialwohnungsmarkt

Und de Hoop weiter: „Viele gefährdete Menschen können kein schönes Zuhause mehr bekommen. Und es gibt zu wenige soziale Mietwohnungen.“ (nos)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. d) Länder weltweit – im Überblick Seite E 24

Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) · Foto: Хрюша / Wikimedia CC 3.0

Keine Berichte !!!

E. e) Europa, Europa und die Welt Seite E 25

Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft N A T O

(Seite E 25)

Keine Berichte

E u r o p ä i s c h e U n i o n (EU) (Seite E 25)

Keine Berichte

E. f) Mitteleuropa Seite E 26

Keine Berichte

E. g) Deutschland und nahe Staaten: Politische Themen S. E 27 – E 68

BENELUX-LÄNDER (Seite E 27)

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (Seiten E 28 – E 51)
(siehe auch nächsten Abschnitt für Berlin und Brandenburg)

01) Hälfte der Deutschen gegen vereinfachtes Asylverfahren für russische Flüchtlinge

Seit der Teilmobilmachung flüchten immer mehr Russen, vor allem Männer im wehrpflichtigen Alter, aus ihrem Heimatland. Im Bild sind russische Männer zu sehen, die die Grenze nach Georgien überquert haben. Einige werden aber auch den Weg nach Deutschland suchen. (Foto vom 28.9.2022, aufgenommen von Vano Shlamov für die Nachrichtenagentur AFP in Kazbegi/Georgien) © *AFP/VANO SHLAMOV*

Aktualisiert am 30.09.2022, 13:41 Uhr

- **Die Teilmobilmachung in Russland hat eine Debatte über die Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren ausgelöst.**
- **In einer exklusiven, repräsentativen Umfrage haben wir gefragt: Sollten russische Flüchtlinge, wie zum Beispiel Kriegsverweigerer oder Oppositionelle, Ihrer Meinung nach in Deutschland ein vereinfachtes Asylverfahren erhalten?**
- **Die Hälfte der Deutschen stimmt dagegen. Große Zustimmung kommt dagegen vor allem von zwei Gruppen.**

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte für den Krieg in der Ukraine jüngst die Einberufung von 300.000 Reservisten angekündigt. Ein Teil derjenigen, die davon betroffen sind, versuchen, sich dem Kriegsdienst zu entziehen. Aber nicht nur sie, auch Oppositionelle sowie andere durch die aktuelle Kreml-Politik in ihrer Freiheit eingeschränkte Russinnen und Russen verlassen das Land.

Krieg in der Ukraine

Kriegsdienstverweigerer bei uns aufnehmen? Melnyk: "Falscher Ansatz! Sorry“

vor 7 Tagen

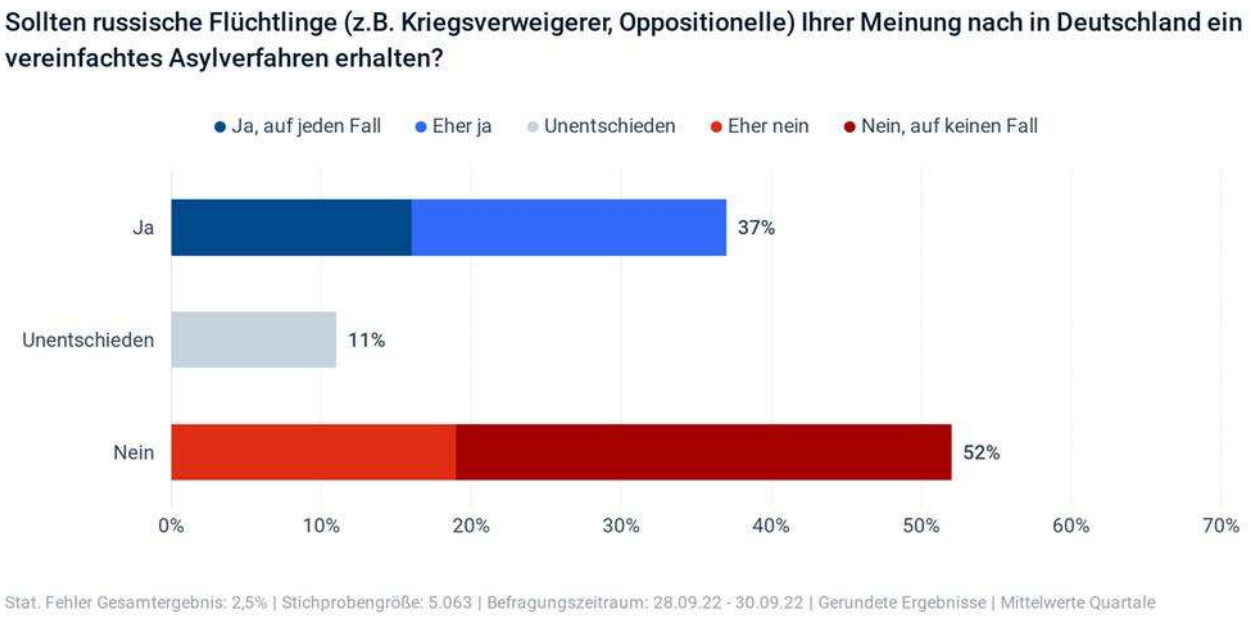
Einige auch Richtung Deutschland. Laut einem aktuellen Bericht des "Spiegel" mit Berufung auf das Auswärtige Amt seien seit dem 21. September 2022 Tausende Anfragen für Einreisegenehmigungen nach Deutschland bei den deutschen Vertretungen in den Hauptstädten Armeniens, Kasachstans, Georgiens, Aserbaidschans und Belarus eingegangen.

Die Bundesregierung will auf europäischer Ebene eine gemeinsame Linie zum Umgang mit russischen Kriegsdienstverweigerern erreichen. Es sei "ein gutes Zeichen", dass nach der verkündeten Teilmobilmachung viele russische Männer versuchten, sich dem Kriegsdienst zu entziehen. Jetzt gehe es darum, gemeinsam mit den anderen EU-Staaten "eine tragfähige Lösung" zu finden, sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit.

Hälfte der Deutschen gegen vereinfachtes Asylverfahren für russische Flüchtlinge

Doch wie sehen das die Menschen, die hier leben? Die Hälfte der Deutschen stimmt dagegen, dass russische Flüchtlinge in Deutschland ein vereinfachtes Asylverfahren erhalten. Das ergab eine repräsentative Umfrage im Auftrag unserer Redaktion, für die das Meinungsforschungsinstitut Civey vom 28. bis 29. September die Antworten von 5.071 Befragten ausgewertet hat.

"Sollten russische Flüchtlinge (zum Beispiel Kriegsverweigerer, Oppositionelle) Ihrer Meinung nach in Deutschland ein vereinfachtes Asylverfahren erhalten?", lautete die Frage.

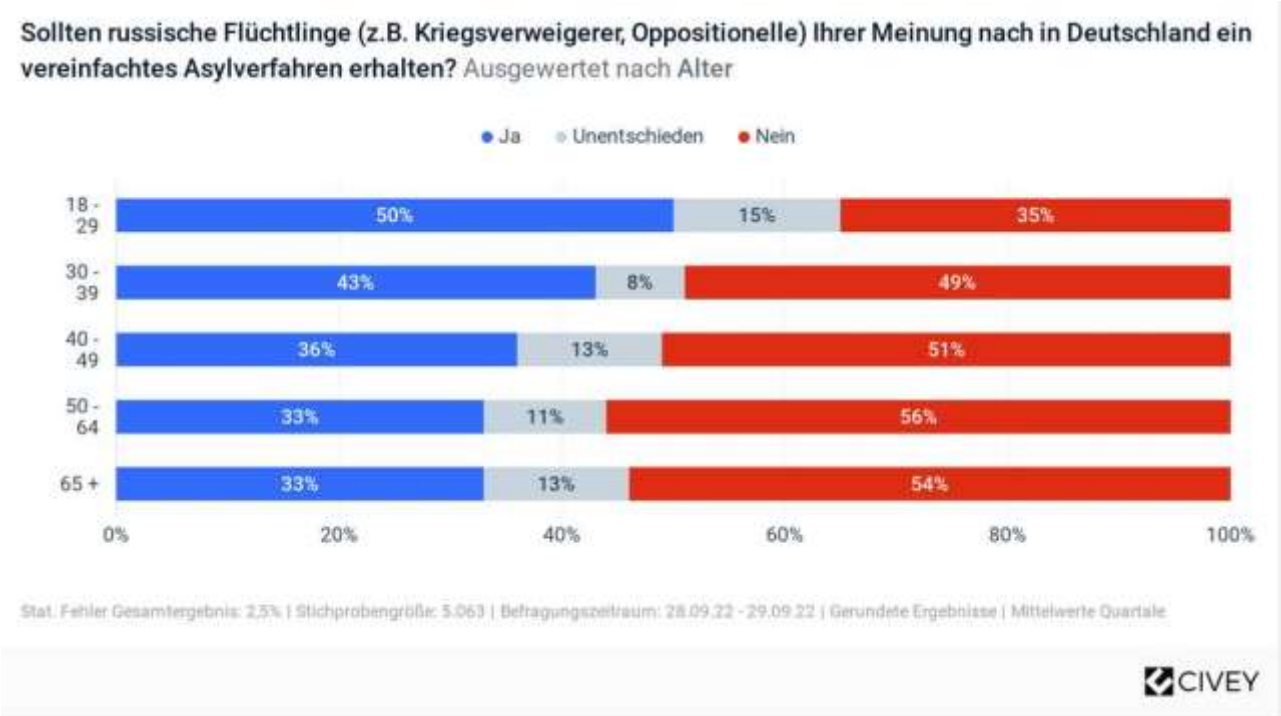


Etwas mehr als die Hälfte der Deutschen stimmt dagegen, dass russische Flüchtlinge in Deutschland ein vereinfachtes Asylverfahren erhalten. © *Civey/1&1*

Insgesamt 51 Prozent der Befragten sprechen sich gegen ein solch vereinfachtes Asylverfahren aus. Davon votierten 33 Prozent sogar mit einem klaren "Nein, auf keinen Fall". 37 Prozent sind für ein einfachtes Verfahren, 12 Prozent zeigen sich unentschieden.

Vor allem Anhänger der AfD sind gegen ein vereinfachtes Asylverfahren für russische Flüchtlinge. © *Civey/1&1*

Interessant ist der Blick auf das Ergebnis bei den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und der Parteizugehörigkeit: Große Zustimmung für ein vereinfachtes Asylverfahren kommt von der Grünen-Anhängerschaft sowie den jüngeren Befragten.



Jüngere Befragte sind eher für eine vereinfachte Aufnahme, am meisten dagegen ist die Gruppe der 50- bis 64-Jährigen.- © *Civey/1&1 (szu)*

Mit Material der Nachrichtenagenturen dpa und AFP

https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/haelfte-deutschen-vereinfachtes-asylverfahren-russische-fluechtlinge-37340822

02) New York Times: Deutschland hat die rigideste Gesinnungsjustiz

Von DAVID BERGER

29. 09. 2022

In den USA schüttelt man nach einem Artikel der „New York Times“ den Kopf über Deutschland und fühlt sich an die dunkelsten Zeiten dieser Nation erinnert. Der Grund: Die umfangreiche Reportage widmet sich dem gestörten Verhältnis der deutschen Regierung zur Meinungsfreiheit und enthüllt, dass Deutschland im Kampf gegen regierungskritische Stimmen „weiter als jede andere westliche Demokratie gegangen ist, um Einzelpersonen für das zu verfolgen, was sie online sagen.“

Ein ausführlicher Bericht der *New York Time*s hat das Ausmaß der deutschen Strafverfolgung von „Online-Sprachdelikten“ offengelegt und einen Blick hinter die Kulissen der Institutionen gewährt, die mit der Überwachung sozialer Medien beauftragt sind, um Prozesse gegen deutsche Bürgerinnen und Bürger wegen ihrer Online-Postings zu initiieren.

Mehr als 8.000 Fälle von politisch inkorrekter Online-Sprache

Die Times sagt, dass es laut ihrer Recherche mehr als 8.500 Fälle im Zusammenhang mit mutmaßlichen Straftaten im Zusammenhang mit Online-Sprache gibt und mehr als 1.000 Personen seit 2018 angeklagt oder bestraft wurden. Offizielle Daten zur Gesamtzahl der Personen, die wegen Straftaten im Zusammenhang mit Online-Sprache angeklagt wurden, gibt es nicht. Aber die Experten, die mit der New York Times sprachen, sagten, dass die wahre Zahl wahrscheinlich viel höher ist als die von der NYT herausgefundene.

Der Bericht der New York Times enthält auch Details über die umfangreichen Überwachungsmaßnahmen in den sozialen Medien, die von einer Task Force in der deutschen Stadt Göttingen durchgeführt werden. Diese Task Force wurde im Jahr 2020 gegründet und verfügt Berichten zufolge über Flure, Bücherregale und Schreibtische, die mit roten Beweisakten gefüllt sind. Diese Akten enthalten Ausdrucke von Facebook-Kommentaren, Tweets und Telegram-Posts deutscher Bürger. Ermittler, die in der Task Force arbeiten, durchsuchen soziale Medien, öffentliche Aufzeichnungen und Regierungsdaten, um Beweise für mutmaßliche Straftaten im Zusammenhang mit Online-Sprache zu sammeln.

Hausdurchsuchung und das Fernsehen kommt mit

Die Task Force ist für Fälle in ganz Niedersachsen zuständig. Berichten zufolge führen die niedersächsischen Behörden mehrmals im Monat Hausdurchsuchungen durch, die in einigen Fällen von einem lokalen Fernsehteam aufgezeichnet und übertragen werden.

Bürger, bei denen eine Razzia durchgeführt wird und die sich weigern, ihre Telefone herauszugeben, bekommen diese beschlagnahmt und sie werden an ein Labor geschickt. Dieses Labor verwendet Software der Firma Cellebrite, um die beschlagnahmten Telefone zu entsperren.

Allein diese Task Force verfolgte im vergangenen Jahr 566 „internetsprachbezogene Straftaten“ und rechnet damit, dass sie bis 2022 doppelt so viele Fälle aufklären wird. Die Einheit verhängt außerdem Geldbußen oder Strafen gegen rund 28 Prozent der Personen, gegen die ermittelt wird.

Die deutschen Behörden richten nicht nur Task Forces ein, die die Beiträge ihrer Bürger in den sozialen Medien durchkämmen, sondern setzen laut der New Times auch Ermittler für „Internet-Hassreden“ ein. Einer dieser Ermittler, Swen Weiland, arbeitet Berichten zufolge daran, Menschen zu entlarven, die anonyme Konten in den sozialen Medien betreiben, indem er versucht herauszufinden, wo sie arbeiten, wo sie leben und wer ihre Freunde und Familie sind.

„Ich versuche herauszufinden, was sie in ihrem normalen Leben tun“, sagte Weiland der Times. „Wenn ich herausfinde, wo sie leben oder wer ihre Verwandten sind, kann ich die echte Person finden. Das Internet vergisst nicht.“

Covid-Beschränkungen mit dem Holocaust verglichen

Der New York Times zufolge hat Weiland einmal ein Online-Register lizenzierter Architekten benutzt, um einen „unbekannten Twitter-Nutzer“ zu entlarven, der Covid-Beschränkungen mit dem Holocaust verglich.

Die Times beschreibt nicht nur, wie deutsche Einsatzkräfte und Ermittler das Internet nach angeblichen Straftaten im Zusammenhang mit Online-Sprache durchforsten, sondern nennt auch mehrere Beispiele für Hausdurchsuchungen bei deutschen Bürgern und die Beschlagnahme ihrer Geräte, nachdem sie „Beleidigungen“ oder „Hassreden“ auf Social-Media-Plattformen gepostet hatten.

Bei einem Mann wurde eine Razzia durchgeführt, nachdem er ein Bild auf Facebook geteilt hatte, das „eine hetzerische Aussage über Einwanderung enthielt, die fälschlicherweise einem deutschen Politiker zugeschrieben wurde“. Die Polizei durchsuchte seine Wohnung

und beschlagnahmte mehrere Geräte. Die New York Times berichtet, dass diese Razzia eine von etwa 100 ähnlichen Razzien war, die zu dieser Zeit in ganz Deutschland stattfanden.

Sie sollen Angst haben, dass die Polizei morgens um 5 Uhr vor der Tür steht

Der Chef des deutschen Bundeskriminalamtes, Holger Münch, sagte: „Wir machen deutlich, dass jeder, der Hassbotschaften postet, damit rechnen muss, dass die Polizei hinterher vor der Tür steht."

Andere Staatsanwälte sagten, selbst wenn der Mann nicht gewusst habe, dass die Kommentare fälschlicherweise dem deutschen Politiker zugeschrieben worden seien, müsse er mit einer Strafe rechnen.

„Der Beschuldigte trägt das Risiko, ein falsches Zitat zu verbreiten, ohne es zu überprüfen", so die Staatsanwälte.

Bei einem anderen Twitter-Nutzer wurde die Wohnung von sechs deutschen Polizeibeamten durchsucht, nachdem er „Du bist so ein Pimmel" an einen Stadtsenator getwittert hatte, der gegen die lokalen sozialen Distanzierungsregeln verstoßen hatte, für deren Durchsetzung er verantwortlich war.

„Sie waren nicht hier, weil ich im Verdacht stehe, jemanden zu ermorden"

Und ein Aktivist, der auf die Facebook-Nachricht eines deutschen Politikers reagierte, indem er einen Link zu einem Bild eines Wandgemäldes mit diesem Satz postete, wurde von vier deutschen Polizeibeamten zu Hause durchsucht und mehrere Geräte beschlagnahmt.

„Sie waren nicht hier, weil ich im Verdacht stehe, jemanden zu ermorden", sagte der Aktivist der Times. „Ich wurde lediglich verdächtigt, jemanden online beleidigt zu haben."

Razzien sind nicht die einzige Taktik, die in dem Bericht der New York Times beschrieben wird. Der Bericht beschreibt auch mehrere Fälle, in denen deutsche Bürgerinnen und Bürger mit vier- oder fünfstelligen Geldstrafen belegt wurden, weil sie gegen die strengen Online-Gesetze des Landes verstoßen haben.

Ein anonymer Twitter-Nutzer, der einen Journalisten als „dumm" und „geisteskrank" bezeichnet hatte, wurde zu einer Geldstrafe von 1.000 € verurteilt, nachdem der Journalist ihn entlarvt und seine Daten an die örtliche Staatsanwaltschaft weitergeleitet hatte.

Journalist: Der Meinungsfreiheit Grenzen zeigen

„Ich bin froh, dass sie etwas dagegen unternommen haben und diese Person ein Signal bekommen hat, dass es Grenzen für die freie Meinungsäußerung gibt", sagte der Journalist.

Eine andere Person wurde Berichten zufolge zu einer Geldstrafe von umgerechnet etwa 10.000 Dollar verurteilt, nachdem sie „Beleidigungen über türkische Einwanderer geteilt" hatte.

All diese Vorfälle ereigneten sich, nachdem Deutschland 2018 eines der weltweit strengsten Gesetze gegen „Hassreden" eingeführt hatte (NetzDG). Das Gesetz verpflichtet soziale

Netzwerke, Hassreden innerhalb von 24 Stunden von ihren Plattformen zu entfernen. Im Jahr 2021 versuchte Deutschland, das Gesetz noch weiter zu verschärfen, aber ein Gericht entschied Anfang dieses Jahres gegen diese strengeren Bestimmungen.

Einige der strengsten Sprachregelungen der Welt

Obwohl das Land bereits über einige der strengsten Sprachregelungen der Welt verfügt, sind laut dem Bericht der Times viele deutsche Gesetzgeber der Meinung, dass das Gesetz gegen Hassreden im Internet nicht weit genug geht, da es auf Unternehmen und nicht auf Einzelpersonen abzielt.

Daniel Holznagel, ein ehemaliger Beamter des Justizministeriums, der an der Ausarbeitung der deutschen Hassredegesetze mitgewirkt hat, meinte, dass die Verfolgung von Bürgern wegen ihrer Online-Rede ähnlich sei wie die Verfolgung von Personen, die illegal Musik und Filme aus dem Internet herunterladen.

„Man kann nicht alle strafrechtlich verfolgen, aber es wird einen großen Effekt haben, wenn man zeigt, dass eine Strafverfolgung möglich ist“, sagte Holznagel.

Dieser Einblick in die deutschen Bürgerinnen und Bürger, die wegen ihrer Online-Postings mit Razzien, Geldstrafen und Ermittlungen überzogen werden, ist nur eines von vielen Beispielen für die zunehmende Einschränkung der freien Meinungsäußerung im Netz in Deutschland. Bürgerinitiativen fordern deutsche Bürger auf, so genannte Hassreden über eine App zu melden, und deutsche Behörden setzen die Messaging-App Telegram unter Druck, Inhalte zu zensieren.

Covid kam für die Zensoren gerade recht

Abgesehen von der Einschränkung der Meinungsfreiheit setzen die deutsche Regierung und ihre Polizeikräfte die Überwachungstechnologie Covid ein, um Bürger zu Zwecken zu verfolgen, die nichts mit Covid zu tun haben, und verhängen Beschränkungen für Bürger, die ihre Impfungen nicht auf dem neuesten Stand haben.

Und während Bürgerinnen und Bürger, die Beleidigungen oder „Hassreden“ posten, mit Razzien, Geldstrafen oder Ermittlungen rechnen müssen, erstellen die deutschen Behörden Hunderte von gefälschten „rechtsextremen“ Konten in den sozialen Medien, die zum Hass aufstacheln. Die deutschen Behörden haben die Einrichtung dieser gefälschten Konten damit begründet, dass sie für die Informationsbeschaffung notwendig seien. Dass sie – was noch ungeheuerlicher ist – auch gezielt Hass schüren sollen, verschwieg man der New York Times.

Den Text der NYT finden sie hier. Die Zusammenfassung folgt weitgehend jener von Reclaim The Net. Dieser Beitrag erschien zuerst auf PHILOSOPHIA PERENNIS, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Nach „Sozialtourismus“-Vorwurf an Ukraine-„Flüchtlinge“: CDU-Chef Merz entschuldigt sich und übt Selbstkritik

27. 09. 2022

Da hat sich der CDU-Vorsitzender Friedrich Merz wohl zu weit hinausgelehnt und offensichtlich vergessen, dass der Korridor dessen, was zu sagen erlaubt ist, immer enger wird, in diesem freiestem Deutschland, was es je gab. Speziell dann, wenn es um die Gebenedeitesten in diesem Land geht: um den sakrosankten „Flüchtling“. Der selbst nach Genfer Flüchtlingskonvention nur dann als solcher einzustufen ist, wenn er
a) persönlich verfolgt wird und

b) auch nur dann, wenn er im ersten sicheren Land gelandet ist. Und das ist eben nicht Deutschland, es sei denn, der „Schutzsuchende“ reist per Flugzeug ein.

Merz sprach in diesem Zusammenhang von „Sozialtourismus“ und von Leuten aus der Ukraine, die sich „das System zunute machen“. Wie recht er hat, bestätigen zwei Tatsachen:

- Die Ukraine ist groß genug und es gibt dort jede Menge Bereiche, wo der Krieg nicht stattfindet – z.B. im ganzen westlichen Teil des Landes, dass doppelt so groß wie Deutschland ist. Gibt es dort Opfer der Kriegshandlungen? Nein! Warum hilft man dort nicht Personen, die in der Tat aus den Kriegsgebieten im Osten geflohen sind?
- Warum herrscht ein reger Pendelverkehr zwischen der Wunschdestination Deutschland und der Ukraine? Und zwar in beide Richtungen! Auch in Österreich sind die Flexbusse Wien – Kiev komplett ausgebucht.

Die „Tat“:

Gegeüber „Bild TV“ sagt Merz:

„Wir erleben mittlerweile einen Sozialtourismus dieser Flüchtlinge – nach Deutschland, zurück in die Ukraine, nach Deutschland, zurück in die Ukraine.“

Eine größere Zahl würde sich „dieses System zunutze machen“. Der Oppositionsführer wies darauf hin, dass seine Partei bereits im Frühjahr auf dieses Problem hingewiesen hätte. Die Ampel-Koalition hätte sich jedoch „taub gestellt“.

Die Entschuldigung:

Nach massiver Kritik hat sich nun Merz für seine „Sozialtourismus“-Kritik-Aussage entschuldigt. Und die in Diktaturen gängige Praxis der Selbstkritik angewendet. Auf Twitter erklärt er:

„Zu meinen Äußerungen von gestern über die Flüchtlinge aus der Ukraine gibt es viel Kritik. Ich bedaure die Verwendung des Wortes ‚Sozialtourismus‘. Das war eine unzutreffende Beschreibung eines in Einzelfällen zu beobachtenden Problems. Mein Hinweis galt ausschließlich der mangelnden Registrierung der Flüchtlinge. Mir lag und liegt es fern, die Flüchtlinge aus der Ukraine, die mit einem harten Schicksal konfrontiert sind, zu kritisieren. Wenn meine Wortwahl als verletzend empfunden wird, dann bitte ich dafür in aller Form um Entschuldigung“.

Das Schäumen der Linken:

- Die SPD-Bundestagsabgeordnete Derya Türk-Nachbaur auf Twitter: *„Geheuchelte Solidarität mit den Opfern eines Angriffskriegs enttarnt sich schnell mit unterirdischer Wortwahl wie ‚Sozialtourismus‘. Beschämend.“*

Grünen-Chefin Ricarda Lang auf Twitter:

- Wie ist es „*eigentlich mit der viel beschworenen Solidarität der Union mit der Ukraine zusammenpasst“*, dass Merz hier von „Sozialtourismus“ spreche, fragt die Wuchtbrumme.

Recht die Heimat zu besuchen

Den Vogel schoß der der scheidende und wiederholt auffällige ukrainische Botschafter in Berlin, Andrij Melnyk, in einem an Merz gerichteten Tweet ab:

„Woher kommt dieser Unsinn über angeblichen ‚Sozialtourismus‘ von ukrainischen Kriegsflüchtlingen? Sie haben das Recht, Ihre Heimat jederzeit zu besuchen. Woher dieser billige Populismus?“

Bleibt zu hoffen, dass nicht alle Ukrainer vom Recht auf „Schutz“ in Deutschland und vom Recht „jederzeit die Heimat zu besuchen“ Gebrauch machen werden.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Impffanatiker Scholz und Faeser „Corona positiv“

27. 09. 2022

Beide "fleissigen Maskenträger" nun Corona positiv

Regierungssprecher Steffen Hebestreit bestätigte den positiven Befund von Scholz am 26. September in Berlin.

Der Kanzler habe milde Erkältungssymptome und sich sofort in seine Wohnräume im Bundeskanzleramt in Isolation begeben. Montagfrüh bestätigte zudem die Bundesinnenministerin Nancy Faeser ihren positiven Corona-Test.

Mainstream will Infektion von Scholz in Saudi-Arabien „verorten“

Unmittelbar nach der Rückkehr von seiner Reise nach Saudi-Arabien wurde Bundeskanzler Olaf Scholz positiv auf das Corona Virus getestet. Das Ergebnis erfolgte laut Regierungssprecher Steffen Hebestreit am Montagmorgen. Laut Mitteilung aus dem Bundeskanzleramt habe der Kanzler bis dato milde Erkältungssymptome und sich den Vorgaben nach eben „sofort in Isolation begeben“, so Informationen der *Deutschen-Presse-Agentur (dpa).*

Nach bisherigem Kenntnisstand hatte Scholz vor Antritt der Reise einen PCR-Test gemacht, der zu diesem Zeitpunkt negativ gewesen war. Am Sonntag war er nach Angaben aus Regierungskreisen ein weiteres Mal negativ getestet worden. Am 24. September, nach Ankunft in Saudi-Arabien, titelte die *Tagesschau* „großspurig“, „Scholz in Saudi-Arabien – per Handschlag die Eiszeit beendet“.

Auf dem offiziellen Twitter-Account des Bundeskanzlers sind noch keine weiteren Angaben zu dem positiven Testergebnis zu finden. Scholz hatte ursprünglich für 28.September eine Beratung mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer geplant, wie Informationen des *Spiegel* zu entnehmen ist.

Regierungssprecher Hebestreit teilte der *dpa* mit, „die öffentlichen Termine dieser Woche werden abgesagt, interne Termine sowie die angesetzte Zusammenkunft mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder will der Bundeskanzler virtuell wahrnehmen."

Auch Faeser infiziert

Ebenfalls am Morgen des 26. September informierte die Bundesinnenministerin Nancy Faeser über ihren positiven Testbefund.

„Jetzt hat mich Corona auch erwischt, zum ersten Mal. Das Virus bleibt tückisch. Passt alle in diesem Herbst gut auf Euch auf!"

Nun, da haben wir ja gleich zwei vollständig „Immunisierte“ die es jetzt mit Corona erwischt hat, ein Schelm der „Böses“ dabei denkt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Rechnung US-amerikanischer Deutschland-Ruinierer geht auf: Deutsche Unternehmen übersiedeln nach USA

26. 09. 2022

Die wahnsinnige Umwelt- und Wirtschaftspolitik maßgeblicher Kreise in Deutschland scheint aufzugehen. Die Deindustrialisierung Deutschlands scheint voll anzulaufen.

Neben etwas 200.000 gut ausgebildeten Einheimischen die jährlich Deutschland verlassen verabschieden sich nun auch immer mehr Betriebe aus Deutschland. Macht nix: solange man es sich noch leisten kann, Weltsozialamt zu spielen ist für Nachschub an “Fachkräften“ ja besten gesorgt.

Im Sog der USA: Immer mehr deutsche Unternehmen bauen ihre Standorte in Nordamerika aus

Washington lockt deutsche Firmen mit billiger Energie und niedrigen Steuern. Das gilt vor allem für die Südstaaten. Berlin ist alarmiert – und will gegensteuern. Wie denn? Hat man etwas anderes erwartet, wenn hier der Industriestandort gerade zerstört wird.

Wie das ***Handelsblatt*** berichtet verstärken Im „Zuge des Ukrainekriegs und der Energiekrise in Deutschland“ die USA ihr Werben um deutsche Unternehmen. Zahlreiche US-Bundesstaaten bieten neben billiger Energie auch Steuererleichterungen und andere Hilfen an. Das gilt vor allem für die Südstaaten.

Werben mit niedrigen Energielosen

„Wir hatten zuletzt in elf von 14 Quartalen die niedrigsten Energiekosten der USA“, sagt etwa Kevin Stitt, Gouverneur von Oklahoma, im Gespräch mit dem Handelsblatt. Ähnlich argumentiert auch der Wirtschaftsminister von Georgia, Pat Wilson: „Unsere Energiekosten sind niedrig und die Netze stabil.“

Der Energiewende entkommen und sich dabei als Klimaschützer wohl fühlen

Zudem sei der Kohleausstieg beschlossene Sache, bis 2024 nehme sein Bundesstaat zwei neue Kernkraftwerke ans Netz. „Unternehmen, die nach Georgia kommen, verringern ihren Klimafußabdruck“, sagt Wilson.

Das Abwandern hat begonnen

Das Werben hat Erfolg: Zahlreiche deutsche Firmen planen den Auf- oder Ausbau ihrer US-Standorte, wie Handelsblatt-Recherchen zeigen. Zahlen aus wichtigen Staaten wie Virginia, Georgia und Oklahoma belegen das steigende Interesse.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Deutschland: Von mehr als 500.000 (!) „ukrainischen Sozialhilfe-Empfänger“ sind 30.000 Araber

25. 09. 2022

Ukrainer bei der kriegsbedingten
Ausreise aus der Ukraine.- *Bild: screenshot twitter*

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat im August „nach vorläufigen und nicht hochgerechneten Angaben 546.000 ukrainische Staatsangehörige in der Grundsicherung für Arbeitsuchende gezählt“. Dies schreibt die Behörde in einem veröffentlichten Bericht zur Ukraine-Flucht. Unter ihnen seien „355.000 Menschen im erwerbsfähigen Alter (erwerbsfähige Leistungsberechtigte) und 191.000 nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (in der Regel Kinder)“, berichtete die *WELT*. Vor Kriegsbeginn am 24. Februar lebten „nur“ 17.000 Ukrainer mit Grundsicherung in Weltsozialamt Deutschland. Allerdings ist nicht jeder „ukrainische Kriegsflüchtling“ ein waschechter Ukrainer. Unter die „Geflüchteten“ mischten sich auch viele „Sekundär-Flüchtlinge“. Im konkretem Fall der klassische Asylbetrüger: jung, männlich, Araber der gezielt über mehrere sichere Drittstaaten in Deutschland eintrudelt und hier in den Genuss eines all-inclusive-Rundum-Versorgungspacket zu kommen.

„Studenten“ oder „Afrokrainer“?

Ukrainer und die wohl ungefähr 30.000 arabischen oder afrikanischen „Ukrainer“, die mit einem Daueraufenthaltstitel nach Deutschland flohen, erhalten hierzulande einen Schutztitel, ohne ein Asylverfahren zu durchlaufen. Sie dürfen seit dem 1. Juni in die „normale“ Grundsicherung wechseln, die auch einheimische Arbeitslose und anerkannte Asylbewerber erhalten. Vieler der aus der Ukraine eingereisten Afrikaner gaben an, in der Ukraine studiert zu haben, wie aus dem Video hier ersichtlich ist, als diese „Intellektuellen“ gerade bei der von den Polen verhinderten Einreise nach Polen auf ihren Status als „we are students“ verwiesen.

In Deutschland angekommen reichen für diese Intellektuellen die Worte „Ukrainer“ und „Kriegsflüchtling“ als Zauberformel aus, um unkomplizierten Soforteinlass nach der Weiterreise über Polen in Deutschland zu ergattern, nebst Direktanspruch auf soziale Vollalimentierung. Kritiker dieses Betruges sind „Rassisten“ oder „Nazis“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) „Rülpserartige Unterbrechung“: Professor aus Halle sagt Gendersprache den Kampf an

25. 09. 2022

Politologe Jürgen Plöhn droht Studenten mit Sanktionen bei Verwendung von Gendersprache. Die Universitätsleitung ist wenig erbaut und will ihn aushungern.

Demnächst muss sich der Petitionsausschuss des Landtags von Sachsen-Anhalt mit der Verwendung von Gendersprache an der Martin-Luther-Universität (MLU) in Halle an der Saale befassen. Angerufen hat diesen der 64-jährige außerplanmäßige Professor für Politikwissenschaften, Jürgen Plöhn. Dieser lehrt an der Einrichtung – und dies soll ihm wegen seiner Anforderungen an den Sprachgebrauch in seinen Seminaren vergällt werden.

Texte mit ideologischer Sprache entsprechen „nicht den Leistungsanforderungen“

Wie die „Mitteldeutsche Zeitung“ (MZ) berichtet, hatte Plöhn erstmals in einer Ankündigung für das Wintersemester 2021/22 darauf hingewiesen, dass er von seinen Studenten „korrekte, stimmige Sätze“ erwarte. Explizit hat er die Problematik der sogenannten Gendersprache in diesem Kontext nicht erwähnt. Im Online-System der Universität sei er jedoch deutlich geworden. Dort habe er erklärt, Texte mit Gendersprache entsprächen „nicht den Leistungsanforderungen“.

Studenten haben sich daraufhin bei der Stabsstelle „Vielfalt und Chancengleichheit“ des Rektorats über diese „diskriminierende“ Ankündigung beschwert. Kollegen aus der Lehre hätten daraufhin Druck ausgeübt. Plöhn wurde darauf hingewiesen, dass die MLU in ihrem Leitbild das Ziel ausgegeben habe, dass „gendersensible Sprache in der Lehre selbstverständlich wird“.

Zwar sei dies keine verpflichtende Vorgabe an Lehrende, allerdings könne auch eine „Diskriminierung von Studierenden“ nicht toleriert werden.

Punkteabzug für Gendersprache „sachfremd“

Plöhn war nicht bereit, klein beizugeben, und beharrte auf der Bedeutsamkeit, die Sprache in der Wissenschaft habe. Ungereimtheiten, egal welcher Art, würden in die Bewertung einfließen, erklärte er im Rahmen eines Briefwechsels mit der Universität. Dazu gehörten Plöhn zufolge auch Gendersternchen, die er als „rülpserartige Unterbrechung“ tituliert.

Die Universität will den aufmüpfigen Professor nun faktisch „aushungern“. Weil die Ankündigung einer schlechteren Bewertung bei Verwendung von Gendersprache auf „sachfremden Erwägungen“ beruhe, werden Plöhns Veranstaltungen keinen Wahlpflichtmodulen mehr zugerechnet. Dies bedeutet, dass Studenten zwar seine Veranstaltung besuchen können, sie jedoch keine Scheine erwerben können, die den Fortgang ihres Studiums beeinflussen.

Der geschäftsführende Direktor des Instituts für Politikwissenschaft, Johannes Varwick, bekennt sich sogar offen dazu, Plöhn nicht mehr lehren sehen zu wollen. Sein Institut werde ihm keine Ressourcen mehr zur Verfügung stellen, erklärte Varwick. In einer Mail, die später im Internet die Runde machte, erklärte er an die Adresse von Plöhn:

„Ich weiß nicht, ob Sie unter diesen Voraussetzungen noch Freude an der Lehre haben werden.“

„Wie Luther auf dem Reichstag von Worms“

Plöhn sieht durch diese Form der Disziplinierung die Freiheit der Lehre in Gefahr. Deshalb hat er sich an den Petitionsausschuss des Landtags gewandt. Sollte diese Befassung keinen Effekt haben, erwäge er rechtliche Schritte.

Er werde jedoch, so erklärte der Politologe gegenüber der MZ, sein Verlangen nach einer ideologiefreien Sprache nicht widerrufen. In diesem Sinne ergehe es ihm „wie Luther vor 500 Jahren auf dem Reichstag von Worms“.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf THE EPOCH TIMES

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) AfD-Politiker kritisiert Vollversorgung von Flüchtlingen: Lauterbach dreht durch und schwingt Nazikeule

Von DAVID BERGER

24. 09. 2022

Bild: screenshot twitter

***Vergleiche* mit der Judenverfolgung im Dritten Reich und dem Nationalsozialismus sind bei uns durchgehend doppelten Standards unterworfen: Werden Corona-Diktatur, Impfzwang und andere Verfassungsbrüche der Regierung damit verglichen, gilt das als streng bestrafte Verharmlosung von Holocaust und National-Sozialismus. Wird der Nazi-Vorwurf dagegen gegen Regierungskritiker laut, gilt er als wunderbar treffende Äußerung.**

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach in einem vielbeachteten Tweet auf Twitter geschrieben:

„Der AfD-Abgeordnete Martin Sichert hält hier im Bundestag eine abstoßende Rede. ‚Ukrainer in der Nobelkarosse' ließen sich beim Zahnarzt in Deutschland auf unsere Kosten die Zähne richten. ‚Deutsche frieren'. Genauso haben Nazis hier im Haus über Juden gesprochen."

Dabei bezog sich der Minister auf eine Bundestagsrede des AfD-Abgeordneten Martin Sichert zum GKV-Finanzstabilisierungsgesetz, in dem Sichert die Ablehnung des geplanten Gesetzes durch die AfD-Bundestagsfraktion herausstellte.

Dabei ging es um folgende Rede Sicherts:

„Lauterbach hat sich strafbar gemacht“

Das will sich der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Martin Sichert, nicht gefallen lassen. Er habe Karl Lauterbach wegen Verharmlosung des Holocaust angezeigt:

„Seine Aussage vergleicht Ukrainer mit den verfolgten Juden in der Zeit des Nationalsozialismus, verharmlost den Holocaust und ist damit strafbar. Es ist absolut unsäglich, wie der Bundesgesundheitsminister die Juden und den Holocaust instrumentalisiert und verharmlost. Das zeigt einmal mehr, dass er ganz offensichtlich mit dem Amt des Bundesgesundheitsministers überfordert ist. Es ist allerhöchste Zeit, dass der Bundeskanzler diesen Minister entlässt.“

Nur die Stimme zahlloser Menschen hörbar gemacht

Vorsichtiger als Lauterbach hat sich der Buchautor Johannes Hillje geäußert:

„Gegen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine hetzen. Und sie dann gegen „Deutsche, die nicht wissen, wie sie ihre Grundnahrungsmittel finanzieren sollen“ ausspielen. Das ist Menschenverachtung, das ist Rechtsextremismus.“

Was Hillje übersieht: Martin Sichert gibt nur die derzeitige Stimmung in der Bevölkerung wieder. Dass der Kuchen essenden grünbraunen Blase entgeht, dass die Menschen in Deutschland kein Brot mehr zu essen haben, ist aber nicht ungewöhnlich. Das – so könnte man in Anlehnung an die Debatte über den Stand der Meinungsfreiheit in Deutschland sagen – darf sie, aber Sie muss bald die Konsequenzen daraus tragen.

Ehefrau von Sichert: „Ein „Nazi“ wäre nicht mit jemandem wie mir verheiratet“

Nun hat sich auch die Ehefrau von Martin Sichert zu Wort gemeldet: Ronai Chaker, einer wunderbare Frau, die ich bereits vor vielen Jahren kennenlernen durfte, lässt wissen:

„MdB Martin Sichert ist mein Ehemann, ich bin Jesidin, habe selbst einen Asylhintergrund, bin anerkannte politisch Verfolgte und stamme von einer Bevölkerungsgruppe ab, die zahlreiche Genozide erlebt hat. Ein „Nazi“ wäre nicht mit jemandem wie mir verheiratet, Herr Lauterbach.“

Dieser Artikel erschien auf PHILOSOPHIA PERENNIS unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) „Trolle des Verfassungsschutzes“ sollen Hass in social-media schüren

23. 09. 2022

Verfassungsschutz mit "Hetz-Agenten" im Netz

Einem Bericht der *Süddeutschen Zeitung* zu Folge soll der Verfassungsschutz in den sozialen Medien offenbar hunderte Fake-Accounts betreiben.

Diese sollen „Spione“ dazu nutzen, um in den observierten Chat-Gruppen „mit zu pöbeln“ um solcher Art die „Stimmung“ zu beeinflussen.

Gezielte Manipulation seitens des Verfassungsschutzes

Psychologische Operationen, sogenannte Psy-Ops, sind bekanntlich so alt wie die Kriegsführung selbst.

Durch das Streuen gezielter Falschinformationen soll der Gegner zur Herausgabe von Informationen oder zur Ausübung gewisser Handlungen verleitet werden. Dies freilich ganz im Sinne des Manipulierenden.

Eine Taktik, die von Geheimdiensten oftmals zur Manipulation auch von Menschen im Ausland benutzt wird. In Deutschland scheinen die Geheimdienste im Rahmen solcher Aktionen statt ausländischer Staatsbürger jedoch lieber die eigene Bevölkerung ins Visier zu nehmen.

Dies geht aus einem am 19. September veröffentlichten Bericht der *Süddeutschen Zeitung (SZ)* hervor.

„Geständnisse“ von Verfassungsschutz-Beamten

In einem Interview mit der *SZ* gestanden Beamte des Verfassungsschutzes nun ein, ein Netz aus gefälschten, meist als sogenannt „rechtsextrem“ eingestuften, Social-Media-Accounts zu betreiben.

Solcher Art werden also seitens des Verfassungsschutzes in etwaigen Kanälen rassistische Sprüche gepostet und es wird über Flüchtlinge sowie verhasste „Systempolitiker“ und „Volksverräter“ bewusst gehetzt.

Im Klartet also, die Spione sollen die Stimmung in den observierten Chat-Gruppen ganz gezielt beeinflussen. Um damit eine Rechtfertigung für deren „Verfolgung“ zu haben. Hunderte „virtueller Agenten“ soll der Deutsche Inlandsgeheimdienst dem *SZ*-Bericht zufolge zu diesem Zweck beschäftigten.

All dies freilich auf Kosten der Steuerzahler. Im Visier der professionellen „Troll-Gruppe“ stehen neben vermeintlich rechten Chat-Gruppen angeblich auch Social-Media-Kanäle der linksextremem, islamistischen, aber auch der sogenannten „verschwörungsideologischen“ Szene.

„Man muss sich da erst mal ein bisschen warmlaufen und gucken welche Sprüche funktionieren, erklärte eine Verfassungsschutz-Agentin gegenüber der *SZ*. Und weiter plaudert sie aus dem Nähkästchen, „um das Vertrauen anderer Nutzer zu gewinnen, müsse man möglichst authentisch rüberkommen. Deshalb sei sie also angeleitet, „selbst ein bisschen rechtsradikal zu spielen“.

„Hetzen“ um glaubwürdig zu sein

„Um wirklich glaubwürdig zu sein, reicht es nicht, Aussagen anderer zu teilen oder zu liken, man muss auch selber Aussagen tätigen. Das heißt, die Agenten pöbeln und hetzen mit.“

De Agentin sei sehr wohl bewusst, dass sie Menschen damit in ihrem Weltbild bestärke. Allerdings gehöre zu ihren Aufgaben auch, die Szene zu „füttern“.

Was genau sie damit meinte, geht aus dem Bericht allerdings nicht hervor. Einer früheren Recherche der *Süddeutschen Zeitung* zu Folge sollen die virtuellen Agenten jedoch eine tragende Rolle bei den Ermittlungen im Fall der sogenannten extremistischen Chat-Gruppe „Vereinigte Patrioten“ gespielt haben.

Mehrere Mitglieder der Gruppe wurden dabei der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung verdächtigt. Ihnen wurde zudem unterstellt, die Entführung von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) geplant zu haben.

Das Ziel der Online-Agenten besteht demnach darin, in die inneren Kreise aufgenommen zu werden. Die besonders einflussreichen Leute der Szene kennenzulernen, brauche aber Zeit, so die Agentin. Das funktioniere lediglich, indem man sich über „gemeinsame Freunde“ an die „dicken Fische“ annähern würde.

„Jeder Mensch braucht Freunde“, so die Agentin. Nach ihren Angaben würden viele Opfer dieser Orwellschen Überwachungsmethoden nicht ahnen, wie viele Accounts in ihren Chatgruppen inzwischen schon von Verfassungsschutz-Agenten geführt würden.

Finanzierung der „Infiltration“ bereits seit 2019

„Das ist die Zukunft in der Informationsbeschaffung“, entgegnete ein namentlich ungenannter Leiter eines Landesamts gegenüber der *SZ*. Die Mittel für solche Missionen habe man 2019 im großen Stil aufgestockt.

Auslöser dafür sei nach Angaben des anonymen *SZ*-Informanten demnach angeblich der Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke gewesen, gegen den im Netz zuvor viel gehetzt wurde. Mittlerweile gebe es so viele von der Behörde betriebene Fake-Accounts, dass bundesweite Absprachen nötig geworden seien. Andernfalls bestünde die Gefahr sich gegenseitig ins Visier zu nehmen, so der anonyme „Informant“ der *SZ.*

Die enorme Masse an Fake-Accounts sei jedoch, nach Auffassung des Verfassungsschutzes, notwendig. Radikale Zirkel, erläuterte ein Agent gegenüber der *SZ*, seien oft „zwiebelartig aufgebaut“.

Um in den inneren Kreis hineinzukommen, würden Neulinge erst einmal befragt, ihre ideologische Haltung „abgeklopft“. „Hast du das gelesen? Was sagst du dazu“, veranschaulichte er. Darauf müsse man als Agent oder Agentin sofort antworten können. Sonst fliege man raus, da „rechte Gruppen“, wie etwa die „Atomwaffen Division“, laut Verfassungsschutz, äußerst paranoid seien.

„Rechte Gruppen“ für Verfassungsschutz zu „vorsichtig“

Mit der Zeit wachse zudem die Gefahr, dass sich die Agenten selbst in den Ideologien verlieren, gestand ein hochrangiger Beamter des Verfassungsschutzes gegenüber der *SZ* ein. „Man braucht ein bestimmtes psychologisches Profil“.

Bei denjenigen Agenten, die den ganzen Tag in den sozialen Netzwerken unterwegs seien, bestehe demnach eine erhöhte Gefahr, dass sie den Erzählungen dort selbst verfallen könnten. Wer sich den ganzen Tag lang in einem „geschlossenen Weltbild“ bewege, der müsse immer daran arbeiten, Distanz zu bewahren, so der Beamte. „Geschlossene Weltbilder neigen dazu, in sich logisch zu sein.“

Vom Verfassungsschutz eigens beschäftige Psychologen sollen deshalb verhindern, dass ein Cyber-Agent „abrutscht“. Falls einer dann doch mal abdriftet, fungieren sie zugleich aber auch als Aufpasser. Auf die Frage, wie oft das schon passiert sei, reagierte der hochrangige Beamte lediglich mit Schweigen. Die Aufgabe eines virtuellen Agenten sei es, Tag und Nacht mit zu hetzen und im Sinne der jeweiligen Ideologien zu argumentieren, dabei jedoch „trotzdem straight zu bleiben“.

Weiter erläutert er dann, „man muss die Szene verstehen, ohne gleichzeitig Teil dieser Szene zu werden. Nicht jeder kann das lernen.“

Resümierend scheint es doch beinahe ein wenig zu durchsichtig, dass Agenten des Verfassungsschutzes gegenüber einem „Systemmedium“ derartige Enthüllungen vom „Stapel lassen“. Dies könnte durchaus auch als „Verzweiflungstat“ gewertet werden, um den stetig wachsenden Widerstand gegen die abstrusen Regierungsmaßnahmen, ein wenig zu verängstigen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Deutsche Netzbetreiber blockieren Photovoltaik-Anschluss ans öffentliche Stromnetz

22. 09. 2022

All jene, die sich ganz dem „Grünen Gedankengut“ folgend, dem Klimawandel entgegensteuernd, planen eine bei weitem keineswegs günstige Photovoltaik oder Solar-Anlage zu zu legen, könnten nun, gelinde gesagt schwer enttäuscht werden.

Gute Nerven und Rechtsberater erforderlich

Wer also dieser Tage in Deutschland eine Photovoltaikanlage installieren will, braucht in jedem Falle zwei Dinge. Einmal ein recht starkes Nerven-Kostüm und zum Anderen einen Rechtsanwalt.

Wie ebenfalls *agrarheute* berichtet, erklärte dazu der Energie-Experte Rouven Zietz, woran das nun liegt.

Jeder, der eine PV-Anlage auf seinem Haus- oder Stalldach installieren will, ist privilegiert, wie es im Juristendeutsch heißt. B

Die soll also bedeuten, der Netzbetreiber muss die Anlage ans Stromnetz anschließen, ob er dies nun will oder nicht.

Seit mehr als 20 Jahren ist dieses „Privileg“ also gültig. Grundlage dafür ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das im Jahr 2000 in Kraft getreten war.

In der Praxis torpedieren die Netzbetreiber neuerdings immer häufiger dieses Recht.

Fix-Fertige PV-Anlagen zur Stromerzeugung dürfen eben nun monatelang nicht in Betrieb genommen werden.

Trotz Energiekrise und explodierender Strompreise. Der Bundesverband Solarwirtschaft erklärt hierzu, dass solche Probleme mehr als 1000 PV-Anlagen bundesweit betreffen würden.

50Hertz, Amprion, TenneT und TransnetBW lehnten in den vergangenen Jahren viele kleinere Anlagen schlichtweg ab. Als Begründunghieß es dazu,das Netz sei bereits mit zu viel erneuerbarem Strom überlastet.

In solch einem Fall brauchen nun private „Sonnenstrominvestoren“ einen Rechtsanwalt, um am Ende ihre Anlage doch noch ans Netz zu bekommen.

Dies alles also schier „schildbürgerhaft“, vor dem Hintergrund der größten auf uns zukommenden Energiekrise seit dem Zweiten Weltkrieg.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

B e r l i n und B r a n d e n b u r g allein (Seite E 52)

11) Neuwahlen - Bezirke ducken sich weg. Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 605-32 30. September 2022 47. Jahrgang

Bezirke ducken sich weg

Wie kann es sein, dass das Berliner Verfassungsgericht zu anderen Erkenntnissen gelangt als die Innenverwaltung? Das Gericht sieht Probleme bei der Hälfte der 2.257 Wahllokale, die Innenverwaltung erklärt, dass in neun von zehn Wahllokalen alles OK gewesen sei. Man muss kein Rechenkünstler sein, um zu merken, dass hier irgendetwas nicht stimmen kann.

*„Berlins frühere Landeswahlleiterin **Petra Michaelis** hatte Pannen in 207 Wahllokalen festgestellt. Der damalige Innensenator **Andreas Geisel** (SPD) sprach von 14 Wahllokalen, in denen die Ergebnisse so knapp gewesen seien, dass die Fehler einen Unterschied ausmachen würden."*, schreibt die **Berliner Morgenpost**. In 99 Wahlbezirken gäbe es *„verdächtig viele ungültige Stimmen"*. Was heißt das? Es wäre hilfreich, wenn uns endlich verlässliche Zahlen vorgelegt würden.

Ein Vorwurf, der erhoben wird, bezieht sich auf die langen Schlagen vor den Wahllokalen, weil zu wenig Wahlurnen aufgestellt wurden. Vergessen wird dabei, dass Corona bedingt, nur zwei Wahlkabinen erlaubt waren. Das konnte nicht gut gehen.

Wenn etwas schiefläuft, müssen natürlich Köpfe rollen, obwohl diese Bestrafung nichts ändert. So ist es für die Opposition einfach, den früheren Innensenator und jetzigen Bausenator nachträglich zum Rücktritt aufzufordern. In Wahrheit sind aber die Fehler in den Bezirken entstanden, die sich in dieser Diskussion auffallend zurückhalten. Jeder der zwölf Bezirke hat ein Wahlamt, das für die Abwickelung zuständig ist. Und nicht in jedem Bezirk gab es Probleme. Wenn schon die Wahlpannen aufgearbeitet werden, sollte man sich vor allem auf die Quellen, also die Bezirke, konzentrieren.

Andreas Geisel erklärte, *„dass sich eine Wahl, wie sie 2021 stattgefunden hat, nie mehr wiederholen darf. In meiner Funktion als Innensenator habe ich nach Bekanntwerden der gemachten Fehler umgehend Einspruch beim Verfassungsgerichtshof eingelegt und eine Expertenkommission einberufen, um sämtliche Unstimmigkeiten lückenlos zu identifizieren und daraus resultierend Handlungsempfehlungen zur Durchführung einer fehlerfreien Wahl zu geben. Die Expertenkommission hat in ihrem Abschlussbericht auf die Unabhängigkeit der Wahlorgane hingewiesen. Das Wahlrecht des Landes Berlin gibt der Innenverwaltung keine unmittelbaren Eingriffsbefugnisse auf die Vor- oder Nachbereitung der Wahl. Ich war 2021 zudem selbst Kandidat zur Wahl des Abgeordnetenhauses, so dass für mich in einem besonderen Maße das Gebot der Zurückhaltung in Bezug auf die Wahlvorbereitung galt."* Im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern, die jetzt mal wieder die Nase über Berlin rümpfen, mussten die Bürger in Berlin gleich sechs Kreuze auf fünf Wahlscheinen machen, einer für Erst- und Zweitstimme Bundestag, je einer für Erst- und Zweitstimme Abgeordnetenhaus, einer für die BVV und dann noch die Abstimmung über den Volksentscheid zur Wohnungspolitik. Dass an diesem Sonntag auch noch der Marathonlauf stattfand, erleichterte die Sache nicht. Man hätte auch per Brief abstimmen können und sich dem Warten vor dem Wahllokal damit entziehen.

So eine Situation dürfte vermutlich nie wieder eintreffen. Für die Aufarbeitung der Wahlpannen und eine Entscheidung darüber, ggf. Neuwahlen anzusetzen, ist für Berlin der Verfassungsgerichtshof zuständig, für die Bundestagswahl der Bundestag. Schwer vorstellbar, dass das Gericht seine Entscheidung mit Bundestagsabgeordneten abstimmt. Und das Bundesverfassungsgericht hat letztlich auch noch ein Wörtchen mitzureden.

Die Aufregung in den Parteien ist groß, könnte doch eine Neuwahl für das Abgeordnetenhaus und die Bezirke die Mehrheitsverhältnisse verändern. Eines müssten die Parteien jedoch nicht machen, nämlich erneut Kandidaten aufstellen, denn, wird die Wahl für ungültig erklärt, gelten die Kandidaten-Listen von 2021. In den Bezirken dürfte sich auch nichts ändern, denn die Stadträte sind bis 2026 gewählt. Eine neue Mehrheit in der BVV kann sie nur mit einer Zweidrittelmehrheit abwählen. Das zu erwartende Chaos nach einer Neuwahl dürfte größer werden als das, worüber wir uns jetzt aufregen.

Der ganze Vorgang kommt zur Unzeit. Im Augenblick fliegen uns die Betriebskostenabrechnungen um die Ohren und wir erwarten von der Politik, dass sie handelt. Wenigstens ist dieser Rohrkrepierer Gasumlage vom Tisch. Vor allem stehen die Grünen mit dem Rücken an der Wand. Sie treten gegenwärtig alle ihre Ideale von einer schönen klimaneutralen Welt in die Feuertonne. Nun sollen die süddeutschen Atomkraftwerke doch länger laufen. Ach was! Waren sie nicht völlig irrelevant für die Energieversorgung?

Durch Putins Eroberungsfeldzug steht die Welt am Abgrund, bevor sie aber untergeht, wählen wir in Berlin schnell noch mal.

Ed Koch

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PEREG Druckzentrum www.pereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

Ö s t e r r e i c h (Seiten E 53 – E 67)

12) Worst of Van der Bellen – eine Zitatensammlung

29. 09. 2022

Ausschnitt eines Wahlplakates von VdB

Die schlimmsten Zitate des amtierenden österreichischen Bundespräsidenten – Wie sich Alexandeer Van der Bellen als linkslinkes U-Boot selbst entlarvt.

Nr.10: ***„Ja, wir sind eine Ausländerpartei. Na und?“***
VdB beim Wahlkampfauftakt der Wiener Grünen im September 2010

Nr. 9: ***„Wir machen die Hofburg heuer zu einer Impfburg.“***
Impf-Lobbyist VdB lädt im Oktober 2021 zur Corona-Massenimpfung in die Hofburg

Nr. 8: ***„In einer Zeit, wo jeder Schilling bei einem Notstandshilfe-Empfänger überprüft wird, ist nicht einzusehen, dass wir für etwas, das wir nicht brauchen, Milliarden ausgeben.“***
VdB im Jahr 1998 über den Ankauf von Abfangjägern. Er war fast seine gesamte politische Karriere lang ein vehementer Gegner des Bundesheeres.

Nr. 7: ***„Persönlich habe ich seit langem die Hypothese, dass es in Österreich (…) rund 30 Prozent potenzielle Wähler der extremen Rechten gibt, plus minus zwei Prozentpunkte.“***
Das schreibt der selbsternannte Brückenbauer VdB 2015. Fast jeder, der ihn nicht wählt – er liegt im aktuellen Wahlkampf laut Umfragen bei rund 60 Prozent – ist also ein Rechtsextremist

Nr. 6: ***„Für die west- und mitteleuropäischen Kleinstaaten, und dazu gehört im Weltmaßstab auch Deutschland, ist Selbstbestimmung, Eigenständigkeit und Unabhängigkeit – also kurz: nationale Souveränität – eine Illusion, ein veraltetes Konzept, das wohl noch auf die Vorstellungen des 19. Jahrhunderts zurückgeht.“***
Der Bundespräsident hält den Nationalstaat und damit auch die Nation Österreich für überholt, trotzdem wirbt er derzeit mit dem Slogan: „Aus ganzem Herzen Österreich“ um Stimmen.

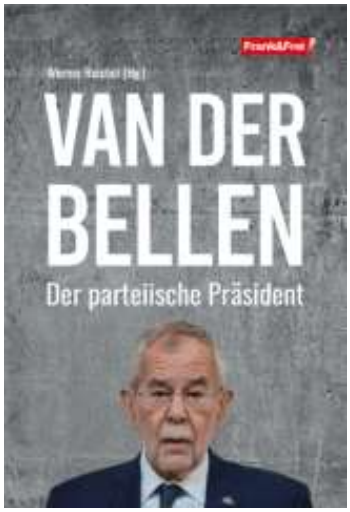
Nr. 5: ***„Wollen wir Österreich als ein Land sehen (…) das von Verschwörungen bedroht ist, in dem Ängste überwiegen, in dem alles furchtbar ist? Meine Freunde sagen, so eine Art Alpen-Mordor. Jeder der Herr der Ringe kennt, weiß was ich meine.“***
VdB warnt im Wahlkampf 2016, sollte FPÖ-Kandidat Norbert Hofer gewinnen, wird sich Österreich in ein Reich des Bösen verwandeln, das von einem Teufel regiert und von Orks, untermenschlichen Wesen (FPÖ-Wählern?), bewohnt wird.

Nr. 4: ***„Das Ziel, unseren Planeten (…) lebenswert und –fähig zu erhalten, rechtfertigt auch eine Einengung jener Freiheiten, die wir bisher zu haben glaubten.“***
VdB benutzt grüne Kernthemen – Klima, Umwelt, soziale Gerechtigkeit, Migration etc. – als Vorwand, um die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger einschränken und die Gesellschaft in eine sozialistische umbauen zu können.

Nr. 3: ***„Und wenn das so weitergeht bei dieser tatsächlich um sich greifenden Islamophobie, wird noch der Tag kommen, wo wir alle Frauen bitten müssen, ein Kopftuch zu tragen. Alle (…)“***
VdB biedert sich gerne den Muslimen an und ist eine der wichtigsten Triebfedern der Islamisierung Österreichs.

Nr. 2: ***„Zähne zusammenbeißen – es wird schon irgendwie gehen.“***
VdB gibt am 19. August 2022 jungen Menschen, die sich angesichts der galoppierenden Inflation das Leben nicht mehr leisten können, ein „guten Tipp., der in Wahrheit eine Verhöhnung der Bürger ist

Nr.1: ***„Verschweigen, vernebeln oder gegen die eigene Überzeugung reden kann im politischen Kontext manchmal sogar vernünftig und strategisch zielführend sein.“***
VdB gibt offen zu, dass man zur Erreichung seiner politischen Ziele die Bürger hinters Licht führen darf.



Buch-Info: Werner Reichel (Hg.) VAN DER BELLEN Der parteiische Präsident Verlag Frank&Frei 204 Seiten, € 19,90/eBook € 18,99 ISBN: 9783903236622 **Bestellungen hier direkt beim Verlag**.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Österreicher Bundespräsident VdB und das Bundesheer: erst Ab- jetzt Aufrüstung?

26. 09. 2022

Van der Bellen und das Bundesheer

Am 26. Jänner 2017 wird ein Mann Oberbefehlshaber des österreichischen Bundesheeres, der bis zu diesem Tag aktiv daran beteiligt war, die heimischen Streitkräfte zu schwächen und dessen Ziel sogar die Auflösung des Heeres war. Obwohl in der Bundesverfassung festgeschrieben ist, dass Österreich seine Neutralität „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen“ werde.

Dass Österreich diese Mittel nicht zur Verfügung stehen, war jahrzehntelang eines der wichtigsten Anliegen Van der Bellens. Alles wofür das Militär steht, hassen Van der Bellen und seinesgleichen: Disziplin, Mut, Patriotismus, Männlichkeit, Pflichtbewusstsein etc.

Die Wurzeln der Grünen liegen schließlich ebenso in der Friedens- wie in der Umweltbewegung. Freda Meissner-Blau, Andreas Wabl und viele andere grüne Galionsfiguren der ersten Stunde waren umtriebige Friedensaktivisten. Seit ihren Anfängen kämpfen die Grünen für die Abschaffung bzw. Verkleinerung des Bundesheeres bzw. für eine Umwandlung in eine Katastrophenschutztruppe. Ihr naiver Ansatz: Ohne Heere keine Gewalt. Im „Programmatischen Manifest“ der ALÖ, der Vorgängerpartei der Grünen, heißt es bereits in den 1980er Jahren:

„*Das Militärbudget soll von Jahr zu Jahr verringert werden. Die freiwerdenden Kräfte und Finanzmittel sollen für den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft und damit für den Übergang zur sozialen Verteidigung eingesetzt werden (…) Umstellung der Rüstungsbetriebe auf zivile Produktion.“*

1989 fordern die Grünen „*die gänzliche Abschaffung des Bundesheeres und die Einführung einer Grenzschutztruppe.“* Ein Jahr später setzt sich der Bundesgeschäftsführer der Grünen, Franz Floss, sogar für die *„ersatzlose Abschaffung des Bundesheeres*“ ein. Als Alexander Van der Bellen seine Karriere bei den Grünen Ende der 1990er Jahre startet, führt er diese Linie konsequent fort: 1998 schlägt er in einem Interview vor, dass österreichische Bundesheer dem Kommando der Vereinten Nationen zu unterstellen und personell massiv zu reduzieren. „*Dafür würde es reichen, die Friedensstärke des Bundesheers von aktuell 55.000 Mann innerhalb von fünf bis zehn Jahren zu halbieren.“* Und weiter: *„Schweres Gerät wie beispielsweise Kampfpanzer sollen langsam verschrottet werden*.“ Den Ankauf von Abfangjägern lehnt er kategorisch ab: „*In einer Zeit, wo jeder Schilling bei einem Notstandshilfe-Empfänger überprüft wird, ist nicht einzusehen, daß wir für etwas, das wir nicht brauchen, Milliarden ausgeben.“* Im Wahlkampfprogramm der Grünen von 1999 schreibt Van der Bellen „*Weg von der Sicherheit durch Rüstung, hin zur Sicherheit durch soziale Gerechtigkeit.“* Wie man sich mit „sozialer Gerechtigkeit“ vor einem militärischen Angriff schützen kann, könnte er jetzt den Ukrainern oder Armenieren erklären.

Für Abschaffung des Heeres

Kurz darauf verschärft Van der Bellen seinen Kurs und fordert ein „*auf 12.000 bis 13.000 Mann reduziertes Bundesheer*“, das zu gleichen Teilen aus freiwilliger Miliz, Zeit- und Berufssoldaten bestehen soll. Mit ausgesprochen wird dabei die Forderung, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen. Den auch damals von Grundwehrdienern besorgten Schutz der Grenzen vor illegaler Einwanderung sollen nach Ansicht Van der Bellens freiwillige Milizsoldaten übernehmen. Von den seiner Rechnung nach verbleibenden 8.000 Berufs- und Zeitsoldaten will er großzügig 3.500 Mann für Einsätze der Vereinten Nationen abstellen.

Damit nicht genug, legt Van der Bellen einen Tag später im ORF-Sommergespräch noch einmal nach und erklärt die Forderung nach einer kompletten Abschaffung des Bundesheeres zu einer „*legitimen Position, über die man reden kann“*. Angesichts solcher Aussagen überrascht es nicht, dass die Grünen die in ihrem Programm geforderte Reduktion auf 12.000 Mann nun nicht mehr für weitgehend genug erachten und Van der Bellen während der Erarbeitung des grünen Heereskonzepts im August 2001 spekuliert:

„*Ich habe wenig Zweifel, dass wir für die Abschaffung eintreten.“*

Kehrtwende aus wahltaktischen Gründen

Wenig später, 2002, spricht Eva Glawischnig von einer „*unbewaffneten Neutralität*“. Noch während des Bundespräsidentenwahlkampfs 2016 setzt sich Van der Bellen für die Abschaffung der Wehrpflicht ein, obwohl sich die Österreicher in einer Volksbefragung 2013 dagegen ausgesprochen haben. Erst vor der entscheidenden Stichwahl, als es darum geht, möglichst viele Bürgerliche und Konservative ins Boot des linksgrünen Antimilitaristen zu holen, legt er aus wahltaktischen Gründen eine 180-Grad-Kehrtwende hin. In einem Interview erklärt Van der Bellen:

„*Selbstverständlich muss die Beibehaltung der österreichischen Neutralität, eines Eckpfeilers des Selbstverständnisses unserer Nation, sichergestellt sein. Mit einer Eingliederung des Bundesheeres in eine EU-Armee ist dies nicht vereinbar.“*

Fünf Jahre später betont Van der Bellen vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs im Juli dieses Jahres:

„*Wie gut kümmern wir uns um unser Bundesheer? Bei der Finanzierung des Heeres läuft etwas falsch – und zwar massiv. Den dramatischen Investitionsrückstau im Heer prangere ich seit Amtsantritt an.“*

Diese Forderungen nach mehr Geld hat Van der Bellen allerdings nie mit Nachdruck gestellt, dieses „Anprangern“ hat er nie ernsthaft betrieben, vor allem nicht, wenn die Grünen als Regierungspartner an der Aushungerung und Demontage des Heeres beteiligt waren.

Lippenbekenntnisse und Wählertäuschung

Van der Bellens Engagement für das Bundesheer beschränkte sich stets auf Lippenbekenntnisse und war nie mehr als gezielte Wählertäuschung. Mit zunehmender Tattrigkeit vergisst er zudem immer öfter seine offizielle bundesheerfreundliche Linie durchzuhalten und leistet sich immer wieder verbale Fehltritte, sagt, was er sich tatsächlich denkt. Vor wenigen Wochen beleidigte der Oberbefehlshaber etwa seine Soldaten, als er als Reaktion auf ein Statement des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyjs das Bundesheer als „*nicht nennenswert“* bezeichnete. Dass das Bundesheer schlecht gerüstet, chronisch unterfinanziert, de facto über keine Luftwaffe mehr verfügt, kein hohes Ansehen bei Politik und in der linken Reichshälfte genießt und aufgrund dieser schlechten Rahmenbedingungen kaum noch einsatzfähig ist, hat Österreich unter anderem Alexander Van der Bellen zu verdanken. Wenn er nun öffentlich den schlechten Zustand des Heeres beklagt, sind das nur Krokodilstränen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Tirol: ÖVP-Grüne Koalition bei Landtagswahlen abgestraft: Mehrheit verloren, Desaster für ÖVP

25. 09. 2022

Der geschlagene Landes Hauptmann Anton Mattle (ÖVP).- *Foto: Florian Lechner*

Mit einer deutlichen Klarheit wurde die Landeshauptmann-Partei bei der vorgezogenen Tiroler Landtagswahl abgestraft. Die ÖVP kommt laut erster Hochrechnung nur noch auf 34,5 Prozent der Stimmen – ein Minus von fast zehn Prozent.

Wahlsieg der FPÖ

Der große Wahlsieger ist die FPÖ, die die SPÖ überholte und nun auf Platz 2 liegt. Die Grünen in Tirol mit ihrem Spitzenkandidaten Gebi Mair wurden auf ihren Platz verwiesen. Ein Minus von 2,1 Prozent auf nur mehr 8,6 Prozent ist eine klare Abrechnung für ihre Regierungsarbeit in Innsbruck wie in Wien.

Mattle (ÖVP) schließt Koalition mit FPÖ aus

Eine Zweierkoalition mit der FPÖ werde es jedenfalls nicht geben, erneuerte der ÖVP-Landeshauptmann Anton Mattle seine Ansage aus dem Wahlkampf. Er würde sich auch durchaus zutrauen, eine „Dreierkoalition ins Leben zu rufen“, wie er es ebenfalls schon vor der Wahl erklärt habe: „Jetzt werden wir in den Sondierungsgesprächen draufkommen, wie gut die Dinge funktionieren.“ Nach derzeitigem Stand gehen sich nur ÖVP-Zweierkoalitionen, und zwar mit SPÖ oder FPÖ, aus.

Signal für kommende Bundespräsidenten-Wahl?

Besonders für die Grünen dürfte die Niederlage einen herben Rückschlag bedeuten. Der grüne Bundespräsident Alexander van der Bellen könnte ebenfalls für seine Haltung in der Ukraine-Krise auch von grünen Wählern abgestraft werden. Van der Bellen unternimmt bekanntlich nichts zur Erhaltung der österreichischen Neutralität. Im Gegenteil, er nimmt öffentlich eine neutralitätsfeindliche Position eine, die dem Ansehen Österreichs schwer schadet.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Österreich als Strippenzieher eines erwünschten Regimewechsels in Weißrussland?

24. 09. 2022

Wiens diplomatische Kaderschmiede bildet Weißrussische "Revolutionäre" aus

An der „berühmten“ Wiener Diplomatischen Akademie, einer Kaderschmiede für politische Führungskräfte, werden unter anderem „Demokratiereform-Experten“ ausgebildet.

Die Teilnehmer sind weißrussische Exilanten. In Kooperation mit dem Außenministerium und der Open Society Stiftung bildet man Anführer für einen Regime Change in Weißrussland aus.

Neutrales Österreich ganz vorne im „Spiel der Großen“

Vom 19. bis 30. September findet an der Diplomatischen Akademie in Wien eine Fortbildungseinheit des Trainingsprogramms „Führungskräftetraining in europäischen

Beziehungen und Anführerschaft für Demokratiereform-Experten aus Belarus“ statt. Das Angebot richte sich an weißrussische Exilanten in Österreich, Deutschland, Estland, Lettland, Litauen und Polen unter 35 Jahren, berichtete auch der österreichische *Wochenblick* bereits im August.

Auf dem Lehrprogramm stehe neben internationalem Recht, Modulen über Cybersicherheit und „Multilateralismus“ der UNO auch das Fach „kosmopolitischer Führungsstil“.

Dem Bericht des *Wochenblick* zu Folge, wird der Lehrgang, die jährliche Studiengebühr betrage pro Teilnehmer 14.300 Euro, aus Mitteln des Außenministeriums von Alexander Schallenberg finanziert. Bei ihm sei die „Österreichische Entwicklungszusammenarbeit“ angesiedelt worden, die unter Sebastian Kurz finanziell aufgestockt worden sei. Aus diesem Fonds flössen unter anderem auch 2,5 Millionen Euro Steuergeld in einen „wirkungsverbundenen Fonds für gender-inkluslves FinTech“ in Richtung von Entwicklungsländern.

„Für die ungestörte Errichtung einer neuen Weltordnung muss offenbar zuerst auch der, den Globalisten lästige Staatschef von Weißrussland weg“, so der *Wochenblick*, der weiter nach den Zielen, die mit dem Training erreicht werden sollten, fragt. „Soll hier ein Regimewechsel im osteuropäischen Land orchestriert werden?“

Dem Infoflyer der Fortbildung ist zu entnehmen, „das Trainingsprogramm, will Menschen schulen, die Anführer der demokratischen Reformen in ihrer Heimat werden wollen.“

Der österreichische Ex-Kanzler habe sich in der Vergangenheit mehrfach mit Vertretern der weißrussischen Opposition getroffen und halte auch zu weltweiten Financiers von „Regime Change“ – Gruppen regen Kontakt.

Offiziell werde die Fortbildung nicht angepriesen. Schließlich sei Österreich offiziell ein (noch) neutrales Land, und so könne der Außenminister seine Betätigung für US-Interessen nicht offen kommunizieren.

Schallenbergs Treffen mit Soros – daher weht also der Wind

Laut dem *Wochenblick* pflegt Schallenberg keine diplomatischen Beziehungen zum rechtmäßigen Präsidenten Alexander Lukaschenko. Stattdessen habe er sich entgegen jeglicher diplomatischer Gepflogenheit unter dem Vorwand einer angeblichen Wahlfälschung mehrfach mit der unterlegenen Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja getroffen.

Der österreichische Außenminister pflege zudem regelmäßig Kontakte zum Gründer der Open Society Foundation George Soros und seinem Sohn. Beide absolvieren regelmäßige Besuche auf dem Wiener Politparkett. Wie auch die Open Society bereits in Serbien und der Ukraine Regimewechsel gefördert hatte.

Laut *Wochenblick* sei die Unbeliebtheit des weißrussischen Präsidenten wie folgt zu erklären, „Weißrussland unter Lukaschenko hält eisern zu Putin und ist der letzte große Pufferstaat zwischen EU/NATO und Russland.“

Auch die Verbindung der Open Society Foundation zur weißrussischen Opposition sei hinlänglich bekannt. Der weißrussische Regierungschef habe schon anlässlich der

Protestwelle im Sommer 2020 vor einer möglichen „Farbrevolution“ mit Hilfe des Westens gewarnt. Dass dieser Verdacht nicht unbegründet sei, bestätigten auch die Aussagen von Pawel Latuschko, der als enger Vertrauten von Tichanowskaja gelte.

Demnach habe er in einem Interview mit *Radio Swaboda* gesagt, „ich werde versuchen, Personal für das neue Weißrussland zu rekrutieren. Eine Route ist die Ausbildung von Personal für das neue Weißrussland über die Warschauer Universität. Eine andere sind die Diplomkurse des österreichischen Außenministeriums, die demnächst beginnen.“

Der Wochenblick gibt auch Latuschkos Aussage wieder, wonach man sich mit „internationalen Partnern“ verständigen wolle, „um über ein Sanktionsregime den Rückhalt von Präsident Alexander Lukaschenko im eigenen Land zu brechen“.

Zukünftige Rolle Österreichs wird hinterfragenswert

So fragt man sich schließlich anlässlich der Ausbildung von „Demokratiereform-Experten“ an der Diplomatischen Akademie, welche Rolle Österreich in einem mutmaßlich geplanten Regimewechsel in Weißrussland zukäme.

„Soll Schallenberg hier für seine Weltenlenker-Freunde einen Regimewechsel orchestrieren? Soll das formell neutrale Österreich gar für eine Provokation gegen Putin und Russland im Sinne der NATO-Interessen missbraucht werden, stellt hierzu auch der *Wochenblick* in den Raum.

Auf die Fragenkataloge, die der *Wochenblick* diesbezüglich an Verantwortliche beim österreichischen Außenministerium und bei der Diplomatischen Akademie eingereicht habe, seien die Institutionen Antworten selbstredend schuldig geblieben.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Österreich wird von „Schutzsuchenden“ überrannt: beinahe mehr neue Asylwerber als Geburten

22. 09. 2022

In manchen Wochen mehr neue Asylwerber als Geburten – Asyl-Einwanderung nach Österreich nimmt bedenkliche Ausmaße an

Laut Statistik des Innenministeriums wurden in Österreich von Januar bis Juli 41.910 Asylanträge gestellt. Hochgerechnet auf das gesamte Jahr nähert sich unser Land damit dem Negativrekord aus dem Jahr 2015, als 88.340 Asylanträge gestellt wurden. Und heuer im Sommer gab es sogar Wochen, in denen in Österreich mehr Asylanträge gestellt als Kinder geboren wurden.

Der Landesparteisekretär und Sicherheitssprecher der FPÖ Oberösterreich, Michael Gruber, erklärt in einer Aussendung:

„Wir sind schon lange über dem Negativrekord aus dem Jahr 2015. Laut vorliegender Analyse aus dem Innenministerium wurden im Durchschnitt in den Kalenderwochen 27 bis 34 in Österreich 2.891 Asylanträge gestellt. Somit kommen wöchentlich mehr Wirtschaftsflüchtlinge in unser Land als wir Geburten verzeichnen, diese liegen wöchentlich bei rund 1.650 Neugeborenen (2021: 86.078).“

Keine Fachkräfte dabei – Einwanderung in das Sozialsystem

Der freiheitliche Landtagsabgeordnete weist darauf hin, dass bei der ungezügelten und unkontrollierten Zuwanderung keine Fachkräfte kommen, sondern dass es sich um eine Zuwanderung ins heimische Sozialsystem handelt. Beispielsweise gingen von allen Syrern,

Afghanen und Tschetschenen, die im Jahr 2016 in Österreich Asyl gestellt haben, laut ÖIF (Österreichischer Integrationsfonds) lediglich 20 Prozent in den ersten vier Jahren einer Arbeit nach, der Rest lebt von der Sozialhilfe.

Um welche Dimensionen es sich dabei handelt, belegen die Zahlen des Innenministeriums. Demnach kamen von 2015 bis Juli 2022 unter dem Deckmantel des Asyls 76.290 Syrer und 67.520 Afghanen nach Österreich.

Dieser Beitrag erschien auf ZURZEIT, unser Partner in der EUROPOÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Österreich: Bundespräsidenten-Wahl: Van der Bellen, der Repräsentant des linken Umverteilungsstaates

21. 09. 2022

Der Österreichische Bundespräsident Alexander van der Bellen.

Bundespräsidenten-Wahl in Östereich

Alexander Van der Bellen, der Repräsentant des linken Umverteilungsstaates

Dass der amtierende östereichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen aus der politisch ganz linken Ecke kommt, ist kein Geheimnis, er kokettiert schließlich – wenn er nicht gerade wahlkampfbedingt bürgerliche Wähler einseifen muss – selbst gerne mit seiner „Revoluzzer"-Vergangenheit. Die hat er freilich nie abgelegt. Im 2015 erschienenen Buch „*Die Kunst der Freiheit: In Zeiten zunehmender Unfreiheit*" schreibt Van der Bellen über seine Zeit als Assistent an der Universität Innsbruck:

„*Ich galt nicht zuletzt wegen meiner damaligen dogmatisch antikapitalistischen, prosozialistischen Ader bald als der ‚rote' Van der Bellen"*.

Er war ein typischer 68iger, der Sympathien für Linksextremisten wie Fritz Teufel hegte. Teufel war führendes Mitglied der linksradikalen Terrorgruppe „Tupamaros München" und später Mitglied der linksextremen Terrorvereinigung „Bewegung 2. Juni". Bei einer Gerichtsverhandlung sagte er zum Richter, als ihn dieser aufforderte, aufzustehen: „*Na wenn's der Wahrheitsfindung dient*." Dieser Auftritt Teufels vor Gericht hat Alexander Van der Bellen nachhaltig beeindruckt: *„Diese lässig-ironische Grundhaltung gegenüber allem, was etabliert zu sein schien, hat mir doch sehr imponiert."*

Van der Bellen bewundert nicht nur Linksextremisten wie Teufel, er marschierte auch selbst bei linken Demos und Protestkundgebungen mit: *„1968 und in den Folgejahren waren bei allen Veranstaltungen zur Abschaffung des Bundesheeres, zur Uni-Reform, zum Vietnamkrieg etc. Staatspolizisten in Zivil präsent. Das war uns Teilnehmern auch bewusst."* Er sei damals ein „*arroganter Antikapitalist*" gewesen. Angesichts dieser Selbstbeschreibung verwundert es nicht, dass Van der Bellen in den 1970ern die KPÖ gewählt hat.

Er ist sich politisch treu geblieben. Bis heute. Auch wenn er im laufenden Wahlkampf als heimatverbundener Präsident für alle Österreicher und Demokratiefreund durchs Land tingelt, seine sozialistische Gesinnung ist hinter seiner professoralen liberalen Maske nur schlecht verborgen. Dass man die Bürger täuschen darf, um politische Ziele zu erreichen, hat Van der Bellen selbst schriftlich festgehalten:

„*Verschweigen, vernebeln oder gegen die eigene Überzeugung reden kann im politischen Kontext manchmal sogar vernünftig und strategisch zielführend sein."*

Er ist in der Rolle des umsichtigen und Brücken bauenden Präsidenten angesichts seiner tatsächlichen Amtsführung wenig glaubwürdig, es reicht aber aus, den gemeinen ÖVP-Wähler dazu zu bewegen, beim altlinken Grünen ein Kreuzerl zu machen. Das war 2016 so, das wird vermutlich auch diesmal so sein.

Diese recht billige Täuschung funktioniert in Österreich deshalb so gut, weil sie von all jenen Kräften gestützt wird, die vom linken Umverteilungsstaat und seinen bestehenden politischen Strukturen und Netzwerken abhängig sind. Und das sind viele Menschen in diesem Land. Für sie ist es eine Frage ihrer wirtschaftlichen Existenz und Zukunft, dass Van der Bellen als Vertreter des Systems an der Staatsspitze bleibt, damit die staatlichen Gelder weiterhin in die richtigen Kanäle und Milieus gepumpt werden. Die NGOs fürchten um staatliche Zuwendungen, Staatskünstler um Subventionen und Engagements, Caritas und Asylindustrie um ihre ins Land geholte Kundschaft, der ORF um seine Gebühren, politisch gut vernetzte Unternehmer um staatliche Aufträge und Förderungen, die Kammern um ihre Zwangsbeiträge, die Medien um ihre Inserate aus öffentlicher Hand etc. Viele haben viel zu verlieren, wenn sich die Machtverhältnisse tatsächlich ändern. Das war der Grund, warum sich 2016 alle diese Profiteure der staatlichen Umverteilung zusammengeschlossen haben, um offen gegen Hofer und für Van der Bellen gekämpft haben, das war der Grund für den Ibiza-Putsch, bei dem auch Van der Bellen eine wichtige Rolle gespielt hat.

Der grüne Bundespräsident hat einen idealtypischen Lebenslauf für einen linken Systemkandidaten, er war sein ganzes Leben Teil dieses System, hat den geschützten staatlichen Bereich nie verlassen, immer vom Geld, das andere erwirtschaftet haben, gelebt. Er ist aus linker Perspektive deshalb über jeden Zweifel erhaben, er hat seine Blase, auch

intellektuell nie verlassen, war stets Teil des linken Netzwerkes. Die Marktwirtschaft und das Leistungsprinzip sind dem Wirtschaftsprofessor ein Gräuel: Den Markt bezeichnet er als „a*narchistisch*“, Leistung und Konkurrenz verachtet er: *„Der Markt belohnt nur Leistung, die nachgefragt wird (…).“* Was er hier bekrittelt, ist das Erfolgsprinzip des freien Marktes.

Seit Van der Bellen in der Hofburg und die Grünen in der Regierung sitzen, sind die Bürger- und Freiheitsrechte in Österreich massiv eingeschränkt worden – man denke an die überschießenden Corona-Maßnahmen –, gleichzeitig sackt der Lebensstandard und das Wohlstandsniveau der Bevölkerung ab. Sozialistische Politik as usual.

Freiheit ist für Van der Bellen nur ein Wieselwort ohne Bedeutung:

„*Das Ziel, unseren Planeten (…) lebenswert und -fähig zu erhalten, rechtfertig auch eine Einengung jener Freiheiten, die wir bisher zu haben glaubten.“*

Deutlicher kann man es kaum sagen: Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und andere grüne Kernthemen dienen nur als Vorwand, um die Grundrechte der Menschen zu beschneiden, die freie in eine von Linken gesteuerte umzubauen. Wenn vor allem die Grünen, die aufgrund der Schwäche der ÖVP die Politik im Land bestimmen, jede von ihnen mitausgelöste Krise dazu nutzen, die liberale Gesellschaftsordnung zu zerstören, die Menschen immer mehr zu bevormunden und drangsalieren, ihnen sogar vorzuschreiben, wie warm ihre Wohnung zu sein hat und wie lang sie duschen dürfen, ist kein Widerstand aus der Hofburg zu erwarten. Im Gegenteil.

SPÖ, Grüne und Neos wissen das, sie wollen einen stramm-linken Präsidenten, der aktiv daran mitwirkt, dass Regierungen ohne linke Beteiligung nur ein kurzes Leben haben (siehe

Ibiza-Putsch), dass die Linke nach ihrem Marsch durch die Institutionen nicht nur über die kulturelle Hegemonie verfügt, sondern auch in der Regierung sitzt, also der tiefe und der offizielle Staat in einer Hand sind. Aus dieser Perspektive macht Van der Bellen einen ausgezeichneten Job. Dass die ÖVP einen ihrer mächtigsten Gegner unterstützt und keinen Gegenkandidaten aufstellt, ist die politische Bankrotterklärung für diese ehemals bürgerliche Partei. Sein politisches Ziel hat Van der Bellen erreicht, wenn er eine lupenreine

linke Regierung, also eine rot-grün-pinke oder noch besser eine rot-grüne Koalition angeloben kann. Darauf arbeiten er und seine Genossen hin. Derzeit äuft die Phase 2 des Ibiza-Staatsstreiches.

Nach geschlagener Wahl braucht Van der Bellen seine liberale, professorale Maske ohnehin nicht mehr aufzusetzen, eine weitere Amtsperiode ist für ihn schließlich ausgeschlossen. Deshalb kann er am Ende seiner politischen Laufbahn wieder ganz der Sozialist sein, der immer war, ohne sich verstellen zu müssen.

Buch-Info: Werner Reichel (Hg.) VAN DER BELLEN Der parteiische Präsident Verlag Frank&Frei 204 Seiten, € 19,90/eBook € 18,99 ISBN: 9783903236622 **Bestellungen hier direkt beim Verlag**.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S ü d t i r o l (Seite E 68)

18) Giorgia Meloni gefährdet deutsche Minderheiten in Südtirol und im Trentino! Hilferuf nach Bayern!

PRESSEAUSSENDUNG

Sehr geehrte Damen und Herren!
Sehr geehrte Medienvertreter!

Im Anhang finden Sie unsere aktuelle Presseaussendung zu:
Giorgia Meloni gefährdet deutsche Minderheiten in Südtirol und im Trentino! Andreas-Hofer-Bund Tirol bittet Bayern um Schutz!

Das ebenfalls als Anhang beigefügte Memorandum wurde Frau Girogia Meloni persönlich übergeben.

Mit Gesamttiorler Gruß/Con saluti tirolesi

Alois Wechselberger MAS, e.h.
Obmann/Il Presidente
Andreas Hofer-Bund für Tirol (AHBT)
obmann@andreashoferbund.tirol
www.andreashoferbund.tirol
gegr./fondata/established 1919; ZVR.: 68061556

siehe nächsten AWR-826

E. h) Ostmitteleuropa Seiten E 69 – E 83

P o l e n (Seiten E 69 – E 70)

01) Polen: Zehntausende bei „Marsch für das Leben“ in Warschau und anderen Städten

23. 09. 2022

Bild: screenshot twitter

WARSCHAU – Schätzungsweise 10.000 Menschen zogen letzten Sonntag, den 18. September, im Rahmen des polnischen Nationalen Marsches für das Leben und die Familie unter dem Motto „Ich verspreche dir“ durch die Straßen von Warschau.

Nach Angaben des Präsidenten des Zentrums für Leben und Familie, Pawel Ozdoba, *„werden ähnliche Märsche das ganze Jahr über in 150 Städten in Polen organisiert und versammeln mehrere hunderttausend Menschen.“*

https://twitter.com/PawelOzdoba/status/1571443690635132928?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1571443690635132928%7Ctwgr%5Ef5ef1487841b701551df2e35c389b4ecb254bc98%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fpolen-zehntausende-bei-marsch-fuer-das-leben-in-warschau-und-anderen-staedten%2F

Der polnische Staatspräsident Andrzej Duda begrüßte die Teilnehmer in einer Videobotschaft mit den Worten:

„Ich freue mich sehr, dass Sie wieder durch die Straßen Warschaus marschieren, […] Großeltern, Eltern, Kinder und werdende Eltern bilden hier heute eine große fröhliche

Gemeinschaft. Gemeinsam legen Sie öffentlich Zeugnis ab von Ihrem Engagement für die edelsten Ideale. Sie bringen die Überzeugung zum Ausdruck, dass eine starke Familie eine erfolgreiche Zukunft für unser Land bedeutet. Dafür danke ich Ihnen von ganzem Herzen."

Das diesjährige Motto des Marsches „Ich verspreche dir" ist eine Anspielung auf das Eheversprechen, da die Veranstaltung einen besonderen Schwerpunkt auf Ehe und Familie legt. Krystian Kratiuk, einer der Botschafter des Marsches, sagte gegenüber LifeSite:

„Der Marsch für das Leben und die Familie ist die einzige Veranstaltung dieser Art in Polen, bei der die Menschen nicht auf die Straße gehen, um gegen etwas zu demonstrieren, sondern um für etwas zu demonstrieren. Und dabei geht es nicht um rein politische Fragen. Das ist eine ungewöhnliche Initiative, denn zumindest gegen das Recht auf Abtreibung brauchen wir nicht mehr zu protestieren. Deshalb sind dieses Jahr etwa 10.000 Menschen unter dem Motto „und ich schwöre dir" auf die Straßen der Hauptstadt gegangen. Es war also ein Marsch, der die Menschen daran erinnern sollte, dass die Ehe, eine dauerhafte Familie, die Einzigartigkeit der Ehe und die Treue in der Ehe für die Teilnehmer immer noch wichtig sind. Das ist so ein [klassischer] Grund, um zu zeigen, dass es schön ist. Es ist schwer, Polen und die Polen nicht für diese Sache zu lieben. Der Marsch war ein Erfolg, was die Zahl der Teilnehmer angeht, denn er wurde im Herbst organisiert, wenn das Wetter in Polen schon unfreundlich ist. Sehr wichtig ist, dass Präsident Andrzej Duda während des Marsches gesprochen hat."

Die Teilnehmer trugen bunte Luftballons und polnische Flaggen. Außerdem trugen sie Transparente mit Botschaften wie: „Mögen Kinder leben", „Das Leben ist schön", „Ich wähle das Leben" oder „Vaterschaft beginnt bei der Empfängnis. Gleiche Verantwortung. Gleiche Rechte." Darüber hinaus trugen die Ehepartner Anstecker, auf denen sie ihre Namen und die Dauer ihrer Ehe vermerkten.

Anm.: Dass die Mainstream-Medien darüber nicht berichten verwundert wenig – Mit UNSER MITTELEUROPA immer objektiver und besser informiert.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

T s c h e c h i e n (Seite E 71)

02) Tschechien führt Kontrollen an der Grenze zur Slowakei ein

Tschechien wird ab morgen Donnerstag Kontrollen an der Grenze zur Slowakei einführen. Der Grund ist die illegale Migration vor allem aus Syrien. Konkret betreffen die Kontrollen 27 ehemalige Grenzübergänge. Darüber informierte die Polizei am Montag in einem Pressebericht. Seit Anfang des Jahres wurden in Tschechien fast **12.000 illegale Migranten** aufgegriffen. Dies überschreitet bedeutend die Zahlen von 2015, als die Flüchtlingskrise in Europa ihren (vorläufigen) Höhepunkt erreichte. Zudem wurden 125 Schlepper festgenommen. Die Polizisten werden auch die grüne Grenze kontrollieren. Sie erwarten, dass die Schlepper versuchen werden, die getroffenen Maßnahmen zu umgehen.

Die Regierung entschied über die Einführung der Grenzkontrollen am Montagabend. Laut Innenminister **Vít Rakušan** (Stan) wird die Maßnahme in der ersten Etappe zehn Tage gelten. Er will die Zeit seinen Worten zufolge für Verhandlungen mit der slowakischen Seite nutzen. Danach wird das Kabinett die Lage auswerten.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.117, 2022

Wien, am 28. September 2022

03) Ergebnis der Kommunal- und Senatswahlen in Tschechien

Durchaus unterschiedlich interpretiert werden die Ergebnisse nach dem Wahl-Wochenende in Tschechien auf Gemeinde- und Senatsebene. Traditionell konnten verschiedene lokale Zusammenschlüsse und unabhängige Kandidaten die meisten Sitze erringen. Sie werden landesweit 61,7 Prozent der Gemeindevertreter stellen. Von den kandidierenden Parteien haben, wie bei den letzten Wahlen vor vier Jahren auch, die Christdemokraten mit 4,4 Prozent die meisten Stimmen enthalten, gefolgt von den Bürgerdemokraten (2,6 Prozent) und der Bürgermeisterpartei Stan (1,5 Prozent).

Von den 13 Kreisstädten Tschechiens hat die Oppositionspartei Ano insgesamt acht gewonnen. In fünf weiteren konnten sich die Regierungsparteien durchsetzen. In der Hauptstadt Prag sind die bisher regierenden Piraten auf den dritten Platz abgerutscht. Gewonnen hat die Parteienkoalition „Gemeinsam für Prag“ / Spolu pro Prahu mit dem Bürgerdemokraten **Bohuslav Svoboda** als Spitzenkandidaten, wie „Radio Prag“ berichtet.

https://deutsch.radio.cz/kommunal-und-senatswahlen-neubesetzung-der-stadt-und-gemeinderaete-steht-fest-8762448

Den aktuellen Beitrag des **„Powidl“** zu den Senatswahlen sehen Sie bitte hier,

https://www.powidl.info/politik/ano-gewinnt-die-senatswahlen

die genauen Ergebnisse in den regionalen Zentren und ausgewählter (Sudeten-)Orte gib es

https://docs.google.com/document/d/1c07PlPAL1ZAh8hyBFt8HwKvT-_7pp5mR/edit

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.116, 2022

Wien, am 26. September 2022

U n g a r n (Seiten E 72 – E 81)

04) Orban: „Der Westen ist für den Krieg“ – Volksbefragung in Ungarn (2. Teil)

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

28. 09. 2022

Anlässlich der Herbstsitzung des ungarischen Parlaments hielt der ungarische Ministerpräsident folgende Rede (Auszug):

2. TEIL

„Der Westen ist für den Krieg“ – Volksbefragung in Ungarn

„Wir stehen vor einem lokalen Krieg und einem globalen Wirtschaftskrieg“ – sagte Orban. Es ist ein langwieriger Krieg zu erwarten. Der Ukraine wird von den USA und der EU mit Waffen und Geld unterstützt, doch Russland hat endlos Reserven. Ungarns Position unterscheidet sich von der westlichen Mehrheits-Position: Der Westen ist für den Krieg, Ungarn für den Frieden.“

Armee und Grenzjäger-Truppen zum Schutz der nationalen Souveränität

Ungarn müsse nun mehr für seine Armee und seine nationalen Sicherheitsdienste ausgeben, um so „die eigene Souveränität in allen Bereichen zu verteidigen“. Er verwies auch auf die Bildung von sog. Grenzjägertruppen zum Schutz der Südgrenze vor illegalen Migranten. Außerdem „gibt und wird es Versuche von außen geben, um nach und innen Einfluss auf Ungarn zu nehmen: Es ist auch ein Desinformationskrieg im Gange.“

„Brüssel kann etwas gegen hohe Inflation tun“

Gerade Familien wären von den wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges hart betroffen, so Orban weiter: „Der Anstieg der Energiepreise in allen Ländern erhöht die Inflation. Diese

hohen Energiepreise werden jedoch nicht durch wirtschaftliche Prozesse ausgelöst, sondern durch Sanktionen. Nicht die Wirtschaft, sondern die politischen Entscheidungen in Brüssel sind für die hohe Inflation verantwortlich."

„Brüssel will immer schlauer sein als alle anderen."

Ungarn habe immer seine Gegenargumente zu den Sanktionen angezeigt, aber sie wurden in der EU nicht gehört: „In Brüssel ist es Mode, schlauer zu sein als alle anderen", sagte der Premierminister. „Wenn ihnen dann die Argumente ausgehen, beschuldigen sie andere, europäische Werte zu verletzen. Dass ist, was mit Ungarn passiert ist." – „Intellektuell ist alles nicht sehr inspirierend."

Orban kündigt Volksbefragung zu Sanktionen an

Die Einführung von Sanktionen war laut Orbán undemokratisch, wurde von der Brüsseler Elite beschlossen, und das europäische Volk wurde von niemandem gefragt. Den Preis für die Sanktionen hingegen zahlen die Menschen in Europa" – fügte er hinzu. Ungarn ist das erste Land in Europa, das die Menschen nach ihrer Meinung zu Sanktionen fragt.

Ungarn hat genug Energie

Ungarn werde aber den Erdgasverbrauch senken, hätte aber genug Erdgas, Strom und Öl: Weil sich das Land „mit den Russen auf neue Gaslieferungen geeinigt hat: Wir haben eine Ausnahme vom allgemeinen russischen Ölembargo erkämpft, auch für unsere slowakischen und tschechischen Freunde. Obwohl sie nicht geholfen und sich nicht bedankt haben. Aber: „Es geht in Ordnung. Ihr seid willkommen."

Ausbau des AKW-Programms

Die Lebensdauer des Blocks „Paks 1" wird verlängert und „Paks 2" wird mit russischer Hilfe ausgebaut. Die Hälfte des inländischen Stromverbrauchs wird durch Atomkraft bereitgestellt. Deshalb rief Orban auch „die linken Parteien auf, die Entwicklung der ungarischen Atomindustrie nicht zu behindern".

Preisobergrenzen verlängert

Diese schützen Familien. Zudem ist in mehreren Sektoren eine zusätzliche Gewinnsteuer erhoben worden, um diese Mittel für die Unterstützung von Familien bereit zu stellen. Aus sechs Punkten besteht das Programm: Reduktion der Allgemeinkosten, Brennholz-, Braunkohleprogramm, Benzinpreis-, Lebensmittel-Preisobergrenze und Zinsstopp.

1. TEIL

Wirtschaftssanktionen schaden Europa mehr als Russland

„Die verhängten Sanktionen fügen auch Europa enormen Schaden zu. Dem gegenüber hat Russland seit dem Krieg, also in einem halben Jahr, 158 Milliarden Euro durch erhöhte Energieexporte verdient. Das ist mehr als die gesamten jährlichen Exporterlöse Russlands für 2021 in einem halben Jahr. Davon wurde die Hälfte dieses Betrages, 85 Milliarden Euro, von den EU-Ländern bezahlt. Mit Sicherheit also haben die Sanktionen die Menschen in Europa ärmer gemacht haben und Russland nicht in die Knie gezwungen. Diese Waffe ging nach hinten los: Mit den Sanktionen hat sich Europa selbst in den Fuß geschossen.

„Europa wir zugrunde gerichtet“

In Brüssel versprachen Bürokraten im Juni auch das Ende des Krieges durch Sanktionen. Trotzdem ist dieser aber immer noch nicht zu Ende, doch die Energiekosten sind in die Höhe geschossen. Die europäischen Unternehmen sind nicht oder nur mehr schwer in der Lage, die sanktionierten Energiepreise zu zahlen. Wir warten auf eine Antwort, ganz Europa wartet auf eine Antwort aus Brüssel auf die Frage, wie lange wir das noch durchstehen. Wenn das so weitergeht, wird ganz Europa zugrunde gerichtet. Es ist an der Zeit, mit unseren amerikanischen Freunden offen darüber zu sprechen. Solange es noch nicht zu spät ist.

„Wütende Menschen in Europa wählen Regierungen ab“

Es gibt immer mehr wütende Menschen in Europa. Wir sind es auch. Die Brüsseler Bürokraten müssen verstehen, dass sie nicht das Schicksal ganzer Volkswirtschaften und Millionen von Menschen bedrohen dürfen. Das ist unverantwortlich! Und auf hohe Energierechnungen so zu reagieren, dass man diese doch nach Moskau schicken soll, ist verletzend und beleidigend. (Anmerkung: Von der Leyen hatte dies einmal gefordert.) So ist es kein Wunder, dass wütende und getäuschte Menschen die Regierungen von Ländern, die Sanktionen unterstützen, nacheinander absetzen.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Orban: „Europa wird zugrunde gerichtet“

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

27. 09. 2022

Anlässlich der Herbstsitzung des ungarischen Parlaments hielt der ungarische Ministerpräsident folgende Rede (Auszug):

Wirtschaftssanktionen schaden Europa mehr als Russland

„Die verhängten Sanktionen fügen auch Europa enormen Schaden zu. Dem gegenüber hat Russland seit dem Krieg, also in einem halben Jahr, 158 Milliarden Euro durch erhöhte Energieexporte verdient. Das ist mehr als die gesamten jährlichen Exporterlöse Russlands für 2021 in einem halben Jahr. Davon wurde die Hälfte dieses Betrages, 85 Milliarden Euro, von den EU-Ländern bezahlt. Mit Sicherheit also haben die Sanktionen die Menschen in Europa ärmer gemacht haben und Russland nicht in die Knie gezwungen. Diese Waffe ging nach hinten los: Mit den Sanktionen hat sich Europa selbst in den Fuß geschossen.

„Europa wir zugrunde gerichtet“

In Brüssel versprachen Bürokraten im Juni auch das Ende des Krieges durch Sanktionen. Trotzdem ist dieser aber immer noch nicht zu Ende, doch die Energiekosten sind in die Höhe geschossen. Die europäischen Unternehmen sind nicht oder nur mehr schwer in der Lage, die sanktionierten Energiepreise zu zahlen. Wir warten auf eine Antwort, ganz Europa wartet auf eine Antwort aus Brüssel auf die Frage, wie lange wir das noch durchstehen. Wenn das so weitergeht, wird ganz Europa zugrunde gerichtet. Es ist an der Zeit, mit unseren amerikanischen Freunden offen darüber zu sprechen. Solange es noch nicht zu spät ist.

„Wütende Menschen in Europa wählen Regierungen ab“

Es gibt immer mehr wütende Menschen in Europa. Wir sind es auch. Die Brüsseler Bürokraten müssen verstehen, dass sie nicht das Schicksal ganzer Volkswirtschaften und Millionen von Menschen bedrohen dürfen. Das ist unverantwortlich! Und auf hohe Energierechnungen so zu reagieren, dass man diese doch nach Moskau schicken soll, ist verletzend und beleidigend. (Anmerkung: Von der Leyen hatte dies einmal gefordert.) So ist es kein Wunder, dass wütende und getäuschte Menschen die Regierungen von Ländern, die Sanktionen unterstützen, nacheinander absetzen.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Linke EU-Eliten arbeiten an Putsch gegen ungarische Regierung: „Rechtstaatlichkeits“-Bericht, Schattenregierung!!!

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

23. 09. 2022

„EU erst zufrieden wenn es eine liberale Regierung gibt.“

Die ungarische Justizministerin Judith Varga brachte es auf den Punkt: „Die EU wird nicht zufrieden sein, bis es eine liberale Regierung in Ungarn gibt.“ (UM berichtete) Und weiter: Der sogenannte „Rechtstaatlichkeits“-Bericht „ist eine politische Hexenjagd gegen ein Land, das nicht akzeptiert, dass seine Ideologie vom EU-Parlament bestimmt wird“.

Ewige Diffamierung: Der sog. „Rechtstaatlichkeits“-Bericht

Der vorgeschobene Grund wird immer wieder bemüht – in Form einer Goebbel’schen Propaganda („Eine Lüge so lange wiederholen, bis die Menschen sie glauben.”): Indem sogenannte Verletzungen der Grundrechte und Rechtsunsicherheiten konstruiert werden. Noch ist die Strafmaßnahme gegen Ungarn nicht beschlossen: Denn die Entscheidung über den Vorschlag muss der EU-Ministerrat fällen, ein Gremium der Regierungen aller 27 Mitgliedstaaten. Der Beschluss fällt mit qualifizierter Mehrheit: Mindestens 15 Länder mit mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung müssten also zustimmen. Ein Veto von nur einem Land kann also den Beschluss nicht verhindern. Innerhalb einer Frist von vier Wochen muss die Entscheidung gefällt werden. Theoretisch könnte er aber bis zu drei Monate verschoben werden. Auf diese Weise würde dann die EU-Kommission Ungarn 7,5 Milliarden Euro an Subventionen vor allem aus dem Covid-Wiederaufbauprogramm kürzen. Diese Summe wurde Ungarn im Gegenzug zu dessen Zustimmung für das Covid-Aufbauprogramm einst zugesichert. Die EU ist also somit wortbrüchig geworden.

Ungarische Schattenregierung gebildet

Die Bildung einer ungarischen Schattenregierung, diese Woche, gegen die zum vierten Male demokratisch an der Macht sich befindende Orban-Regierung vereint mindestens drei Elemente: Lächerlichkeit, Putschgelüste und Sowjetimperialismus. Selbst die Orban-hassende Opposition hat dafür nur Spott übrig, weil sie weiß: Dass die selbsternannte Gespenster-Regierung mit einer „Unterstützung von 5, 10 oder gar 15 Prozent der Wählerschaft nicht ausreicht" um die Orbanregierung zu ersetzen – wie etwa die ungarische linksliberale EU-Parlamentarierin Donáth Anna schrieb. Außerdem besteht die Gespenster-Regierung ausschließlich aus ex-sozialistischen Kadern der Vor-Orban-Ära von 2010: „Wie kann man von den Wählern erwarten, dass sie sich hinter einer Opposition versammeln, in der die Mehrheit aus Persönlichkeiten besteht, die mit der vergangenen Ära vor 2010 verbunden sind?" (mandiner)

Vorsitzende Klara Dobrev ist Ehefrau des sozialistischen Ex-Lügen-Ministerpräsidenten Gyurcsany

Vorsitzende des Möchtegern-Exilregierung im Inneren ist nämlich niemand anderes als die Ehefrau des sozialistischen Ex-Ministerpräsidenten Gyurcsany, der das Land mit seiner Lügenrede im Herbst 2006 an den Rande eines Bürgerkrieges brachte. (UM berichtete mehrmals: „Wir haben es verfickt!") Darüber haben sich linke EU-Eliten aber nie besorgt gezeigt.

Die Ehefrau des jetzigen Oppositionspolitikers Gyurcsany ist die in Sofia geborene Klára Dobrev, und seit 2019 EU-Parlamentarierin und Ex-Vizepräsidentin des EU-Parlaments. Dobrev gilt als Zersetzerin der Nationalstaaten: Hatte sie doch immer das globalistische Konzept der „Vereinigten Staaten von Europa" gefordert.

Dobrev wurde in stalinistischer Familie sozialisiert

Die studierte Wirtschaftswissenschaftlerin wuchs als Tochter einer Ungarin und eines bulgarischen Vaters in Ungarn und Bulgarien auf. Ihr Großvater mütterlicherseits, Antal Apró, war ein gefürchteter stalinistischer Politiker und Verräter während der ungarischen

1956-er-Revolution und der nachfolgenden Kádár-Ära. Bereits in der ersten Nacht des Ungarnaufstandes vom 23. – 24. Oktober 1956 war Antal Apró Mitglied der berüchtigten „Militärkommission“: Daraufhin bezeichnete er in einer internen Direktive die Teilnehmer des Aufstands als „faschistisches Pack“ und erteilte den Schießbefehl gegen die Revolutionäre, auch auf Zivilisten. Seit 27. Oktober war er in der neuen Revolutions-Regierung von Imre Nagy Vorstandsmitglied und gleichzeitig dessen Verräter. Denn danach kehrte Antal Apró in die stalinistische Konter-Revolutionsregierung von János Kádár zurück. Schließlich beaufsichtigte er persönlich den Schauprozess gegen Imre Nagy und dessen Mitstreiter und war somit für deren Ermordung mitverantwortlich.

Niederländische Inquisitions-Parlamentsdelegation in Ungarn erwartet

Diese soll unter anderem die „Rechtsstaatlichkeit“ untersuchen, und zwar in Form eines Arbeitsbesuches in Ungarn. (hvg) – wie die Kommunikationsabteilung der Parlaments-Abgeordnetenkammer gegenüber (hvg) bestätigte. Alles beruht auf der Entscheidung des „Ausschusses für europäische Angelegenheiten“ in seiner Sitzung in der vergangenen Woche: Wonach einige ihrer Mitglieder die Herbstpause des niederländischen Parlaments zu einem Arbeitsbesuch nach Ungarn nützen wollen. Die Ausschussmitglieder würden derzeit eine Bestandsaufnahme potenzieller Themen zur Rechtsstaatlichkeit ausarbeiten.

In Wirklichkeit handelt es sich bei diesem Besuch um eine krude Mischung von Drohkulisse, Einmischung einer links-elitär vorbelasteten ausländischen Inquisitions-Behörde nach sowjetischen Vorbild zu Unterstützung einer linken, anti-demokratischen Konterrevolution…

„Rechtstaatlichkeits“-Bericht: Verleumdung linker EU-Kampf-Feministinnen

Seit mehr als fünf Jahren bereiten nun linke EU-Parlamentarierinnen unter Führung links-feministischer Hobby-Anti-Faschismus-Kampf-Feministinnen einen Putsch gegen die demokratisch legitimierte Orbanregierung vor:

Die ultra-links-grüne, französische EU-Parlamentarierin Gwendoline Delbos-Corfield (GDC), schwört das EU-Parlament anscheinend auf einen Putsch gegen die rechtmäßig und demokratisch legitimierte ungarische Regierung ein. Und zwar mit einer geradezu infamen Vorgangsweise: GDC leitet den sogenannten „EU-Bericht über die Rechtsstaatlichkeit in Ungarn“ und gab nun dem Fernsehsender rtl.hu ein skandalöses Interview, in dem sie „die Legitimität des Mandats der ungarischen Regierung in Frage“ stellt.

Verleumdungs-Narrativ: Medien, Justiz, Korruption

Dabei werden die ewigen Verleumdungen gegen das souveräne Ungarn zum x-ten Male aufgekocht: Die Lage der Medien, die Unabhängigkeit der Justiz, sowie die Korruption im Lande wären „die größten Probleme beim Funktionieren der ungarischen Demokratie". Geradezu absurd bleiben die Vorwürfe in Richtung nicht funktionierender Medienfreiheit, dass etwa einige unabhängige Journalisten, von den regierungsfreundlichen Medien verleumdet würden. – insofern absurd, weil ja gerade das Interview von GDC im äußerst regierungsfeindlichen ungarischen RTL das Gegenteil beweist. Außerdem verwechselt GDC „Verleumdumg" mit legitimer „Kritik" von konservativen Journalisten an linken Verleumdungsjournalisten. (Hier meine Analyse zur „Medienhasskampagne gegen Ungarn")

Weiters versucht sich die GDC-Verleumdungsstrategie an folgendem Muster, das bisher in Ungarn versagt hat: Wäre doch die ungarische Mediensituation ähnlich der von Russland. Dann folgt eine Attacke auf die ungarische Justizministerin Judit Varga und Innenminister Sándor Pintér: Weil sie die verleumderischen Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit zurückwiesen. – Ein offen totalitäres Argument…

Die Realität: Medienpluralismus in Ungarn

In Ungarn gibt es 393 TV-Sender, 234 terrestrische und Internetradios, 6731 Druck- und 3540 Internetzeitungen: 85% der Medien sind dem konservativen und 83 % dem linken Lager zuzurechnen. (Medienanalyse) Der linke Mediensektor ist seit Orbans Regierungsantritt (20120–20) sogar um 45% gewachsen.

Links-totalitaristisches Narrativ

Auf die Frage nach der Rechtmäßigkeit (der zum vierten Male) demokratisch legitimierten Regierung Orban folgt eine geradezu totalitäres Bekenntnis, welches das Selbstbestimmungsrecht eines souveränen Staates in Frage stellt: „Selbst wenn Viktor Orbán die Wahl in einer wunderbaren Demokratie mit einem florierenden Medienumfeld gewinnen würde, hätte er nicht die Macht, Maßnahmen zu ergreifen, die gegen europäische Werte und Gesetze verstoßen." (GDC)

Das fadenscheinige Verleumdungsnarrativ der GDC lautet: Die ungarische Demokratie „funktioniert eigentlich nicht", „nur auf dem Papier" nämlich wäre „alles in Ordnung."- Ein unverhohlen ostrassistisch-neo-kolonialistisches Argument.

Offene Vorbereitung für einen Putsch von außen

Delbos-Corfields „starke Zweifel" daran, ob die ungarische Demokratie in der richtigen Verfassung sei, deren Regierungsmandat legitim auszuführen, sind nichts anderes als ein totalitaristische Vorbereitung auf einen Putsch von außen im Sinne der US-Doktrin der sogenannten „coulour revolutions". (Hier meine Analyse zur subversiven Polit-Demagogie der ungarischen Soros-Linken).

Was die westeuropäische Linke nie verschmerzen konnte…: Dass die coulour revolutions in Ungarn nie funktioniert haben… (Hier meine Analyse: „Gibt es eine Verschwörung gegen Ungarn ?")

Der absurde Zirkelschluss der GDC: Zwar glaube auch sie nicht an Wahlmanipulation, aber an: „Mediale Desinformation, die es den Ungarn unmöglich gemacht hätte, bewusste und

informierte Entscheidungen zu treffen. – Ein offensichtlich ostrassistisches Argument voller Ungarnhass, gegen ein anscheinend politisch unfähiges Volk.

Hat GDC nie von der offiziell bestätigten Medienmanipulation zugunsten der (von den deutschen Eliten) propagierten Pro-Flüchtlingsberichterstattung gehört. (siehe FAZ) Denn mittlerweile hat „die Mehrheit der Deutschen das Gefühl, von den Medien belogen zu werden." (U. Ulfkotte: „Gekaufte Journalisten") – Während der Flüchtlingskrise-2015 hatte „die Presse großteils die Perspektive der politischen Elite übernommen" (nzz) – Die Silvester-Vergewaltigungen-2015/16 Hunderter Frauen durch nordafrikanische Männer-Gangs wurden tagelang verschwiegen – „aus Angst vor der Wahrheit" (Zeit).

Hass-feministische Verleumdungskampagne der niederländischen Transgender-Aktivistin Sargentini

GDC versucht nun den (vor vier Jahren im EU-Parlament auf Druck der Links-Grünen angenommenen) ostrassistischen Ungarn-Hass-Sargentini-Bericht aufzukochen. Auch deshalb, weil er nicht die gewünschte antiungarische Wirkung gezeitigt hat. Dann folgt noch ein unverhohlene Ausgrenzungs-Diffamierung: „Es ist jetzt überall klar, dass die ungarische Regierung anders ist als die anderen, und deshalb wurde sie in gewisser Weise an den Rand gedrängt." (GDC)

Der Sargentini-Lügenbericht ist in höchstem Maße radikal-linksideologisch motiviert: Die mittlerweile pensionierte Politfunktionärs-Radikal-Emanze Sargentini war nämlich Mitglied der holländischen groen-links-Partei, ein Zusammenschluss von Kommunisten, Pazifisten, Radikalen und linken Sektierer-Evangelen.

So lautete etwa ein völlig vager Vorwurf, im ungarischen Wahlkampf 2018 habe ein „*ungünstiges Klima*" geherrscht. Geradezu grotesk auch die Inkrimination, Ungarn habe direkte Demokratie (nämlich Brüssel- und Soros-feindliche Volksbefragungen) abgehalten. Im Mittelalter hatte man Hexentänze unter Todesstrafe gestellt. Grotesker kaum mehr möglich: Die Verurteilung von Ungarns immigrations-skeptischer Haltung, weil u.a. *„Parallelen zwischen Terrorismus und Migration gezogen"* worden wären. Selbst das deutsche Bundeskriminalamt hat diesen Zusammenhang von „*Kriminalität im Kontext von Zuwanderung*" hergestellt. Unterstellt wird zudem racial-profiling von Zigeunern. Im Umkehrschluss würde das bedeuten, dass Angehörige der Roma-Minderheit nicht mehr von der Polizei kontrolliert werden dürften. Alle Attentate auf die Roma-Minderheit (März 2008 – August 09) fanden zur Zeit der sozialistisch-liberalen Gyurcsány-Regierung statt. (siehe Spiegel) Die für Orbán im Straßburger Parlament sitzende Roma-Politikerin und

stellvertretende Parlamentspräsidentin Jaroka Livia verteidigte die ungarische Regierung vehement: „*Alles, was sie hier gegen die Regierung Orbán von sich geben, sind Lügen – was die Lage der Minderheiten in Ungarn betrifft.*“ (Redebeitrag ab 1:55:34)

Dass Transgender-Aktivistin Sargentini jegliche positive Wertschätzung von Familie verteufelt, ist zwar aufgrund ihres links-radikalen Lebenswandels folgerichtig, deren Begründungen lesen sich aber wie postmodern-feministischer Hexenwahn: In Hass-Kampf-Rhetorik wird da von „*negative*(n) *Geschlechterstereotype*(n) *über die Rolle der Frau*“ geschwafelt. Oder davon, „*dass durch die durchgängige Berücksichtigung der Bedürfnisse von Familien“* erreicht werden solle, „*dass die Bevölkerung wächst*“. Die Diktatur des Transgender-Regenbogens in Rein-Sumpfkultur… Wie soll denn eine gesunde Bevölkerungspyramide sonst entstehen als durch heterosexuelle Fortpflanzung? Selbst die herein gewunkenen Testosteron-Refjutschies machen das nämlich auch noch auf diese altmodische Weise so…

Neue mediale-politische Hass-Kampagne gegen Ungarn angelaufen

Nicht umsonst mehren sich auch auf anderen Kanälen die Antiungarn-Kampagnen: Etwa die einseitige Aussetzung des 43 Jahre alten bilateralen Steuerabkommens mit Ungarn durch die USA. Der Grund: Ungarn verweigert als souveräner Staat die Einführung einer von der EU geplanten globalen Mindeststeuer von 15% als wirtschaftsschädlich. (vadhajtasok)

Und dann noch der letzte Schrei der westlichen Systempresse im Stile plumper Anti-AKW-Propaganda aus den späten siebziger Jahren, gemischt mit Ostrassismen vom bösen Kriegstreiben aus dem dunklen Russland: „Gefahr für Europa – Ungarns Atomkraftwerk-Projekt: Milliarden für Putins Kriegskasse” (Krone)

Orbans Antwort auf die Hasskampagne: Nationale Identität

In der Siegesrede vom 3. April erklärte der ungarische Ministerpräsident: „Wir alle… Wenn wir zusammenhalten, können wir durch auch durch die dickste Wand gehen. Schützen wir außerdem die Familie, schützen wir Ungarn und schützen wir Ungarns Friede und Sicherheit.

Wir haben einen riesigen Sieg eingefahren… Wir werden alles tun, um uns das Vertrauen zu verdienen, das wir heute Abend von Ihnen bekommen haben.“ (Viktor Orban)

https://www.facebook.com/orbanviktor/videos/397213398893866/?t=43

Ungarn bleibt: der letzte Verteidiger des europäischen Christentums

https://www.youtube.com/watch?v=dQ5zCtDk_C0&t=1s

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S e r b i e n (Seiten E 82 - E 83)

07) Serbischer Ministerpräsident Vukic: „Doppelmoral des Westens zu Ukraine und Kosovo“

24. 09. 2022

Rede vor UN-Vollversammlung

Aleksander Vucic hat die Frage der Unabhängigkeit des Kosovo in der UN-Vollversammlung angesprochen wie Euronews berichtet.

Vucic: „Worin besteht der Unterschied zwischen der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine und der Souveränität und territorialen Integrität Serbiens? Gegen dieses Recht wurde massiv verstoßen, und Sie haben es international anerkannt und legitimiert, zumindest einige von Ihnen,“ indem sich Vucic auf die NATO-Bombardierung Jugoslawiens 1999 bezog.

Ablehung des 10-Jahres-Kosovo-Planes

Vucic habe zudem letzte Woche den 10-Jahres-Fahrplan für die Anerkennung des Kosovo abgelehnt, welche der EU-Sonderbeauftragte für den Kosovo, Miroslav Lajcak, und seine französischen und deutschen Berater vorgelegt hatten.

Heuchelei des Westens

Westliche Länder können nicht ihre Heuchelei erklären: Denn auf der einen Seite hätten sie Kiew im Kampf gegen Russland unterstützt, aber auf der anderen Seite billigten sie die Unabhängigkeit des Kosovo – wie der serbische Präsident Dienstag vermerkte.

Weiters führte Vucic: Serbien habe „nie einen Fuß auf irgendjemandes Territorium gesetzt.“ Das hätte aber „die 19 reichsten NATO-Länder nicht davon abgehalten, ein souveränes Land ohne eine Entscheidung des UN-Sicherheitsrates anzugreifen“.

NATO-Bombardement gegen Ex-Jugoslawien 1999

Die NATO marschierte 1999 nach einer 78-tägigen Bombardierungskampagne gegen das damalige Jugoslawien in den Kosovo ein und erklärte 2008 mit westlicher Unterstützung dessen Unabhängigkeit. Während die USA und die meisten ihrer Verbündeten diese anerkennen, lehne dies viele andere Länder ab, einschließlich Russland und China. (euronews)

Dieser Artikel entstand in Zusammenarbeit mit MANDINER, unserem Partner der Medienkooperation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. i) Osteuropa: Seiten E 84 – E 155

W e i ß r u s s l a n d (Seiten E 84 – E 85)

01) Über 30 NATO-Einsatzflüge wöchentlich an Weißrussischer Grenze

30. 09. 2022

Etwa 35 Flüge pro Woche werden von NATO-Flugzeugen entlang der weißrussischen Grenze zu Aufklärungszwecken durchgeführt, so der Vorsitzende des Sicherheitsrates des Landes.

Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf eine groß angelegte Verstärkung der Truppen des Bündnisses in Osteuropa.

Dementis der NATO werden zunehmend unglaubwürdig

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und westliche Politiker betonen unermüdlich, das Bündnis sei nicht auf Konfrontation aus. Dennoch nimmt die Zahl der NATO-Truppen und Waffen in Osteuropa nicht erst seit dem Jahr 2014 stetig zu.

Allein im laufenden Jahr wurde zweimal verkündet, dass das Bündnis seinen Zusammenschluss in der Region verstärkt hätte.

Derzeit registriert der weißrussische Sicherheitsrat mit zunehmender Besorgnis eine deutliche Zunahme von Aufklärungsflügen entlang der Grenzen des Landes. Weißrusslands Staatssekretär im Sicherheitsrat Aleksander Wolfowitsch erklärte in einer Sendung des Fernsehsenders *Belarus-1*, „allein heute wurden vier Überflüge von Aufklärungsflugzeugen entlang der Grenzen der Republik Weißrussland registriert. Die Zahl der Einsätze überschreitet 30 bis 35 Aufklärungsflüge in einer Woche.“

Wolfowitsch wies auch darauf hin, dass die Zahl der NATO-Übungen in Osteuropa erheblich zugenommen habe und die NATO-Gruppierung im europäischen Raum gestärkt worden sei.

„Heute sind rund 35.000 Personen in Osteuropa im Einsatz. Die Zahl der Kampfflugzeuge in Osteuropa liegt bei über 2.000. Heute befinden sich 15 Kriegsschiffe im Mittelmeer und in der Ostsee, darunter zwei atomgetriebene U-Boote, ein Flugzeugträger und über 300 see- und luftgestützte Marschflugkörper, so Wolfowitsch.

Im Juni dieses Jahres bat der weißrussische Präsident Aleksander Lukaschenko Russland um die Lieferung von Raketensystemen vom Typ Iskander-M, nicht zuletzt auch zum Schutz der Grenzen gegen NATO-Flugzeuge. Damals wies Lukaschenko auf die Zunahme von Übungsflügen von NATO-Flugzeugen mit Nuklearsprengköpfen hin, die entlang der weißrussischen Grenze durchgeführt würden.

In Weißrussland zeigt man sich gewappnet und beginnt dieser Tage mit landesweiten Manövern, auch an der Grenze zum „europäischen Haupt-Waffen-Lieferanten“, Polen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

U k r a i n e (Seite E 86 – E 113)

02) Lambrecht erstmals seit Kriegsbeginn in der Ukraine - Waffen angekündigt

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) sitzt mit ihrem ukrainischen Amtskollegen Olexij Resnikow bei Luftalarm in Odessa im Luftschutzbunker. -
© *Jörg Blank/dpa/Jörg Blank*

Lambrecht erstmals seit Kriegsbeginn in der Ukraine - Waffen angekündigt

Aktualisiert am 01.10.2022, 22:05 Uhr

- **Die Verteidigungsministerin Christine Lambrecht reist das erste Mal seit Kriegsbeginn in die Ukraine.**
- **In der Hafenstadt Odessa wurde die SPD-Politikerin am Samstag von ihrem ukrainischen Amtskollegen Olexij Resnikow empfangen.**
- **Am Nachmittag musste Lambrecht wegen eines Luftalarms zeitweise in einen Bunker.**

Mehr aktuelle News finden Sie hier

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht ist zum ersten Mal seit Kriegsbeginn in die Ukraine gereist. In der Hafenstadt Odessa am Schwarzen Meer wurde die SPD-Politikerin am Samstag von ihrem ukrainischen Amtskollegen Olexij Resnikow empfangen. Lambrecht sagte die Lieferung einer ersten Einheit des bereits versprochenen bodengestützten Luftabwehrsystems Iris-T SLM innerhalb weniger Tage zu. Selbst die Bundeswehr verfügt noch nicht über das hochmoderne System. Kurz vor dem zunächst aus Sicherheitsgründen geheim gehaltenen Besuch schlugen in Odessa nach ukrainischen Angaben in einem Industriegebiet zwei russische Iskanderraketen ein. Verletzt wurde niemand. Am Nachmittag musste Lambrecht selbst wegen eines Luftalarms zeitweise in einen Bunker.

Lambrecht inspiziert Gepard-Flugabwehrpanzer

Die Ministerin informierte sich im Hafen von Odessa über den Einsatz eines von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Flugabwehrpanzers vom Typ Gepard. Deutschland hat dem von Russland angegriffenen Land insgesamt 30 dieser Panzer inklusive etwa 6000 Schuss Munition geliefert. Das System helfe beim Schutz der "kritischen Infrastruktur", bei der Abwehr von russischen Luftangriffen, sagte sie im Getreidehafen. Von dort wird das ukrainische Getreide übers Schwarze Meer in die Welt exportiert, nachdem die Lieferungen lange von Russland blockiert worden waren. Lambrecht sprach auch mit der in Deutschland ausgebildeten Gepard-Mannschaft.

Ein geplanter Besuch in der rund 40 Kilometer von der Front gelegenen Stadt Mykolajiw musste aus Sicherheitsgründen wegen drohender russischer Raketen- und Artillerie-Angriffe abgesagt werden. In dem Gebiet wollte Lambrecht ursprünglich zusammen mit Resnikow ebenfalls Waffenstellungen, Ausbildungseinrichtungen und Aktivitäten zur Minenräumung besichtigen.

Ministerin muss bei Luftalarm in Schutzbunker

Wegen eines Luftalarms, der 45 Minuten dauerte, musste die 57-Jährige am Nachmittag in einem Bunker Schutz suchen. Resnikow sagte, die Russen hätten eine Kalibr-Rakete abgeschossen, höchstwahrscheinlich von einem Schiff aus. Im Bunker warb er für die Lieferung von Anti-Schiffs-Raketen. Die SPD-Politikerin sagte, die Situation mache deutlich, wie wichtig die rasche Lieferung einer ersten Einheit des bodengestützten Luftabwehrsystems Iris-T SLM sei.

Lambrecht sprach von einer Lieferung in ein paar Tagen und lobte die ukrainische Mannschaft des Systems, die sie bei der Ausbildung in Deutschland getroffen habe. "Die Ukraine erlebt zurzeit unfassbar viele Luftangriffe, und deswegen ist es so wichtig, dass wir in Bezug auf Luftverteidigung noch mehr unterstützen", sagte die Ministerin und betonte: "Sie kann sich da auf uns verlassen." Resnikow sagte, die Ukrainer würden so lange kämpfen, bis alle ihre Gebiete befreit seien - einschließlich der schon von 2014 von Russland annektierten Schwarzmeer-Halbinsel Krim.

Lambrecht betonte bei der Besprechung mit Resnikow im Schutzbunker: "Brutalität darf keinen Erfolg haben." Es sei wichtig, dass die EU geschlossen bei den Sanktionen bleibe. Es müsse auch über zusätzliche Sanktionen gesprochen werden. Verständnis zeigte die Ministerin für den Antrag der Ukraine, rasch in die Nato aufgenommen zu werden. Für ein solches Verfahren müssten aber bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. "Und ganz wichtig ist: Die Nato hat sich klar positioniert, wir werden keine Kriegspartei."

Lesen Sie auch: Selenskyj will Nato-Mitgliedschaft beantragen - Stoltenberg: Annexion illegal

Resnikow hatte seine Kollegin zunächst in einem Hotel direkt am Schwarzen Meer zum Mittagessen empfangen. Beide umarmten sich zur Begrüßung herzlich.

Gemeinsam mit Resnikow tauschte sie sich mit Kommandeuren über die Lage und den Einsatz von Militärtechnik aus, die von Deutschland geliefert wurde. Zudem nahm die Ministerin in einem Krankenhaus an der Auszeichnung verdienter Soldaten teil. Ein Exemplar der von der Ukraine geschätzten Panzerhaubitze 2000 bekam Lambrecht bei

ihrem Besuch nicht zu Gesicht. Dafür besuchte die Ministerin in der Nähe von Odessa eine mit Bunkern befestigte Verteidigungsstellung. Dort wurde ihr unter anderem ein von den Russen erbeuteter Panzer vorgeführt.

Luftabwehrsystem Iris-T SLM soll noch im Oktober geliefert werden

Lambrecht sagte die rasche Lieferung einer Einheit des Luftabwehrsystems Iris-T SLM zu. Deutschland will der Ukraine zunächst vier der jeweils 140 Millionen Euro teuren Systeme zur Verfügung stellen. Die Finanzierung von drei weiteren Systemen ist gesichert. Eine Einheit besteht aus vier Fahrzeugen - einem Feuerleitgerät und drei Raketenwerfern. Es soll eine mittlere Großstadt vor Angriffen aus der Luft schützen können. Das System ermöglicht dem deutschen Hersteller Diehl Defence zufolge Schutz vor Angriffen durch Flugzeuge, Hubschrauber, Marschflugkörper und ballistische Kurzstreckenraketen. Kanzler Olaf Scholz (SPD) zufolge ist es das modernste Flugabwehrsystem, über das Deutschland verfügt.

Besuch unter dem Eindruck der russischen Scheinreferenden

Lambrecht besuchte die Ukraine unter dem Eindruck der völkerrechtswidrigen Annexion der russisch besetzten Teile der Gebiete Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson. Kremlchef Wladimir Putin hatte am Freitag Abkommen über den Beitritt der Gebiete zur Russischen Föderation unterzeichnet. International werden weder die inszenierten Scheinreferenden im Osten und Süden der Ukraine über einen Beitritt der Regionen zu Russland noch die Annexion der besetzten Gebiete anerkannt.

Lambrecht sagt Moldau militärische Unterstützung zu

Am Vormittag hatte Lambrecht der kleinen ukrainischen Nachbarrepublik Moldau weitere Unterstützung bei der Ausrüstung und Ausbildung der Armee zugesagt. Unter anderem gehe es dabei um die Beschaffung von Drohnen. Angesichts der Drohungen Putins mit dem Einsatz von Atomwaffen warnte die Ministerin vor einer Lähmung des Westens.

Zuletzt war Außenministerin Baerbock in Kiew

Vor Lambrecht waren seit Kriegsbeginn mehrere andere Mitglieder der Bundesregierung in die Hauptstadt Kiew und andere Teile des Landes gereist. In Odessa war vor ihr Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) im Juni gewesen. Zuletzt war vor drei Wochen Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) in Kiew - sie war schon Mitte Mai als erstes deutsches Regierungsmitglied seit Kriegsbeginn dort gewesen.

Kanzler Scholz hatte Kiew Mitte Juni gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, dem italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi und dem rumänischen Präsidenten Klaus Iohannis besucht. Die vier Staats- und Regierungschefs ebneten dort den Weg für den EU-Kandidatenstatus der Ukraine. Auch Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD), Agrarminister Cem Özdemir (Grüne) und Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) haben die Ukraine in den letzten Monaten besucht. Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Innenministerin Nancy Faeser (SPD) waren ebenfalls bereits dort.

Diskussion um Lieferung von Leopard-2-Kampfpanzern

Die Ukraine fordert von westlichen Staaten wie Deutschland auch Kampfpanzer wie den modernen Leopard-2 und Schützenpanzer. Solche Panzer könnten der Ukraine bei Vorstößen und der Rückeroberung von Gebieten nutzen. Bisher hat aber kein Nato-Land Kampfpanzer westlicher Bauart geliefert. Scholz betont stets, dass es in dieser Frage keinen deutschen Alleingang geben werde. Lambrecht bestätigte diese Linie. Deutschland wolle sich auf die Bereitstellung von Luftabwehrsystemen und Artillerie konzentrieren, hatte Scholz vor kurzem gesagt. Die Bundesregierung hat der Ukraine bisher Waffen im Wert von 734 Millionen Euro geliefert.(dpa/jst)

Lambrecht: Deutschland bildet ukrainische Soldaten in der Minenräumung aus

https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/lambrecht-erstmals-kriegsbeginn-ukraine-waffen-angekuendigt-37345952

Aktualisiert am 08.09.2022, 15:08 Uhr
Deutschland wird die Ukraine künftig bei der Minenräumung unterstützen. Gemeinsam mit den Niederlanden werde ein Ausbildungsprogramm gestartet werden, kündigte Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) an.
Häufig gesucht

- Luftabwehrsystem
- Annalena Baerbock
- Kiew
- Schwarzes Meer
- Mykolajiw

03) Russische Truppen aus Liman abgezogen – Kadyrow fordert Atomwaffen-Einsatz

01. 10. 2022

Explosion einer taktischen Atombombe.

Russische Truppen aufgrund drohender Einkreisung aus Krasny Liman abgezogen – Kadyrow fordert Atomwaffen-Einsatz

Die Truppen haben die Stadt Krasny Liman wegen der drohenden Einkreisung verlassen – wie Moskau bestätigte.

Laut Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wären in den letzten 24 Stunden bei Angriffen gegen die Stellungen der ukrainischen Streitkräfte zwar mehr als 200 Soldaten getötet sowie fünf Panzer und neun Infanterie-Kampffahrzeuge zerstört worden. Allerdings fügte das Verteidigungsministerium hinzu: „Trotz der erlittenen Verluste, und wegen seiner beträchtlichen Überlegenheit in Stärke und Ausrüstung hat der Feind Reserven eingesetzt und seine Offensive in diese Richtung fortgesetzt.“ Krasny Liman ist ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt, der Teil der Agglomeration Kramatorsk ist. Russische Streitkräfte übernahmen zusammen mit prorussischen paramilitärischen Einheiten der Region Ende Mai die Kontrolle darüber. In den letzten Wochen fanden in der Nähe der Stadt heftige Kämpfe statt, und die DNR-Behörden haben dieses Gebiet als die schwierigste Phase der Front bezeichnet. (mandiner, vadhajtasok)

Kadyrow fordert Einsatz taktischer Atomwaffen

Der tschetschenische Führer Ramsan Kadyrow drückte auf seinem Telegram-Kanal seine Empörung über die Kapitulation in Krasny Liman aus und forderte von Moskau drastischere Maßnahmen, um den Verlauf der Kämpfe zu beschleunigen. Aus diesem Grund solle eine taktische Atombombe mit geringen Auswirkungen eingesetzt werden. (mandiner)

Kadirov sagte auch, dass das Kriegsrecht in russischen Gebieten nicht weit hinten erklärt werden sollte. Außerdem nannte Kadyrow den russischen Oberbefehlshaber in Liman,

Alexander Lapin, als ungeeignet, u.a. weil er nicht die stärksten Truppen eingesetzt sowie nicht genügend Nachschub für die pro-russischen Kräfte organisiert hätte. Er forderte dessen Degradierung, „um ihm die Ehre zu nehmen – laut Reuters. Und noch drastischer: Lapin soll „an die Front, um seine Schande mit einem Maschinengewehr zu waschen."

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Ukraine-Krieg im Live-Ticker: Munitionsengpässe? Moskau soll Abwehrraketen in Bodenoffensive einsetzen

Ein Live-Ticker von Sophie Bierent und Franziska Fleischer

01.10.2022

Der Krater einer russischen Rakete nach einem tödlichen russischen Raketeneinschlags auf einen humanitären Konvoi in Saporischschja im Südosten der Ukraine. (Aufnahme vom 30. September 2022).- © *IMAGO/Ukrinform/IMAGO/Dmytro Smolienko*

Aktualisiert am 01.10.2022, 11:39 Uhr

- **11:54 Uhr: Box-Weltverband fordert Rückkehr von russischen Sportlern**

- **11:18 Uhr: ➤ Munitionsengpässe? Moskau soll Abwehrraketen in Bodenoffensive einsetzen**
- **10:24 Uhr: Baltische Staaten befürworten ein beschleunigtes Verfahren für Nato-Beitritt der Ukraine**
- **10:13 Uhr: Selenskyj: "Erhebliche Erfolge" bei Gegenoffensive im Osten der Ukraine**
- **09:24 Uhr: Betreiber: Chef von AKW Saporischschja von Russen verschleppt**
- **08:30 Uhr: Christine Lambrecht: Von Putins Atomdrohungen nicht lähmen lassen**

+++ News-Ticker zum Krieg in der Ukraine hier aktualisieren +++

https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/ukraine-krieg-live-ticker-munitionsengpaessemoskau-abwehrraketen-bodenoffensive-einsetzen-37340750

➤ Munitionsengpässe? Moskau soll Abwehrraketen in Bodenoffensive einsetzen

- **11:18 Uhr**

Nach Einschätzung britischer Geheimdienste setzt Moskau bei seiner Bodenoffensive in der Ukraine mittlerweile Abwehrraketen ein. Diese sind eigentlich für den Abschuss von Flugzeugen oder anderen Geschossen bestimmt. Bei einem Angriff auf einen Konvoi südöstlich der Stadt Saporischschja am Freitag sei mutmaßlich eine solche Luftabwehrrakete mit großer Reichweite eingesetzt worden, hieß es am Samstag im täglichen Kurzbericht des britischen Verteidigungsministeriums. Lokalen Behörden zufolge seien dabei 25 Zivilisten zu Tode gekommen.

Die britischen Geheimdienste werten den Einsatz einer solchen Rakete als Zeichen russischer Munitionsengpässe, da diese Waffen als strategisch wertvoll und nur in begrenzter Zahl vorhanden gelten. Moskau setze mutmaßlich nun solche Waffen ein, um sich taktische Vorteile zu verschaffen und nehme dabei hin, dass Zivilisten getötet würden, die nach der völkerrechtswidrigen Annexion mehrerer ukrainischer Gebiete als eigene Bürger Russlands gelten müssten.

Ja, ich möchte Inhalte von Twitter angezeigt bekommen.

Weitere Informationen finden Sie in unseren Datenschutzhinweisen.

Hier können Sie Ihre Zustimmungen zu den eingebetteten Inhalten verwalten.

Das britische Verteidigungsministerium veröffentlicht seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine am 24. Februar unter Berufung auf Geheimdienstinformationen täglich Informationen zum Kriegsverlauf. Damit will die britische Regierung sowohl der russischen Darstellung entgegentreten als auch Verbündete bei der Stange halten. Moskau wirft London eine gezielte Desinformationskampagne vor. (dpa)

+++

Nothilfe

Ukraine: Helfen Sie den Kindern mit Ihrer Spende

01. September 2022

Die Lage im Überblick:

Seit 24. Februar führt Russland aus der Luft und am Boden einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Kurz zuvor hatte Präsident Wladimir Putin das Existenzrecht der Ukraine als eigenständiger Staat in Zweifel gezogen und die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk in der Ostukraine anerkannt.

Die ukrainische Armee wehrt sich seitdem nach Kräften gegen die Invasoren. Auf beiden Seiten gibt es Berichten zufolge Tausende Tote, wie viele Soldaten und Zivilisten bereits starben, lässt sich jedoch nicht unabhängig überprüfen. Fakt ist: Die humanitäre Lage in der Ukraine spitzt sich mit jedem Tag zu. Das Flüchtlingshilfswerk UNHCR hat inzwischen mehr als 13,3 Millionen Grenzübertritte aus der Ukraine registriert (Stand: 27. September). Die Flüchtenden sind vor allem Frauen und Kinder, da Männer zwischen 18 und 60 Jahren das Land nicht verlassen dürfen. Laut UNHCR sind in dieser Zeit knapp 6,3 Millionen Grenzübertritte zurück in die Ukraine registriert worden (Stand: 27. September).

Die EU und die USA reagierten mit Sanktionen. Außerdem liefern sie der Ukraine Waffen, auch Deutschland unterstützt das Land mit Waffenlieferungen. Auch Panzer der Klasse Gepard soll die Ukraine aus Deutschland erhalten. Dass die Nato aktiv in den Krieg eingreift, gilt bislang als ausgeschlossen.

Karte zur militärischen Lage in der Ukraine.
(Diese Infografik wird regelmäßig aktualisiert) -© *AFP*

Die weiteren Meldungen vom 1. Oktober

Baltische Staaten befürworten ein beschleunigtes Verfahren für Nato-Beitritt der Ukraine

- **10:24 Uhr**

Die baltischen EU- und Nato-Staaten Estland, Lettland und Litauen befürworten ein beschleunigtes Verfahren für den Nato-Beitritt der Ukraine. "Die baltischen Freunde der Ukraine unterstützen voll und ganz die Aufnahme der Ukraine in die Nato so bald wie möglich", schrieben die Außenminister Urmas Reinsalu (Estland), Edgars Rinkevics (Lettland) und Gabrielius Landsbergis (Litauen) am Freitagabend wortgleich auf Twitter. "Der inspirierende Mut der Ukraine kann unser Bündnis nur stärken."

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hatte zuvor nach der formellen Annexion von vier ukrainischen Regionen durch Russland angekündigt, einen beschleunigten Beitritt zur Nato zu beantragen. Die deutsche Bundesregierung und die USA hatten sich dazu zurückhaltend geäußert.

Allgemein gilt als Voraussetzung für einen Nato-Beitritt, dass der Kandidat nicht in internationale Konflikte und Grenzstreitigkeiten verwickelt sein darf. (dpa)

+++

Selenskjy: "Erhebliche Erfolge" bei Gegenoffensive im Osten der Ukraine

- **10:13 Uhr**

Der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, vermeldet "erhebliche Erfolge" der ukrainischen Gegenoffensive im Osten des Landes. "Jeder hat gehört, was in Lyman, in der Region Donezk, passiert", sagte Selenskyj in seiner täglichen Videobotschaft am Freitag, mit Verweis auf die Fortschritte bei der Rückeroberung der strategisch wichtigen Stadt, die seit dem Frühjahr von Moskaus Truppen besetzt ist.

Selenskyj zeigte sich von den russischen Drohungen mit Atomwaffen offenbar unbeeindruckt. "Wir müssen unser gesamtes Land befreien und das wird der beste Beweis dafür sein, dass internationales Recht und menschliche Werte nicht von einem terroristischen Staat zerstört werden können", sagte er.

Zwar werde der Weg der Ukraine "schwierig" werden, gab Selenskyj zu. Doch es sei der Weg von "Unabhängigkeit, territorialer Integrität, Integration in die zivilisierte Welt und sozialer Entwicklung", versicherte der ukrainische Präsident. Der Weg "unseres Feindes" sei ebenfalls klar, prophezeite Selenskyj: "Niederlage, Schande und Verurteilung".

Die prorussische Führung in Donezk erklärte am Freitag, dass Moskaus Truppen und ihre Verbündeten mit "letzter Kraft" an Lyman festhielten und dass russische Soldaten in der Stadt "teilweise umzingelt" seien. (afp)

Selenskyj vermeldet "erhebliche Erfolge" bei Gegenoffensive

Aktualisiert am 01.10.2022, 11:36 Uhr
Nach der Annexion von vier besetzten ukrainischen Gebieten durch Russland hat Ukraines Präsident Wolodymyr Selenskyj "erhebliche Erfolge" der ukrainischen Gegenoffensive im Osten des Landes vermeldet.

+++

Betreiber: Chef von AKW Saporischschja von Russen verschleppt

- **09:24 Uhr**

Der Chef des von russischen Truppen besetzten Atomkraftwerks Saporischschja, Ihor Muraschow, ist nach ukrainischen Angaben von Moskauer Truppen entführt worden. Das teilte der Präsident der Betreibergesellschaft Enerhoatom, Petro Kotin, am Samstag mit. Der Generaldirektor des größten europäischen Kernkraftwerks wurde demnach am Vortag von einer russischen Patrouille am AKW-Standort Enerhodar auf der Straße gestoppt, aus dem Auto gezerrt und mit verbundenen Augen an einen unbekannten Ort gebracht. Eine Erklärung von russischer Seite gab es zunächst nicht. Russland hält das AKW seit Anfang März besetzt.

"Es gibt keine Erkenntnisse zu seinem Schicksal", teilte Kotin im Nachrichtenkanal Telegram mit. Er warf Russland atomaren Terrorismus gegen das Management und gegen die Mitarbeiter des Kraftwerks vor. Muraschow, der die Hauptverantwortung für das sichere Funktionieren und die nukleare Sicherheit der Anlage trage, müsse sofort freigelassen werden. Kotin forderte auch den Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Rafael Grossi, auf, sich für Muraschows Freilassung einzusetzen.

Das AKW war immer wieder beschossen worden. Sowohl die russischen Besatzer als auch die ukrainischen Behörden warnten mehrfach vor einem möglichen atomaren Zwischenfall mit massiven Auswirkungen für ganz Europa. Die IAEA setzt sich für rasche weitere Gespräche über eine Waffenstillstandszone um das AKW ein. Der staatliche russische Atomkonzern Rosatom, der das Kraftwerk gemeinsam mit russischen Einheiten kontrolliert, ist nach Angaben seines Managements bereit, über technische Aspekte einer Schutzzone zu reden. (dpa)

+++

Christine Lambrecht: Von Putins Atomdrohungen nicht lähmen lassen

- **08:30 Uhr**

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht hat angesichts der russischen Drohungen zum Einsatz von Atomwaffen vor einer Lähmung des Westens gewarnt und zur weiteren

Unterstützung der Ukraine aufgerufen. Die Drohungen würden von der Bundesregierung ernst genommen und sehr besorgt beobachtet, sagte die SPD-Politikerin am Samstag in Chisinau in Moldau nach einem Treffen mit ihrem Amtskollegen Anatolie Nosatii.

"Da gilt es, sehr aufmerksam zu sein. Aber da gilt es auch, sich von solchen Drohungen nicht lähmen zu lassen", warnte Lambrecht. Sie ergänzte: "Das darf nicht dazu führen, dass man nachlässig in der Unterstützung für die Ukraine wird." Es gelte nun, "wachsam zu sein, sehr besonnen zu reagieren und auch, dafür zu sorgen, dass es zu keiner weiteren Eskalation kommt". Die Ukraine müsse weiterhin konsequent unterstützen werden.

Mit Blick auf die Ankündigung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, nach der Annexion von vier Gebieten seines Landes durch Russland einen beschleunigten Beitritt zur Nato zu beantragen, äußerte sich Lambrecht zurückhaltend. Die Ukraine sei selbstverständlich frei darin, das Bündnis zu wählen, in dem sie sich gut aufgehoben fühle. Ein Nato-Beitritt sei aber an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Die Frage werde nun im Kreis der 30 Nato-Staaten beraten. "Es wird da keine Alleingänge von Deutschland geben", sagte Lambrecht.

Selenskyj hatte am Vortag erklärt, er wolle einen beschleunigten Beitritt zur Nato beantragen. Allgemein gilt als Voraussetzung für einen Nato-Beitritt, dass der Beitrittskandidat nicht in internationale Konflikte und Streitigkeiten um Grenzverläufe verwickelt sein darf. (dpa)

+++

Ukrainischer Präsidentenberater warnt vor Einsatz von Atomwaffen

- **07:14 Uhr**

Nach Meinung des externen Beraters des ukrainischen Präsidentenbüros, Mychajlo Podoljak, ist es nicht undenkbar, dass Moskau im Krieg gegen die Ukraine auch Atomwaffen einsetzen könnte. "Angesichts der inneren Panik in der Russischen Föderation und der zunehmenden militärischen Niederlagen steigt das Risiko dafür", sagte Podoljak der "Bild" (Samstag).

Anders sieht das laut dem "Bild"-Bericht der Außenpolitik-Experte Wolfgang Ischinger. "Mit einem nuklearen Ersteinsatz wäre die höchste denkbare Eskalationsstufe erreicht", sagte der ehemalige Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz der Zeitung. Diese sei aber Russland zufolge nur für "existenzielle Bedrohungen" vorgesehen.

Der Kreml hat in Verbindung mit dem Angriffskrieg in der Ukraine wiederholt indirekt auch mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht. Russlands Präsident Wladimir Putin hatte vergangene Woche bei der Ankündigung der Mobilmachung von 300.000 Reservisten für den Krieg gesagt: "Wenn die territoriale Integrität unseres Landes bedroht wird, werden wir zum Schutz Russlands und unseres Volkes unbedingt alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen. Das ist kein Bluff." Beobachter sahen darin eine Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen. (dpa)

+++

Protest gegen Russland bei Unesco-Konferenz in Mexiko

- **05:51 Uhr**

Zum Abschluss einer Unesco-Konferenz in Mexiko-Stadt haben die Vertreter von 48 Ländern gegen Russlands Angriffskrieg in der Ukraine protestiert. Dutzende Delegierte verließen am Freitag (Ortszeit) vorübergehend den Saal, als der russische Vertreter sich zu Wort meldete. An der dreitägigen Konferenz Mondiacult der UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur nahmen Vertreter aus rund 120 Staaten teil.

In einer gemeinsamen Erklärung riefen zunächst die Delegierten der Europäischen Union, Kanadas, der USA, Japans und anderer Staaten Russland dazu auf, sich aus der Ukraine zurückzuziehen. Sie prangerten auch die Beschädigung und Plünderung von Kulturstätten in der Ukraine an. Solche Aussagen seien inakzeptabel, erwiderte der russische Vertreter, Sergej Obrywalin.

Gut sieben Monate nach Beginn der russischen Invasion hat Moskau vier Gebiete im Osten und Süden der Ukraine annektiert. Kremlchef Wladimir Putin unterschrieb am Freitag die Abkommen, mit denen die Einverleibung der besetzten Regionen Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson besiegelt wurde. (dpa)

+++

US-Zwischenhaushalt mit Milliarden für Ukraine in Kraft

- **02:28 Uhr**

Die USA haben am Freitag einen Zwischenhaushalt mit weiteren Milliardenhilfen für die Ukraine beschlossen. Präsident Joe Biden setzte den wenige Stunden zuvor vom Repräsentantenhaus beschlossenen Etat mit seiner Unterschrift in Kraft. Der bis Mitte Dezember angelegte Zwischenhaushalt sieht militärische und wirtschaftliche Unterstützung für die Ukraine in Höhe von rund 12,3 Milliarden Dollar (12,5 Milliarden Euro) vor.

Mit dem Budget wird auch ein neuerlicher sogenannter Shutdown abgewendet - die Drosselung von Staatsausgaben, zu der es in den USA immer wieder kommt, wenn sich Demokraten und Republikaner nicht rechtzeitig auf einen Haushalt einigen können. Die Frist wäre um Mitternacht Ortszeit abgelaufen, jetzt ist die Finanzierung zunächst bis zum 16. Dezember gesichert.

Der Senat hatte den Zwischenhaushalt am Donnerstag auf den Weg gebracht, das Repräsentantenhaus billigte ihn am Freitag mit einer Mehrheit von 230 zu 201 Stimmen. (dpa)

+++

Krieg gegen Ukraine

Nach Annexionen: Was Russland jetzt konkret vorhat

vor 16 Stunden

Mit Material von dpa, Reuters und AFP

Die Ticker der vergangenen Tage zum Nachlesen:

- Die Meldungen zum Krieg in der Ukraine vom 30. September finden Sie hier
- Die Meldungen zum Krieg in der Ukraine vom 29. September finden Sie hier
- Die Meldungen zum Krieg in der Ukraine vom 28. September finden Sie hier
- Die Meldungen zum Krieg in der Ukraine vom 27. September finden Sie hier
- Die Meldungen zum Krieg in der Ukraine vom 26. September finden Sie hier

Flucht mit dem Fahrrad: Russen stehen Schlange an georgischer Grenze

Aktualisiert am 30.09.2022, 11:38 Uhr
Auf dem Weg zum Grenzübergang zwischen Südrussland und Georgien standen am Donnerstag Hunderte Autos und Radfahrer Schlange. Die Wartenden wurden von Grenzbeamten und Anwohnern mit Lebensmitteln und Decken versorgt. Derweil finden in Georgien Proteste gegen die russischen Einreisenden statt. Auch Finnland schließt ab Freitag seine Grenzen für russische Touristen. (Vorschaubild: AP)

05) Der "Eiserne General": Das ist der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte Walerij Saluschnyj

Von Lukas Weyell

Saluschnyj hatte bereits früh vor einer Offensive der russischen Armee gewarnt. Dieses Archivbild zeigt ihn am 19. Oktober 2021 in Kiew. - © *Reuters/Gleb Garanich*

Der "Eiserne General": Das ist der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte Walerij Saluschnyj

316 Kommentare
Von
Lukas Weyell

Aktualisiert am 29.09.2022, 11:15 Uhr

- **Die Ukraine hatte in den vergangenen Wochen große Geländegewinne gegen die russische Armee verzeichnen können.**
- **Dafür ist auch der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, Walerij Saluschnyj, verantwortlich.**
- **Saluschnyj hat das ukrainische Militär nach Vorbild der Nato-Streitkräfte reformiert und bereits länger vor einem Krieg gewarnt.**

Mehr News zum Krieg in der Ukraine finden Sie hier

Der Aggressor hatte sich verkalkuliert. Überzeugt von seinen eigenen militärischen Fähigkeiten hatte er auf einen Angriffskrieg gedrängt und die Warnungen seiner Generäle in den Wind geschlagen. Auch als die Offensive ins Stocken geraten war, beendete der Diktator den Angriffskrieg nicht etwa, sondern verlagerte den Verstoß an eine andere Front, in der Hoffnung, Rohstoffe und strategisch wichtige Zugänge zu sichern.

Die Verteidiger hingegen waren gut organisiert, ergriffen nach anfänglichen Verlusten die Initiative und drängten die Eindringlinge Meter für Meter zurück. Am Ende war es auch die Entscheidung der politischen Führung, den Generälen freie Hand zu lassen, die die Verteidigung des Landes begünstigte.

Die geschilderte Situation trug sich so in den Jahren 1941 bis 1945 an der Ostfront zu. Adolf Hitler hatte – überzeugt von der Vorhersehung auserwählt zu sein und bestärkt durch militärische Erfolge im Westen – immer wieder die Ratschläge seines Generalstabs in den Wind geschlagen und auf weitere Offensiven an der Ostfront gedrängt, am Ende ohne Erfolg. Auf der anderen Seite war es Josef Stalins Entscheidung, seinen Generälen die militärische Führung zu überlassen und in deren Fähigkeiten zu vertrauen, die ihm den Sieg brachte.

Der warnende General

Nun sind historische Parallelen immer schwierig, aber in diesem Fall drängen sie sich geradezu auf. So ist der Handlungsort doch in großen Teilen der Gleiche und der Sachverhalt zumindest sehr ähnlich. Während der aktuelle Angriffskrieg gegen die Ukraine maßgeblich auf den persönlichen Bestrebungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin zurückgeht, war die Verteidigung der Ukraine Sache des Militärs. Wie das "Time"-Magazin nach Gesprächen mit Verantwortlichen berichtet, trat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj zwar nach außen hin als der Kopf des Widerstands gegen die russische Invasion auf, die Führung in strategischen Fragen überließ er aber vor allem dem Oberkommandierenden der ukrainischen Streitkräfte Walerij Saluschnyj und dessen Generalstab.

Und das offenbar zu Recht: Saluschnyj hatte bereits früh vor einer Offensive der russischen Armee gewarnt, zu einem Zeitpunkt, als die ukrainische Politik und große Teile der westlichen Regierungen noch nicht an einen Angriffskrieg glaubten. Der General hatte seine Erfahrungen beim Kampf gegen die Separatisten im Donbas gemacht und war überzeugt, dass ein Krieg in der Luft lag. Im Juli 2021 wurde Saluschnyj vom Präsidenten zum Oberkommandierenden ernannt. Für viele eine überraschende Entscheidung. Der 49-Jährige war deutlich jünger als die meisten anderen Kandidaten für den Posten. Im Gegensatz zu vielen ukrainischen Generälen, auch dem Chef der Landstreitkräfte Oleksandr Syrskyj, hatte er weder in der Sowjetarmee gedient, noch an einer russischen Militärakademie gelernt.

Krieg in der Ukraine

Wegen Massenflucht von Russen: Grenzregion erschwert Durchreise

vor 3 Tagen 528 Kommentare

Reformierung der Streitkräfte

Diese mangelnde Erfahrung war sehr wahrscheinlich auch ein Grund für seine Ernennung. Selbst ein Quereinsteiger und relativ jung ins Amt gekommen, machte Präsident Selenskyj es sich zur Aufgabe, etablierte Strukturen aufzubrechen und den Newcomern eine Chance zu geben. Saluschnyj setzte in der ukrainischen Armee auf breiter Ebene das um, was er zuvor in seinen Einheiten gelehrt hatte und für die richtige Strategie im Kampf gegen die drohende russische Invasion hielt. Er schaffte die strikte Unterordnung unter die Befehlsgewalt der Generäle ab und führte ein Klima der Eigenverantwortung der unteren Offiziersränge ein. Sie sollten selbst entscheiden, ob, wie und wann sie russische Truppen angriffen und mit welchen Mitteln.

Als die Offensive schließlich im Februar startete, ging Saluschnyjs Plan auf. Mit einer Mischung aus Guerilla-Taktik und Desinformationskampagne verteidigte die ukrainische Armee die Hauptstadt. Das ukrainische Militär ließ dabei zu, dass russische Einheiten bis tief in ukrainisches Territorium vorstießen und griffen dann die Versorgungseinheiten und Panzerkolonnen an. Zentral dabei auch: Panzerabwehrraketen wie die amerikanischen "Javelin"-Modelle. Für die Ausbildung an diesen Waffensystemen hatte Saluschnyj persönlich gesorgt und implementierte sie in seine Strategie.

Lesen Sie auch:

- EU kündigt nach wahrscheinlicher Pipeline-Sabotage "robuste Reaktion" an

Der eiserne Spaßvogel

Westliche Militär-Experten wie Politiker waren überrascht von den Fähigkeiten und Erfolgen der klar unterlegenen ukrainischen Armee. Als diese schließlich im Sommer öffentlich eine Offensive im Süden des Landes ankündigte, erklärten zahlreiche Beobachter, dass die bisherige Strategie für die Offensive unbrauchbar sei und stellten das Gelingen infrage. Der angekündigte Angriff im Süden stellte sich indes als Finte heraus, die Ukrainer attackierten im Nordosten und errangen einen spektakulären Sieg gegen die russischen Eindringlinge. Seither ist Saluschnyj ein Star in der Ukraine. Er wird als "eiserner General" verehrt.

Ob seine Ambitionen über das Militär hinausragen? Eine Gemeinsamkeit hat er mit dem amtierenden Präsidenten Selenskyj. Als kleiner Junge wollte Saluschnyj gerne Komiker werden, gilt in der Armee als Spaßvogel und Garant für gute Laune. Bis sich diese Frage ernsthaft stellen wird, ist aber noch ein weiter Weg. Denn er wird im Militär gebraucht. Wie der General zuletzt erklärte, geht er davon aus, dass der Krieg noch weit ins nächste Jahr andauern wird. Vielleicht sogar noch länger. "Unser Sieg wird nur eine Atempause vor dem nächsten Krieg gegen Russland sein", sagte er dem "Time"-Magazin.

Verwendete Quellen:

- Time.com: Inside the Ukrainian Counterstrike That Turned the Tide of the War
- Washingtonpost.com: Battle for Kyiv: Ukrainian valor, Russian blunders combined to save the capital

Interessiert Sie, wie unsere Redaktion arbeitet? In unserer Rubrik "So arbeitet die Redaktion" finden Sie unter anderem Informationen dazu, wann und worüber wir berichten, wie wir mit Fehlern umgehen und woher unsere Inhalte kommen. Unsere Berichterstattung findet in Übereinstimmung mit der Journalism Trust Initiative statt.

Flucht aus Russland: Satellitenbilder zeigen lange Schlangen an den Grenzen

Aktualisiert am 27.09.2022, 16:35 Uhr
Am Dienstag veröffentlichte Satellitenbilder zeigen kilometerlange Autoschlangen vor den russischen Grenzübergängen nach Georgien, Kasachstan und der Mongolei. Aufgrund der Teilmobilmachung flüchten viele Russen. Eine mögliche Grenzschließung für wehrpflichtige Männer wird befürchtet.
Häufig gesucht

- Donezbecken
- Russland
- Putin-Vertrauter gibt Wagner-Gründung zu
- Russland meldet hohe Wahlbeteiligung
- Nach Scheinreferenden in der Ukraine

06) Lipavský: „Russische Kriegsverbrechen anklagen“

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat dem tschechischen Außenminister **Jan Lipavský** (Piraten-Partei) am 28.9. viel Platz eingeräumt, um seine Gedanken über den Ukraine-Konflikt zu verbreiten.

Man mag den Ausführungen des tschechischen Außenministers durchaus zustimmen, *„doch wenn er seine wesentlichen Aktionsvorschläge (siehe die markierten Stellen im Beitrag) auch auf die **Verbrechen in der ČSR** in den Jahren **1945/46** anwenden würde, d.h. auch die **Beneš-Dekrete** aufheben und das dadurch verursachte Leid und Unrecht zu heilen imstande wäre“*, wie uns **Prof. Dr. Dieter Beschorner** schreibt, *„ja dann: Dann wäre es mir wohler, und vielen Landsleuten sicher auch. Und wie er selbst schreibt, wäre das ‚ein zentraler Beitrag zur faktischen wie auch mentalen Befriedung Europas`.“*

Bitte sehen Sie hier den FAZ-Artikel, der originellerweise die Oberzeile „Fremde Federn“ (siehe SdP112!) trägt…

naro wählen, dies aber nicht kundtun. *liens* Foto dpa als Bolsonaros politischen Tod bedeuten.

FAZ 28/9/22, S. 8

Fremde Federn: *Jan Lipavský*

Russische Kriegsverbrechen anklagen

Seit mehr als sieben Monaten erreicht uns Tag für Tag eine Kriegsberichterstattung aus der Ukraine, die sich die russischen Aggressoren zunächst in einem „Blitzkrieg", später in einem Ermüdungskrieg aneignen wollten. Egal, wie deprimierend oder hoffnungsvoll die Kriegsberichte stimmen können, eines haben sie alle gemein: Sie sind Zeugnisse des blanken Horrors. Sie sind eine schreckliche Bestätigung dafür, dass auch nach den Jahrzehnten der Vergangenheitsbewältigung in Europa Menschen auf diesem Kontinent, in diesem Falle Russen, bereit sind, unheimliche Gräueltaten zu begehen. Man ist erschrocken, auch wenn man es spätestens seit 2014 hätte besser wissen müssen.

Immer wieder ist man mit Szenen konfrontiert, in denen die Kriegsherren den versammelten Bürgern versprechen, dass ihnen nichts passieren werde. Und dass diejenigen, die gehen wollen, das natürlich dürften, man sogar bereit sei, für sie Busse und Lastwagen für den Transport zu stellen. Dann aber geht das Schlachten los. Schon am Folgetag beginnen die Hinrichtungen. Die Orte Isjum, Butscha oder Mariupol stehen als Symbol für dieses Vorgehen. Das Muster ist bekannt. Wir kennen es aus Bosnien. Im Juli 1995 ermordeten bosnisch-serbische Soldaten im bosnischen Srebrenica mehr als 8000 muslimische Jungen und Männer im Alter von 12 bis 77 Jahren. Es war das schlimmste Kriegsverbrechen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Auch wenn uns die russischen Massaker in der Ukraine an andere Gräueltaten erinnern, darf das auf keinen Fall heißen, dass wir uns an sie gewöhnen. Im Gegenteil! Der Appell muss für uns alle sein: Der Horror muss beendet werden, sofort!

Der Verweis auf Srebrenica hat allem Gräuel zum Trotz eine „ermutigende" Komponente. Denn der Weltgemeinschaft gelang es – wenn auch erst nach der Beendigung des Krieges in Bosnien –, die Kriegsverbrecher anzuklagen und vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu bringen. Es wäre selbstverständlich besser, wenn es der Weltgemeinschaft gelingen würde, dass solche grausamen Verbrechen überhaupt nicht stattfinden. Aber auch die spätere Justiz ist besser als gar keine. Zumal die Sicherstellung der zumindest formalen Gerechtigkeit die Voraussetzung für die Sicherstellung einer nachhaltigen Friedensordnung zwischen den Staaten und auch deren Bürgern ist.

Diese Lektion haben wir seit dem Zweiten Weltkrieg gelernt, und diese Lektion müssen wir – wie es gerade am Beispiel von Russland zu sehen ist – auch in Zukunft beherzigen. Aus falschen Rücksichten oder einfach aus Bequemlichkeit darauf zu verzichten ist das falsche Signal. Die bösen Geister der Vergangenheit in Gestalt einer Nostalgie nach der Sowjetunion und der imperialistischen Machtgier des Putin-Regimes lassen sich nicht mit gutgemeintem Zureden zivilisieren und oder gar „besänftigen".

Ein Internationaler Strafgerichtshof ist unerlässlich, um die nachhaltig verwundeten Gerechtigkeitsgefühle langfristig zu heilen. Und wenn es der angemessenen Bestrafung helfen würde, sollte man notfalls auch vor der raschen Einsetzung eines internationalen Ukraine-Tribunals nicht zurückschrecken.

Auch Bundespräsident Frank Walter Steinmeier fand in seiner Rede bei der Versammlung des Ökumenischen Rates sehr deutliche Worte: „Flächenbombardements und gezielte Angriffe auf zivile Gebäude, auf Wohnungen, auf Krankenhäuser, auf Einkaufszentren, auf Bahnhöfe und öffentliche Plätze, Kriegsverbrechen, die vor den Augen der Welt offen zutage liegen: Darüber darf es auch hier und heute kein Schweigen geben. Wir müssen es aussprechen – ja, wir müssen es anklagen." Die vielen ukrainischen Toten verpflichten uns dazu.

Dabei geht es auch um den Aufbau eines Fundaments für das künftige Verhältnis zwischen der EU und Russland. Selbst wenn es im Moment völlig unvorstellbar sein mag, sich mit der russischen Regierung jemals wieder an einen Verhandlungstisch zu setzen, so muss man doch Realist bleiben. Russland wird aus Europa – und das heißt auch aus unserer Nachbarschaft – nicht verschwinden, und es wäre auch falsch, Russland auf ewig zum Paria zu erklären. Auch hier kann man gebührende Lehren aus der Vergangenheit ziehen.

Wie das Verhältnis zwischen der EU und Russland aussehen wird, hängt von Russland selbst ab, es hängt davon ab, wie sich das größte Land der Erde mit seiner Geschichte, seinen Kriegsverbrechen und seinen Kriegsverbrechern auseinandersetzt. Sie nach Den Haag zu einem fairen Prozess auszuliefern wäre mehr als bloß ein Vertrauensbeweis. Es wäre auch ein zentraler Beitrag zur faktischen wie auch mentalen Befriedung Europas.

An Russlands Bereitschaft, diesen Beitrag zu leisten, müssen wir Russland messen. Das schulden wir nicht nur den ukrainischen Opfern. Das schulden wir auch uns selbst, unseren Werten und unserer Glaubwürdigkeit.

Der Autor ist Außenminister der Tschechischen Republik.

07) Weitere Waffenlieferungen an Ukraine könnten dazu führen, dass Putin Atomwaffen einsetzt

Ein Gastbeitrag von Dieter Gellhorn

22. 09. 2022

Es droht seit der Rede Putins am gestrigen 21.September – mehr denn je seit dem 24. Februar diesen Jahres – der Einsatz einer Kaskade immer tödlicheren Waffeneinsatzes, eines Einsatzes von Waffen, die nicht nur bereits in einem ersten Schritt zehntausende Menschen das Leben kosten wird, sondern die im weiteren Verlauf zu einer weitflächigen Zerstörung Europas von Gibraltar bis zum Ural führen wird.

Präsident Putin hat am 21. September die Teilmobilmachung der russischen Streitkräfte verfügt und zugleich nämlich mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht, wenn das Gebiet der russischen Föderation angegriffen würde und es darum ginge, die Bürger Russlands zu schützen. Der letzte Satz dieser Passage seiner Rede war:“ Ich bluffe nicht!“

Er blufft nicht

Diese Drohung ist gefährlicher als sie für den Durchschnittsdeutschen auf den ersten Blick erscheint. Zur Russischen Föderation zählt Russland nämlich auch die Krim und ab Ende kommender Woche auch die beiden Donbasrepubliken, die sich dann nämlich per Referendum Russland angeschlossen haben werden.

Der ukrainische Präsident W. Selenskyj hat den Willen zur Eroberung der Krim bereits öffentlich bekundet und die Rückeroberung des Donbas steht auch auf seiner militärischen To-do-Liste.

Waffenlieferungen an die Ukraine hochgefährlich

Nun, eine Ukraine, die nicht laufend Munition und moderne schwere Waffen aus den USA und Europa geliefert bekäme, wäre zu beidem wohl mitnichten in der Lage. Da dies aber der Fall ist und möglicherweise sogar noch intensiviert werden wird, wird Putin wohl tatsächlich zur Atomwaffe greifen, wenn konventionelle Abwehr nicht mehr hilft.

Natürlich besteht dann die Gefahr eines allgemeinen mit Atomwaffen geführten Krieges, wie oben skizziert. Den kann auch Putin, obwohl es Russland ist, das das bestgefüllte Atomwaffenarsenal aller Atommächte besitzt, nicht wollen.

Es liegt aber nahe, dass er sich trotzdem an der Entscheidung des amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman orientieren wird, der einen äußerst verlustreichen konventionellen Krieg erfolgreich beendete, indem er zwei japanische Großstädte durch zwei Atombomben vernichten ließ. Putin würde wohl schon eine einzige modernisierte Atombombe – abgeworfen auf Kiew – ausreichen, um den Krieg mit der Ukraine zu beenden.

Wird der Westen mit Atomwaffen antworten?

Was würde der Westen dann tun? Würde er tatsächlich – verstiegen in die Einbildung seiner moralischen Überlegenheit – sich dazu verleiten lassen, einen allgemeinen Atomkrieg vom Zaun zu brechen?

Diese Entscheidung müsste dann wohl der amerikanische Präsident Joe Biden treffen, ein Mann, der gelegentlich von unvermittelten Schlafanfällen, Erinnerungslücken, Stürzen auf Gangway-Treppen und Verwechslungen von Staatenbezeichnungen geplagt ist. Vor seiner Rede vor der UNO am 21.9.wurde er von einer Dame nur scheinbar unauffällig zum Rednerpult geleitet.

Das zudem Unheilvolle ist, dass unsere westlichen Politiker die hohe Wahrscheinlichkeit einer solchen eskalativen Entwicklung nicht erkennen. Die Übereinkunft der Verantwortlichen geht dahin, Putins Rede als verwirrt und als Verzweiflungstat zu werten. Man will nun die angekündigte Truppenaufstockung mit einem nochmals härteren Sanktionspaket beantworten. Unsere verantwortlichen Führer glauben offenbar, sie machten damit einen russischen Atomwaffeneinsatz unwahrscheinlicher.

Auch weitere Sanktionen machen Atomwaffeneinsatz wahrscheinlicher

Zum Abschluss sei daran erinnert, dass dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor auch ein sehr scharfes amerikanisches Handelsembargo vorausging. Neuerliche noch einmal schärfere Sanktionen machen einen solchen Atomwaffeneinsatz also eher wahrscheinlicher; sie bahnen ihn sozusagen, wenn Selenskyj seine Panzer Richtung Krim vorrücken ließe, wie er es angekündigt hat.

Der deutsche Kanzler Olaf Scholz sollte sich ermannen und eine deeskalierende Gegenkaskade in Gang setzen. Seine bisherige Zurückhaltung, was die Lieferung

deutscher Leopard-Panzer angeht, war richtig. Sie reicht aber nicht. Es muss umgehend jede Unterstützung der Ukraine eingestellt werden – humanitäre Unterstützung ausgenommen.
Ein solches Handeln erscheint inzwischen für die Fortexistenz Deutschlands – nicht nur was seine Wirtschaft anbetrifft – unerlässlich.

Dieser Beitrag erschien auf PHILOSOPHIA PERENNIS unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Selenskyj: der Schwindel der Gegenoffensive

Von THIERRY MEYSSAN

22. 09. 2022

Präsident Selenskyj beobachtet, wie die ukrainische Flagge im "befreiten" Izjum gehißt wird.
Präsident Zelensky und seine NATO-Verbündeten starteten eine Gegenoffensive gegen die russischen Truppen. Sie wählten einen Ort, an dem es kaum welche gab und den Moskau nicht besetzen wollte. Von da an konnten sie einen Sieg ohne Feinde und ohne Schlacht feiern. Rückblick auf einen Bluff, der nur diejenigen überzeugt, die ihn wollen, d. h. die westliche Öffentlichkeit.

Kiew kündigte mit Pauken und Trompeten eine Gegenoffensive in der Region Kharkiw an, also westlich des Donbass. Den von der NATO unterstützten Kräften ist es gelungen, einen 70 km langen und etwa 30 km tiefen Gebietsstreifen zu „befreien“.
Präsident Selenskyj, der Izjum besuchte, kündigte den „bevorstehenden Sieg“ seines Landes über die russischen „Invasoren“ an.
Die westliche Presse berichtet über die russische Niederlage und fragt nach einer möglichen Verschwörung, um den „besiegten Präsidenten“ Wladimir Putin zu stürzen.

Auf dieser Karte des Institute for the Study of War ist das „befreite“ Gebiet der blaue Fleck oben rechts.

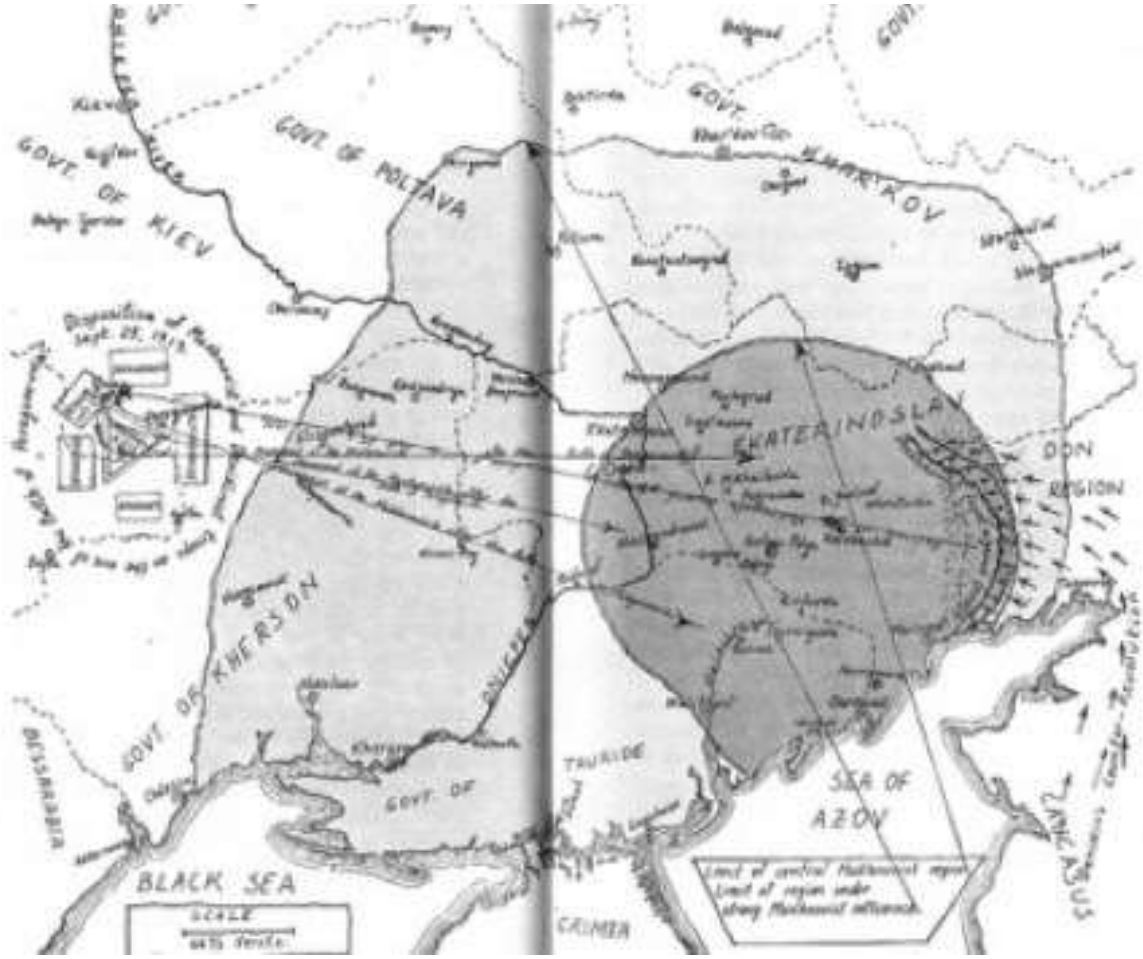
Ende des Märchens; eine Erfindung der NATO.

In Wirklichkeit sind die westlichen Streitkräfte nie in den Donbass, die Republik Luhansk oder die Republik Donezk eingedrungen. Sie haben nur Gebiete zurückgewonnen, die die russische Armee erobert, aber nie besetzt hatte. Von Anfang an hat Präsident Putin angekündigt, dass er die beiden Donbass-Republiken verteidigen wolle, die Ukraine aber nicht annektieren, sondern nur „entnazifizieren“ wolle (d.h. ihre „integralen Nationalisten“ loswerden).

Im Laufe der Zeit hat er angekündigt, dass er auch beabsichtige, die Ukrainer für den Krieg bezahlen zu lassen, den sie durch die Annexion des Südens ihres Landes begonnen hatten. Ihm standen dann zwei Optionen zur Verfügung, entweder Novorossia oder Makhnoschtschina zu annektieren, wobei sich die beiden Gebiete der russischen Tradition weitgehend überschneiden.

Das historische Novorossia, der Washington Post zufolge, im Jahr 2014.

Novorossia, wörtlich „Neues Russland“, ist das russische Siedlungsgebiet, das von Grigory Potemkin, dem Geliebten der Zarin Katharina II., vom Osmanischen Reich erobert wurde. Es umfasst die gesamte heutige südliche Ukraine, einschließlich der Krim, bis zu einem kleinen Teil des heutigen Moldawien, Transnistrien. Dieses Territorium erlebte nie die Schrecken der Leibeigenschaft, die Katharina II. in ihrem Reich nicht abschaffen konnte. Marschall Potemkin erbaute dort einen aufgeklärten Staat, inspiriert vom antiken Griechenland und Rom. Novorossia wurde einst von einem französischen Offizier regiert, einem persönlichen Freund von Zar Alexander I., Armand de Vignerot du Plessis, Herzog von Richelieu und zukünftiger Präsident des französischen Ministerrates.



Lage der Machnowschtschina in Fettdruck. Sie breitete sich Ilmählich auf die ganze graue Zone aus, einschließlich Kherson und Izjum.

Die Machnowschtschina ist die Gegend, in der die schwarze Armee des Bauernanarchisten Nestor Machno 1918 triumphierte. Sie hatte es geschafft, sich von der Macht Kiews zu befreien, die damals von Symon Petljura und Dmytro Donzow, dem Beschützer und Gründer der „integralen Nationalisten“, gehalten wurde; deren Nachfolger jetzt an der Macht sind und welche Russland als „Nazis“ bezeichnet. Machnos Anhänger errichteten ihrerseits ein libertäres Regime im Südosten des Landes, das den Ideen der französischen Sozialisten des neunzehnten Jahrhunderts (Charles Fourier, Pierre-Joseph Proudhon) und insbesondere dem Einfluss von Pierre Kropotkin entsprach: die Schaffung selbstverwalteter Kommunen. Die Machnowschtschina wurde gestürzt und ihre Anhänger durch Angriffe aus dem Deutschen Reich, von ukrainischen „integralen Nationalisten“ und trotzkistischen Bolschewiken massakriert.

Am Ende entschied sich Wladimir Putin nun für Novorossia und beansprucht es offiziell.

Das Gebiet, das gerade von der Kiewer Armee „befreit“ wurde, gehörte für eine Weile zu einem der größten anarchistischen Länder der Welt, dem von Nestor Machno, aber gehörte nie zu Novorossia. Die Kiewer Regierung hat dieses kleine Gebiet, wie schon in der Zwischenkriegszeit, nun zurückgewonnen.

Aus russischer Sicht hat Kiew ein Territorium zurückgewonnen, das Moskau einst annektieren wollte, aber schließlich aufgegeben hatte. Es gab dort also keine russische Armee, nur Grenzsoldaten und Donbass-Polizisten. Sie waren diejenigen, die ohne zu murren, flohen. Es gab also keinen Kampf und noch weniger eine Niederlage.

Daher sind die langen Darstellungen der westlichen Medien über die Verschwörung eines Generals, zum Sturz des „besiegten“ Präsidenten Putin, eine reine Fiktion.

Anders wäre es, wenn westliche Armeen Cherson, einen Hafen am Dnjepr, kurz vor seiner Mündung ins Schwarze Meer, zurückerobern würden. Eine zweite Operation ist rund um das Kernkraftwerk Saporischschja geplant. Aber so weit sind wir noch nicht.

Der Schwindel von Präsident Wolodymyr Selenskyj besteht darin, einen Vormarsch seiner Truppen in ein unbesetztes Gebiet als Schlacht darzustellen. Er ermöglicht ihm, zusätzliche Milliarden vom Westen zu fordern, weshalb der Vormarsch am 6. September gestartet wurde. Zwei Tage später, am 8., trafen sich etwa fünfzig Länder auf dem US-Stützpunkt Ramstein (Deutschland), um der Ukraine Waffen zu liefern [1]. Da niemand Geld dafür hat, wurden die Ausgaben von den Vereinigten Staaten im Rahmen des *Ukraine Democracy Defense Lend-Lease Act von 2022* vorgestreckt [2]. Sie werden alle später zahlen, aber sie werden bezahlen, was sie heute, ohne zu zählen, ausgeben.

Am 9. und 10. enthüllte das Institut für das Studium des Krieges [Institute for the Study of War] Details über den Vormarsch der Truppen und den herzlichen Empfang, den sie erhielten [3]. Diese Inszenierung wird von der westlichen Presse geschluckt, die sie dann auch weiterleitet. Aber dieses Institut ist ein Schlupfwinkel von Straussianern. Es wird von Kimberly Kagan, der Schwägerin der stellvertretenden Außenministerin Victoria Nuland, geleitet. Zu den Direktoren gehören Bill Kristol, der ehemalige Präsident des Project for the New American Century, sowie General David Petraeus, der den Irak und Afghanistan dem Boden gleichmachte.

Am 11. versichert die Agentur Reuters-Thompson, dass sich Tausende russische Soldaten auf der Flucht befänden [4]. Sie spricht von einem „harten Schlag gegen Russland“, obwohl der russische Generalstab den sofortigen Rückzug aus diesem Gebiet, welches Russland nicht beabsichtigt zu verwalten, angeordnet hatte. Als Donald Trump die Straussianer aus seiner Regierung geworfen hat, wurde Victoria Nuland eine der Direktorinnen der Reuters Agentur [5]. Die Reuters-Depesche ist von Max Hunder, einem Eton-Absolvent, Englands exklusivster Schule, unterzeichnet. Wenig später bestätigte das britische Verteidigungsministerium seine Depesche.

"All the News That's Fit to Print"

The New York Times

Late Edition

VOL. CLXXI .... No. 59,544 NEW YORK, MONDAY, SEPTEMBER 12, 2022

STUNNED MOSCOW ADMITS TO LOSING MOST OF KHARKIV

Retreat Dents Image of a Mighty Putin

An Emboldened Kyiv Wants More Arms

The Kharkiv region in Ukraine on Saturday after the Russian military retreated. The occupiers continued to fall back on Sunday.

Poorer Nations Get Little Help On Monkeypox

A Quiet, Dramatic Blow to Childhood Poverty

Broadened Safety Net Drives 50% Decline

Am 12. wird der Schwindel von der *New York Times* bestätigt, die eine Doppelseite zum Ruhm des tapferen Selenskyj veröffentlicht. Die westliche Presse übernahm die Nachricht ohne nachzudenken.

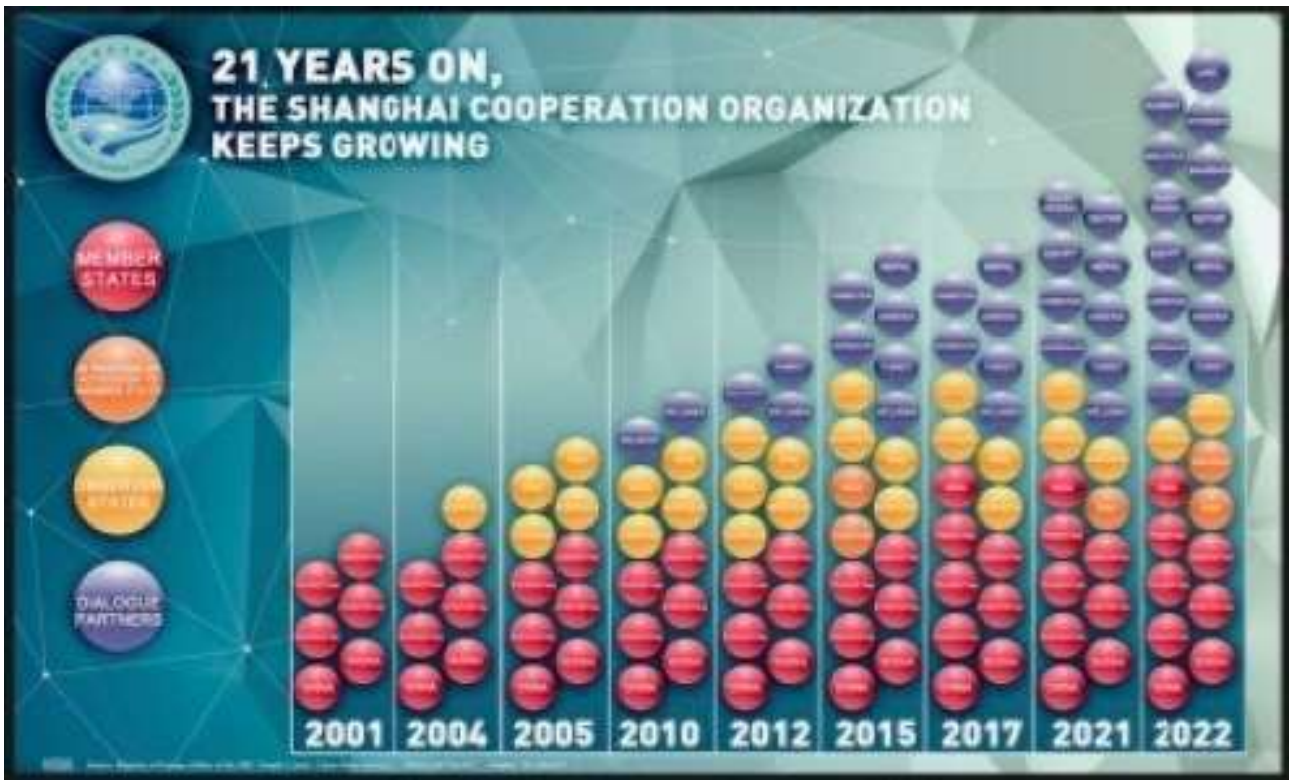
Pech jedoch: Als die New Yorker Tageszeitung erscheint, sind alle ukrainischen E-Kraftwerke in der Nacht von Raketen getroffen worden [6]. Die Ukraine tappt im Dunkeln. Auch die Gegenoffensive.

Präsident Putin ist über die Böswilligkeit des Westens verärgert. Er erklärt, dass Russland vorerst nur einen kleinen Teil seiner Kräfte gegen die „Nazis“ in Kiew eingesetzt habe und dass seine nächsten Aktionen, wenn nötig, von einer völlig anderen Größenordnung sein werden.

Die am SOZ-Gipfel in Samarkand teilnehmenden Staats- und Regierungschefs.

Da der Rest der Welt Augen hat um zu Sehen – im Gegensatz zur westlichen Bevölkerung, die nur Ohren hat, um Märchen anzuhören – bereitete der Rest der Welt auf dem Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit in Samarkand der russischen Delegation eine Feier.

Während der Jelzin-Ära wurde eine Kontaktstruktur zwischen Russland und China geschaffen. Der Chef der russischen Regierung, Jewgeni Primakow, einigte sich mit Peking auf gemeinsame stabile Grenzen. 1996 wurde diese Kontaktgruppe zu einem internationalen Forum mit den zentralasiatischen Staaten (Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan) und kurz vor den Anschlägen des 11. September 2001, zur heutigen Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). China und Russland hatten bereits verstanden, dass die Angelsachsen in Zentralasien Unruhen schürten. Deshalb haben sie gemeinsam Programme gegen Terrorismus und Separatismus entwickelt. Die nachfolgenden Ereignisse haben ihnen mehr als Recht gegeben.



Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) ist in 20 Jahren stetig grösser geworden.

Die SOZ ist schnell gewachsen. Indien, Pakistan und der Iran haben sich ihr angeschlossen. Belarus bereitet sich darauf vor. Afghanistan und die Mongolei sind Beobachter. 14 weitere Staaten sind Partner. Sie zeichnet sich durch einen Geist aus, der sich sehr von dem westlicher Organisationen unterscheidet. In gewisser Weise kann sie als eine Erweiterung des Geistes von Bandung angesehen werden: Souveränität der Staaten, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und Zusammenarbeit.

Die SOZ flößt Sicherheit ein und bringt die Welt zusammen. Sie macht heute ein Viertel der Weltbevölkerung aus, oder sogar zwei Drittel, wenn man die Beobachterstaaten berücksichtigt. Man macht dort keine tollen Pläne, und schreit nicht „Sieg!“, wenn man sich in einem unbeanspruchtem und unverteidigtem Gebiet niederlässt.

Quelle: „Selenskyj: der Schwindel der Gegenoffensive“, von Thierry Meyssan, Übersetzung Horst Frohlich, Korrekturlesen: Werner Leuthäusser, **Voltaire Netzwerk**, 20.09.2022,

[1] „Die Offensive des militärisch-industriellen Komplexes“, von Manlio Dinucci, Übersetzung Horst Frohlich, *Voltaire Netzwerk*, 19. September 2022.

[2] *Ukraine Democracy Defense Lend-Lease Act of 2022*, US Congress.

[3] «Russian Offensive Campaign Assessment, September 9» und «Russian Offensive Campaign Assessment, September 10», *Institute for the Study of War*

[4] «Russia gives up key northeast towns as Ukrainian forces advance», Max Hunder & Vitalii Hnidyi, *Reuters*, September 11, 2022

[5] Donald Trump machte das wieder wett, indem er Elliot Abrams mit Lateinamerika betreute. Er ließ ihn verschiedene Operationen durchführen und hinderte ihn schließlich im letzten Moment daran, eine Militäroperation gegen Venezuela zu starten.

[6] „Ukrainische Gegenoffensive gestoppt“, Übersetzung Horst Frohlich, *Voltaire Netzwerk*, 13. September 2022.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

R u s s l a n d (Seiten E 114 – E 155)

09) Experte über Putins Annexionsrede: "Absurde Aussagen, eines Staatschefs unwürdig"

Eine Analyse von Marie Illner

02.10.2022

Wladimir Saldo (v. l. n. r.), Yevgeny Balitsky, Wladimir Putin, Denis Pushilin and Leonid Pasechnik trafen sich im Zuge der Annexion von vier ukrainischen Regionen in Moskau.
© *IMAGO/UPI Photo/Kremlin POOL*

Aktualisiert am 02.10.2022, 17:18 Uhr

- **Nach den Scheinreferenden in der Ukraine hat der russische Präsident Wladimir Putin die Annexion von vier Gebieten angekündigt.**
- **In einer feierlichen Rede im Kreml teilte er scharf gegen den Westen aus und drohte auch wieder mit dem Einsatz von Nuklearwaffen.**
- **Viele der Aussagen waren schon bekannt, ein Experte erkennt in zwei Punkten aber eine neue Qualität.**

Dieser Text enthält eine Einordnung aktueller Ereignisse, in die neben Daten und Fakten auch die Einschätzungen von Marie Illner sowie ggf. von Expertinnen oder Experten einfließen. Informieren Sie sich über die verschiedenen journalistischen Textarten.

In einer feierlichen Zeremonie hat Kreml-Chef Wladimir Putin die Annexion der vier ukrainischen Gebiete Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson angekündigt. Im russischen Staatsfernsehen wurde übertragen, wie die Verträge zur Aufnahme der Regionen unterzeichnet wurden.

In einer knapp 40-minütigen Rede erklärte Putin das besetzte ukrainische Territorium zu russischem Staatsgebiet und erhob schwere Vorwürfe gegen den Westen. Zuvor waren in den vier Gebieten Scheinreferenden abgehalten worden. "Die Leute haben ihre Wahl getroffen, ihre eindeutige Wahl", sagte Putin. Die Abstimmungen waren weder frei, noch geheim, noch gleich, Beobachter berichteten, dass Bewohner der besetzten Gebiete zum Urnengang gezwungen wurden.

Lesen Sie auch: Alle aktuellen Informationen zum Krieg in der Ukraine im Live-Ticker

Putin: Russland wird Gebiet "mit allen Mitteln" verteidigen

Putin sprach von einem "gemeinsamen Schicksal" und einer "tausendjährigen Geschichte". Die geistige Verbindung sei von Generation zu Generation übertragen worden, die Menschen würden sich als Teil von Russland sehen. "Unsere Väter und Großväter kämpften hier während des Großen Vaterländischen Krieges (Kampf der Sowjetunion gegen Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg 1941-1945) bis zu ihrem heldenhaften Tod", erinnerte er.

Im Laufe der Geschichte sei Russland "zerstückelt" worden, durch die Annexion würde die historische Einheit des Landes wiederhergestellt. "Man hat versucht, Hass in diesen Menschen zu züchten gegen Russland", behauptete er. Sie seien mit Repressionen bedroht worden. "Sie werden zu unseren russischen Staatsbürgern", betonte er vor hunderten geladenen Gästen.

Kiew forderte er auf, die "Kämpfe sofort einzustellen" und die Entscheidung zu respektieren. "Russland wird sein Gebiet mit allen Mitteln, die zur Verfügung stehen, verteidigen", kündigte Putin an. Man werde Schulen, Theater, Krankenhäuser und Museen wiederaufbauen und die Rentenversorgung wiederherstellen. Die Menschen in den aufgenommenen Gebieten würden die "Unterstützung von ganz Russland spüren", so Putin.

Hasstirade auf den Westen

Er teilte auch massiv gegen den Westen und die USA aus. Es handele sich um ein "neokoloniales System", der Westen plündere den Rest der Welt durch die "Macht des Dollars". Putin sagte: "Nach dem Zerfall der Sowjetunion hat der Westen entschieden, dass sich alle Menschen seinem Diktat unterwerfen müssen." Der Westen würde nur eigennützige Ziele verfolgt. Russland sei aber trotz dieses Diktats wieder erstarkt.

"Der Westen denkt, er kommt unbestraft davon", drohte Putin. Doch Russland lasse sich nicht für dumm verkaufen. Die Regeln des Westens seien "Schwachsinn". "Die USA wollen keine souveränen Staaten und Kulturen", behauptete Putin. Sie wollten die "Deindustrialisierung" Europas.

Putin sprach auch von Chemiewaffen, die angeblich in der Ukraine hergestellt wurden. "Die USA nutzen den Ukraine-Krieg zu ihrem eigenen Vorteil aus", behauptete der russische Präsident und forderte Russland auf, das "Blatt der Geschichte" zu wenden. "Wir befinden uns auf einem Schlachtfeld für unser Volk, das große historische Russland", sagte Putin.

Analyse Krieg in der Ukraine

Putins Rede in Wladiwostok: Wie er versucht, den Westen zu spalten

vor 24 Tagen von Marie Illner

Experte: "Auffälliger Grad an Absurditäten"

Im provokativen Ton fügte Putin hinzu: "Man braucht Lebensmittel und Energie und nicht gedruckte Dollar und Euro." Im Westen würden die Politiker das Volk auffordern, weniger zu essen und sich weniger zu waschen. "Man kann mit Lügen keine Häuser wärmen", mahnte er. In Russland wolle man außerdem keine "Gender-Ideologie" wie im Westen, wo es anstatt Vater und Mutter "Elternteil 1, 2 und 3" gäbe.

Auch Russland-Experte Alexander Dubowy hat die Rede von Putin und die anschließenden Feierlichkeiten aufmerksam verfolgt. "Inhaltlich haben wir nichts grundsätzlich Neues gehört. Im Grunde begleiten uns ähnliche Aussagen Putins seit über sieben Monaten und teilweise deutlich auch länger", sagt Dubowy.

Auffällig sei jedoch der Grad an Absurditäten und Abstrusitäten gewesen. "Der Rede fehlte komplett ein roter Faden", urteilt er. Eigentlich sei damit zu rechnen gewesen, dass Putin über die annektierten Gebiete Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja sprechen werde sowie über den Fortgang des Krieges in der Ukraine. "Das war aber nicht vielmehr als nur eine Randnotiz. Der Hauptteil war ausschließlich dem Westen gewidmet", so Dubowy.

An der Speerspitze des globalen Nicht-Westens

Man habe es schon im Vorfeld vermutet, nun wisse man aber mit Sicherheit: "Putin sieht den Krieg in der Ukraine als Kampf gegen den kollektiven Westen und sieht Russland an der Speerspitze der globalen nicht-westlichen Welt", analysiert der Experte. Putin sei sich dessen bewusst gewesen, dass die ganze Welt bei seiner Rede zugeschaut hat.

Zwischen den Zeilen liest Dubowy: "Putin versucht taktisch zu lavieren und hofft, dass der Westen dazu übergeht, die Ukraine zu Verhandlungen zwingen". Moskau habe derzeit nur teilweise Kontrolle über die besetzten Gebiete. "Der Krieg in der Ukraine ist bei Weitem nicht vorbei. Um sein beanspruchtes Staatsgebiet unter Kontrolle zu bekommen, müssten weitere Eroberungen erfolgen", betont Dubowy.

Erneute Drohung mit Atomwaffen

Putin habe die Ukraine aufgefordert, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, wolle aber über die vier annektierten Gebiete gar nicht sprechen. "Damit hat er eine politische Eskalation gestartet. Inwieweit eine militärische Eskalation damit einhergeht, bleibt abzuwarten. Die Mobilmachung verläuft alles andere als erfolgreich", sagt der Experte. Auch sei Russlands Armeeführung bislang kaum imstande gewesen, die eingesetzten Soldaten im ausreichenden Ausmaße auszubilden und auszurüsten.

Analyse Krieg in der Ukraine

Wird Putin Atomwaffen einsetzen? Dieser Grund bereitet Experten Sorge

07. Mai 2022 von Lukas Weyell

Die Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes hält Dubowy für unverändert niedrig. Putin drohe seit dem 24. Februar laufend mit dem Einsatz von Atomwaffen. Zwar hätte er bei seiner aktuellen Rede sehr süffisant darauf hingewiesen, die USA hätten mit dem Einsatz von Atomwaffen gegen Japan im Zweiten Weltkrieg einen Präzedenzfall geschaffen, Auswirkungen auf die jetzige Situation hat das aber aus Sicht von Dubowy nicht.

"Die USA haben ja nicht erst gestern Atomwaffen eingesetzt, sondern vor vielen Jahrzehnten. Putins Aussagen sind also keine Reaktion auf etwas Neues, sondern einfach nur eine weitere Drohung, die dem Westen Angst machen soll", urteilt Dubowy. Putin könne schließlich jederzeit einen Anlass finden, von Angriffen auf oder einer Bedrohung seines Staatsgebiet zu sprechen, welche den Einsatz von Atomwaffen rechtfertigen würde.

Experte über Russland: "Menschen werden unruhiger"

"Für den Einsatz von Atomwaffen, zumal kleinerer taktischer Nuklearwaffen, braucht Putin keine Präzedenzfälle. Jede Handlung des Westens kann er als unverzeihliche Grenzüberschreitung auslegen", erinnert der Experte. Ganz so einfach sei ein Atomwaffeneinsatz für Russland aber ohnehin nicht. "Dafür gibt es rechtliche und faktische Voraussetzungen", hebt Dubowy hervor.

Rechtlich sei eindeutig, dass der russische Präsident über den Einsatz von Atomwaffen entscheidet. "Er entscheidet, ob eine Bedrohung für die Existenz Russlands besteht", sagt er. Gleichzeitig bedürfe es aber einer faktischen Elitenentscheidung. "Angehörige der Regierung, des Sicherheitsrates, der Präsidialverwaltung, der Wirtschaftselite müssen gemeinsam die Entscheidung treffen, dass Atomwaffen wirklich eingesetzt werden sollen", erklärt Dubowy.

Aktuell sei das kaum vorstellbar. "Der russischen Wirtschaft geht es zunehmend schlechter, die Menschen werden zunehmend unruhiger. Ein Konflikt mit den Eliten ist so ziemlich das Letzte, das Putin derzeit braucht", beobachtet er.

Streit und Uneinigkeit in den russischen Eliten?

Man habe zuletzt widersprüchliche Aussagen aus Russland über den Atomwaffeneinsatz gehört. "So hat beispielsweise der Verteidigungsminister behauptet, Russland könne und dürfe in einem konventionell militärischen Konflikt keine Atomwaffen einsetzen, sondern es bedürfe eines Erstschlages durch einen anderen Staat", sagt Dubowy.

Die russische Nukleardoktrin treffe hier aber andere Aussagen: "Demnach dürfen Atomwaffen auch gegen nicht nukleare Mächte eingesetzt werden, wenn der Präsident es entscheidet", sagt Dubowy. Abseits dieser Voraussetzungen hält er aber allein die Tatsache, dass ein unmittelbar kriegsverantwortlicher russischer Minister es so gesagt hat, für ein Zeichen von Uneinigkeit und Streitigkeit innerhalb der Eliten.

Porträt Krieg in der Ukraine

Jewgeni Prigoschin: Kann dieser Mann Putin gefährlich werden?

vor 4 Tagen von Michael Freckmann

"Putin machte heute keinen übermäßig selbstsicheren Eindruck. Er hat wie jemand gewirkt, der taktisch laviert und sich nicht festlegen möchte", analysiert der Experte. Das sei vermutlich auch der Grund gewesen, warum Putin nur oberflächlich über die Ukraine gesprochen habe.

"Hier sind viele Fragen offengeblieben", kommentiert Dubowy. So beispielsweise innerhalb welcher Grenzen die annektierten Gebiete in die Russische Föderation aufgenommen werden sollen. "Innerhalb der tatsächlich kontrollierten oder innerhalb der gesamten ukrainischen Region? Das ist ein erheblicher Unterschied", sagt Dubowy.

Was der Westen nun tun sollte

Dem Westen empfiehlt der Experte, jedwede Verhaltensänderung zu vermeiden. "Wir haben uns für Sanktionen entschieden und sollten nun daran festhalten. Wenn schon dieser Weg gewählt wurde, muss man ihn konsequent zu Ende gehen und weitere Sanktionen verhängen", meint er.

Moskau setze aktuell darauf, dass der Westen klein beigibt. Diese Genugtuung sei Putin nicht zu gönnen. Auch wenn die kommenden Monate für die westlichen Gesellschaften schwierig werden, Freiheit gebe es niemals zum Nulltarif, so Dubowy.

Angekommen im völkischen Nationalismus

Die Rede sowie die nachfolgenden Feierlichkeiten haben für Dubowy noch einen weiteren Aspekt ans Tageslicht gebracht: "Russland ist mitten im völkischen Nationalismus angekommen". Putin setze auf russische Ethnonationalisten – Personen, die bei den Feierlichkeiten gesprochen hätten, zeugen von dieser beunruhigenden Entwicklung. "Noch Anfang des Jahres war das so nicht vorstellbar", meint Dubowy.

Lesen Sie auch:

- Karl Lauterbach auf Twitter: "Wir sind im Krieg mit Putin"
- Selenskyj will Nato-Mitgliedschaft beantragen - Stoltenberg: Annexion illegal
- Lambrecht erstmals seit Kriegsbeginn in der Ukraine - Waffen angekündigt

Der russische Popsänger Shaman, der die Staatshymne sang, sei unter den Nationalisten sehr beliebt. Mit dem Lied "Ich bin ein Russe" katapultierte er sich erst jüngst in die Herzen der nationalistischen Russen. Auch der russische Schauspieler, Medienstar, orthodoxer Priester und Hobbypolitiker Iwan Ochlobystin hielt eine Rede. "Er ist anti-liberal, anti-westlich, erzkonservativ, homophob und forderte die Ausrufung eines 'Heiligen Krieges' gegen die Ukraine und den Westen", meint Dubowy. Dass Putin sich mit einer solchen Person auf einer Bühne zeigt, sei noch im Januar 2022 absolut unvorstellbar gewesen.

Mehr News zum Krieg in der Ukraine finden Sie hier

Über den Experten: Dr. Alexander Dubowy ist Politikanalyst und Osteuropa- sowie Russlandexperte. Er studierte Rechtswissenschaften, Wirtschafts- und Politikwissenschaften in Wien und Moskau. Er forscht zu internationalen Beziehungen und Sicherheitspolitik mit Schwerpunkt auf Osteuropa, Russland und den GUS-Raum.
Interessiert Sie, wie unsere Redaktion arbeitet? In unserer Rubrik "So arbeitet die Redaktion" finden Sie unter anderem Informationen dazu, wann und worüber wir berichten, wie wir mit Fehlern umgehen und woher unsere Inhalte kommen. Unsere Berichterstattung findet in Übereinstimmung mit der Journalism Trust Initiative statt.

Selenskyj: Stadt Lyman ist "vollständig geräumt"

Aktualisiert am 02.10.2022, 16:25 Uhr
Nach dem Rückzug russischer Truppen aus Lyman in der Ostukraine hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj die vollständige Kontrolle über die strategisch wichtige Stadt verkündet.
Häufig gesucht

- Nazi-Deutschland
- Kiew
- Kampf
- Europa
- Chemiewaffen

Quelle:

https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/experte-putins-annexionsrede-verraet-zeilen-37347334

10) Putins Rede und Generalabrechnung mit der „Diktatur der westlichen Eliten“

02. 10. 2022

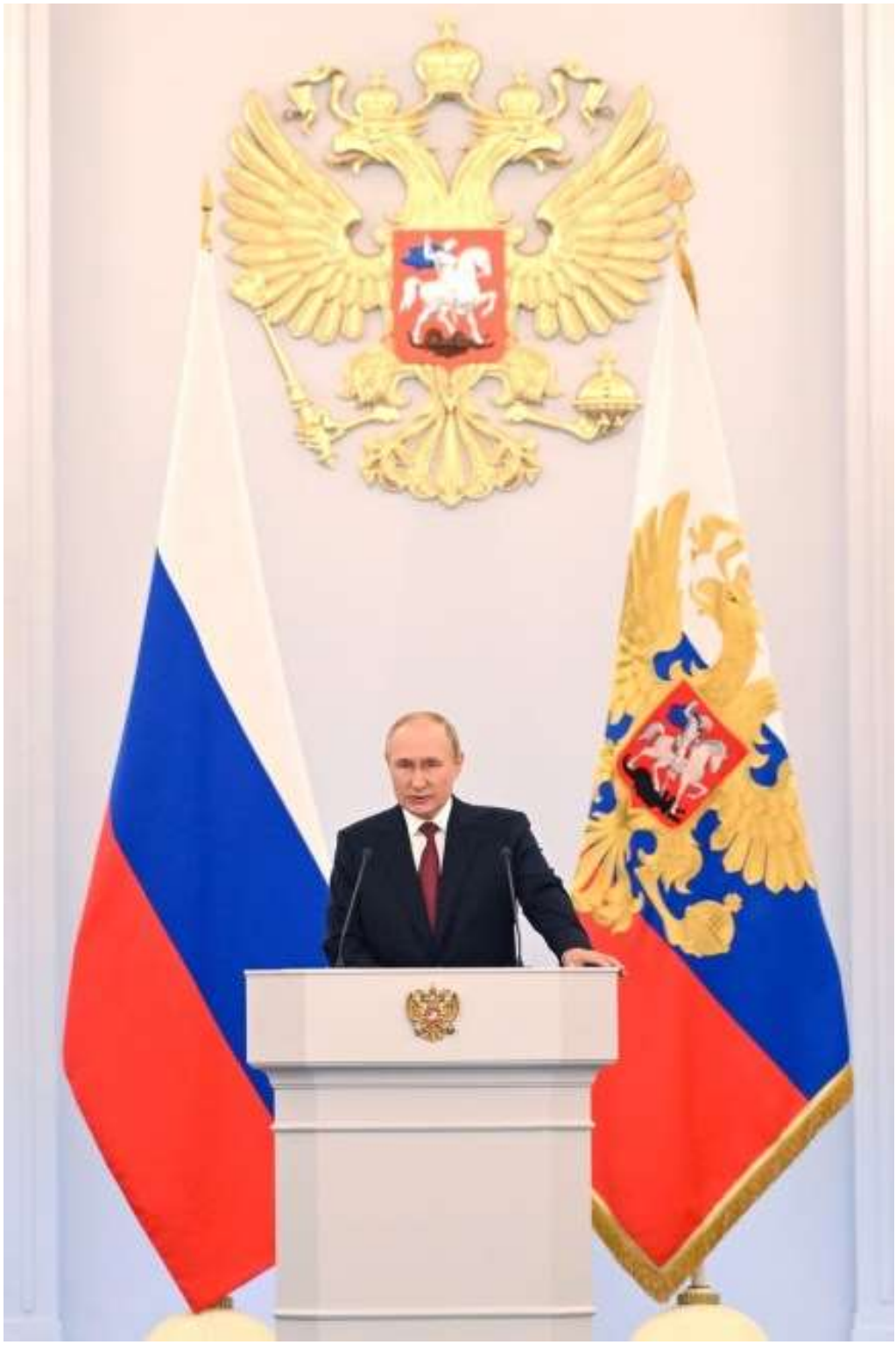
Wladimir Putin sprach am 30. September 2022 im St.Georgs-Saal des Kreml Palasts

„Hinter uns steht die Wahrheit und hinter uns steht Russland!“

Knapp vor Unterzeichnung der Verträge über den Beitritt der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie der Regionen Saporischschja und Cherson zur Russischen Föderation unterzog Präsident Wladimir Putin in seiner Rede am 30. September 2022 die westliche Hegemonialpolitik einer Generalabrechnung.

In seiner eindrucksvollen Rede beleuchtete Putin nicht nur die Lage in der Ukraine, sondern auch globale Entwicklungen mit Schlüsselereignissen, die unsere aktuelle Zeitenwende im neuen Jahrtausend massgeblich prägen.

Aufgrund der großen Bedeutung von Putins Aussagen hat UNSER MITTELEUROPA neben dem Video das Transkript der Rede in deutscher Fassung wie nachstehend angefertigt:



Die Rede von Präsident Wladimir Putin im Wortlaut:

Bürgerinnen und Bürger Russlands, Bürgerinnen und Bürger der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, Bewohner der Regionen Saporischschja und Cherson, Abgeordnete der Staatsduma, Senatoren der Russischen Föderation!

Wie Sie wissen, haben in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den Regionen Saporischschja und Cherson Volksabstimmungen stattgefunden. Die Stimmzettel sind ausgezählt und die Ergebnisse bekannt gegeben worden. Das Volk hat eine eindeutige Entscheidung getroffen.

Heute werden wir Verträge über den Beitritt der Volksrepublik Donezk, der Volksrepublik Lugansk, der Region Saporischschja und der Region Cherson zur Russischen Föderation unterzeichnen. Ich zweifle nicht daran, dass die Bundesversammlung die Verfassungsgesetze über den Beitritt zu Russland und die Gründung von vier neuen Regionen, unseren neuen Subjekten der Russischen Föderation, unterstützen wird, denn dies ist der Wille von Millionen von Menschen. (Beifall.)

Es ist zweifellos ihr Recht, ein inhärentes Recht, das in Artikel 1 der UN-Charta besiegelt ist, in dem der Grundsatz der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker direkt festgeschrieben ist.

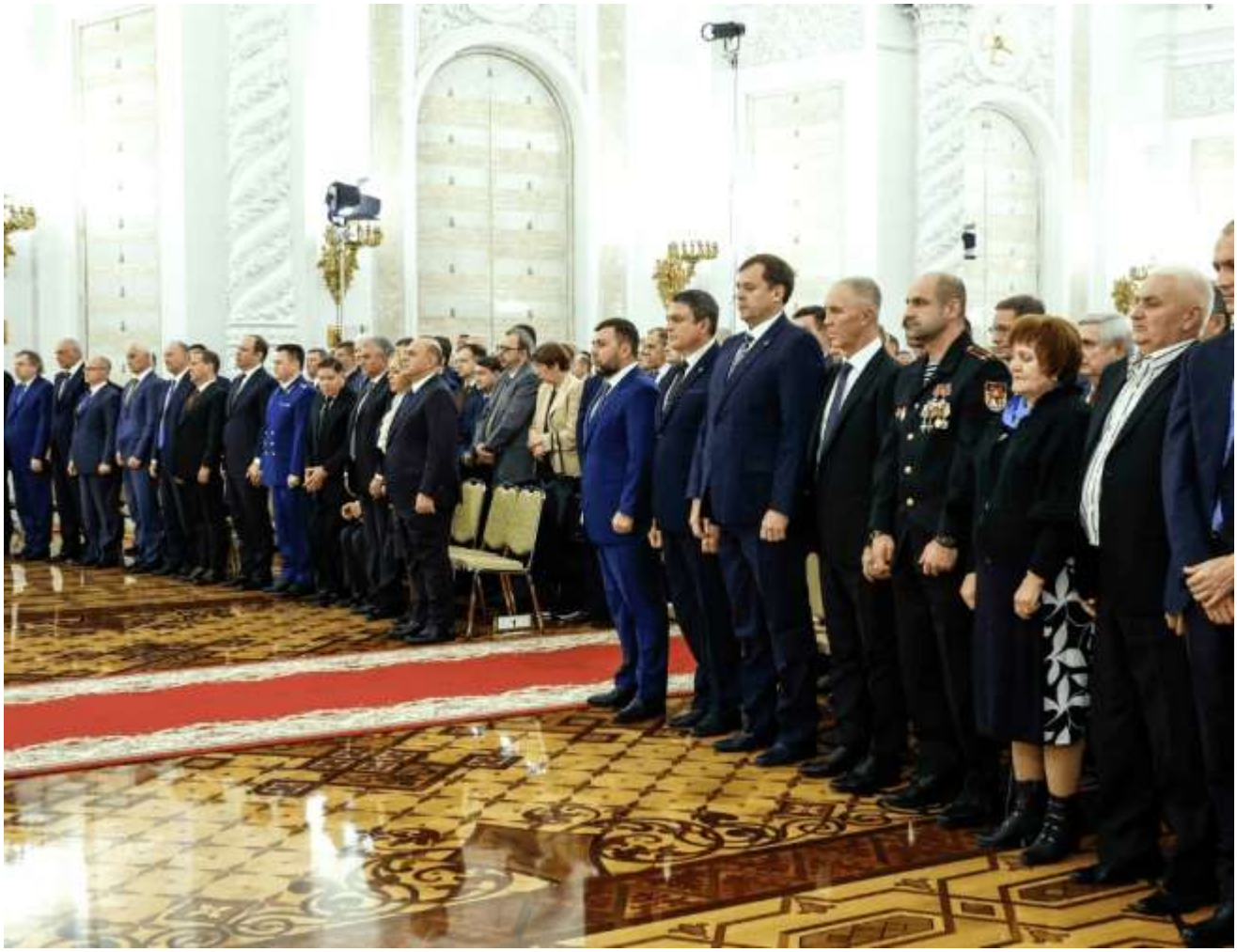
Ich wiederhole, es ist ein angeborenes Recht der Völker. Es beruht auf unserer historischen Verbundenheit, und es ist dieses Recht, das Generationen unserer Ahnen, die Russland seit Jahrhunderten aufgebaut und verteidigt haben, seit der Zeit des Alten Rus, zum Sieg geführt hat.

Hier in Neurussland schlugen [Pjotr] Rumjanzew, [Alexander] Suworow und [Fjodor] Uschakow ihre Schlachten, und Katharina die Große und [Grigori] Potjomkin gründeten neue Städte. Unsere Großväter und Urgroßväter haben hier während des Großen Vaterländischen Krieges bis zum bitteren Ende gekämpft.

Wir werden uns immer an die Helden des Russischen Frühlings erinnern, an diejenigen, die sich 2014 geweigert haben, den neonazistischen Staatsstreich in der Ukraine zu akzeptieren, an all diejenigen, die für das Recht, ihre Muttersprache zu sprechen, ihre Kultur, ihre Traditionen und ihre Religion zu bewahren, und für das Recht zu leben gestorben sind. Wir gedenken der Soldaten des Donbass, der Märtyrer von „Odessa Chatyn“, der Opfer der unmenschlichen Terroranschläge des Kiewer Regimes. Wir gedenken der Freiwilligen und Milizionäre, der Zivilisten, der Kinder, der Frauen, der Senioren, der Russen, der Ukrainer, der Menschen verschiedener Nationalitäten; des Volksführers von Donezk Alexander Sachartschenko; der Militärkommandeure Arsen Pawlow und Wladimir Schoga, Olga Kochura und Alexej Mozgowo; des Staatsanwalts der Lugansker Republik Sergej Gorenko; des Fallschirmjägers Nurmagomed Gadschimagomedow und aller unserer Soldaten und Offiziere, die während der

militärischen Sonderoperation den Heldentod starben. Sie sind Helden. (Beifall.) Helden des großen Russlands. Bitte legen Sie mit mir eine Schweigeminute ein, um ihr Andenken zu ehren.

(Schweigeminute.)



Ich danke Ihnen.

Hinter der Entscheidung von Millionen von Einwohnern der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, der Regionen Saporischschja und Cherson steht unser gemeinsames Schicksal und unsere tausendjährige Geschichte. Die Menschen haben diese geistige Verbindung an ihre Kinder und Enkelkinder weitergegeben. Trotz aller Widrigkeiten, die sie ertragen mussten, haben sie die Liebe zu Russland durch die Jahre getragen. Das ist etwas, das niemand zerstören kann. Deshalb haben sowohl die älteren Generationen als auch die jungen Menschen – diejenigen, die nach dem tragischen Zusammenbruch der Sowjetunion geboren wurden – für unsere Einheit, für unsere gemeinsame Zukunft gestimmt.

Als 1991 in Belaweschskaja Puschtscha die Vertreter der damaligen Parteielite beschlossen, die Sowjetunion aufzulösen, ohne die Bürger zu fragen, was sie wollen, waren die Menschen plötzlich von ihrer Heimat abgeschnitten. Dies zerriss und zersplitterte unsere nationale Gemeinschaft und löste eine nationale Katastrophe aus. So wie die Regierung nach der Revolution von 1917 hinter den Kulissen still und leise die Grenzen der Sowjetrepubliken gezogen hat, so haben die letzten Führer der Sowjetunion entgegen dem direkten Ausdruck des Willens der Mehrheit des Volkes im Referendum von 1991 unser großes Land zerstört und die Menschen in den ehemaligen Republiken einfach vor vollendete Tatsachen gestellt.

Ich kann zugeben, dass sie nicht einmal wussten, was sie taten und welche Folgen ihr Handeln am Ende haben würde. Aber das spielt jetzt keine Rolle mehr. Es gibt keine Sowjetunion mehr; wir können nicht in die Vergangenheit zurückkehren. Eigentlich braucht Russland sie heute nicht mehr; das ist nicht unser Ziel. Aber es gibt nichts Stärkeres als die Entschlossenheit von Millionen von Menschen, die sich aufgrund ihrer Kultur, Religion, Traditionen und Sprache als Teil Russlands betrachten und deren Vorfahren jahrhundertelang in einem einzigen Land gelebt haben. Es gibt nichts Stärkeres als ihre Entschlossenheit, in ihre wahre historische Heimat zurückzukehren.

Acht Jahre lang waren die Menschen im Donbass einem Völkermord, Beschuss und Blockaden ausgesetzt; in Cherson und Saporischschja wurde eine verbrecherische Politik betrieben, um den Hass auf Russland, auf alles Russische, zu kultivieren. Auch jetzt, während der Referenden, drohte das Kiewer Regime Lehrern und Frauen, die in den Wahlkommissionen arbeiteten, mit Repressalien und dem Tod. Kiew drohte Millionen von Menschen, die ihren Willen zum Ausdruck bringen wollten, mit Repressionen. Aber die Menschen im Donbass, in Saporischschja und Cherson ließen sich nicht unterkriegen und hatten ihre Stimme.

Ich möchte, dass die Kiewer Behörden und ihre wahren Handlanger im Westen mich jetzt anhören, und ich möchte, dass sich alle daran erinnern: Die Menschen, die in Lugansk und Donezk, in Cherson und Saporischschja leben, sind unsere Bürger geworden, für immer. (Beifall.)

„Russland wird niemals diejenigen verraten, die ihm vertrauen …“

Wir fordern das Kiewer Regime auf, das Feuer und alle Feindseligkeiten sofort einzustellen, den Krieg, den es 2014 entfesselt hat, zu beenden und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Dazu sind wir bereit, wie wir schon mehr als einmal gesagt haben. Aber die Entscheidung der Menschen in Donezk, Lugansk, Saporischschja und Cherson steht nicht zur Debatte. Die Entscheidung ist gefallen, und Russland wird sie nicht verraten. (Beifall.) Die derzeitigen Behörden in Kiew sollten diese freie Willensäußerung des Volkes respektieren; es gibt keinen anderen Weg. Dies ist der einzige Weg zum Frieden.

Wir werden unser Land mit allen Kräften und Mitteln verteidigen, die wir haben, und wir werden alles tun, um die Sicherheit unseres Volkes zu gewährleisten. Dies ist die große Befreiungsmission unserer Nation.

Wir werden die zerstörten Städte und Gemeinden, die Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser, Theater und Museen wiederaufbauen. Wir werden Industrieunternehmen, Fabriken, die Infrastruktur sowie das Sozial-, Renten-, Gesundheits- und Bildungssystem wiederherstellen und ausbauen.

Wir werden uns mit Sicherheit für die Verbesserung der Sicherheit einsetzen. Gemeinsam werden wir dafür sorgen, dass die Bürger in den neuen Regionen die Unterstützung des gesamten russischen Volkes, der gesamten Nation, aller Republiken, Territorien und Regionen unseres riesigen Mutterlandes spüren können. (Beifall.)

Liebe Freunde, liebe Kollegen,

heute möchte ich mich an unsere Soldaten und Offiziere wenden, die an der besonderen Militäroperation teilnehmen, an die Kämpfer von Donbass und Neurussland), an diejenigen, die sich in die Rekrutierungsbüros begeben haben, nachdem sie einen Einberufungsbescheid gemäß dem Exekutivbefehl über die Teilmobilisierung erhalten haben, und an diejenigen, die dies freiwillig getan haben, weil sie dem Ruf ihres Herzens gefolgt sind. Ich möchte mich an ihre Eltern, Ehefrauen und Kinder wenden, um ihnen zu sagen, wofür unser Volk kämpft, mit welcher Art von Feind wir es zu tun haben und wer die Welt in neue Kriege und Krisen stürzt und aus dieser Tragödie einen blutigen Nutzen zieht.

Unsere Landsleute, unsere Brüder und Schwestern in der Ukraine, die Teil unseres geeinten Volkes sind, haben mit eigenen Augen gesehen, was die herrschende Klasse des so genannten Westens für die Menschheit als Ganzes vorbereitet hat. Sie haben ihre Masken fallen lassen und gezeigt, aus welchem Holz sie wirklich geschnitzt sind.

Als die Sowjetunion zusammenbrach, beschloss der Westen, dass die Welt und wir alle uns dauerhaft seinem Diktat unterwerfen würden. 1991 dachte der Westen, Russland würde

sich nach solchen Erschütterungen nie wieder erheben und von selbst in sich zusammenfallen. Das wäre auch fast passiert. Wir erinnern uns an die furchtbaren 1990er Jahre, an Hunger, Kälte und Hoffnungslosigkeit. Aber Russland blieb aufrecht, wurde lebendig, wurde stärker und nahm seinen rechtmäßigen Platz in der Welt ein.

In der Zwischenzeit suchte und sucht der Westen nach einer weiteren Gelegenheit, uns einen Schlag zu versetzen, Russland zu schwächen und zu zerschlagen, wovon er immer geträumt hat, unseren Staat zu spalten und unsere Völker gegeneinander aufzuhetzen und sie zu Armut und Ausrottung zu verurteilen. Sie wollen nicht hinnehmen zu wissen, dass es ein so großes Land mit einem so riesigen Territorium in der Welt gibt, mit seinen natürlichen Reichtümern, Ressourcen und Menschen, die sich nicht nach den Wünschen anderer richten können und wollen.

„Der Westen möchte der Menschheit seinem Tribut abverlangen …“

Der Westen ist bereit, jede Grenze zu überschreiten, um das neokoloniale System aufrechtzuerhalten, das es ihm erlaubt, von der Welt zu leben, sie dank der Vorherrschaft des Dollars und Technologie auszuplündern, einen regelrechten Tribut von der Menschheit abzuverlangen, um ihre wichtigste Quelle unverdienten Wohlstands, in Form von Abgaben an den Hegemon abzukassieren. Die Aufrechterhaltung dieser Abgaben ist sein wichtigstes, reales und absolut eigennütziges Motiv. Aus diesem Grund liegt die völlige Entsouveränisierung in seinem Interesse. Dies erklärt die Aggression des Westens gegenüber unabhängigen Staaten, traditionellen Werten und authentischen Kulturen, seine Versuche, internationale und Integrationsprozesse, neue globale Währungen und technologische Entwicklungszentren, die der Westen nicht zu kontrollieren vermag, zu untergraben. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, alle Länder zu zwingen, ihre Souveränität an die Vereinigten Staaten abzutreten.

In einigen Ländern lassen sich die herrschenden Eliten freiwillig darauf ein und lassen sich freiwillig zu Vasallen machen, andere werden bestochen oder eingeschüchtert. Und wenn das nicht funktioniert, zerstören sie ganze Staaten und hinterlassen humanitäre Katastrophen, Verwüstungen, Ruinen, Millionen von zerstörten und zerstückelten Menschenleben, terroristische Enklaven, soziale Katastrophengebiete, Protektorate, Kolonien und Halbkolonien. Das interessiert sie nicht. Alles, was sie interessiert, ist ihr eigener Vorteil.

Ich möchte noch einmal betonen, dass ihre Unersättlichkeit und ihre Entschlossenheit, ihre uneingeschränkte Vorherrschaft zu bewahren, die wahren Ursachen für den hybriden Krieg sind, den der kollektive Westen gegen Russland führt. Sie wollen nicht, dass wir frei sind; sie wollen, dass wir eine Kolonie sind. Sie wollen keine gleichberechtigte Zusammenarbeit, sondern sie wollen plündern. Sie wollen uns nicht als freie Gesellschaft sehen, sondern als eine Masse seelenloser Sklaven.

„Sie wollen und brauchen Russland nicht – wir aber schon!“

Sie sehen in unserem Denken und unserer Philosophie eine direkte Bedrohung. Deshalb haben sie es auf unsere Philosophen abgesehen, um sie zu ermorden. Unsere Kultur und Kunst stellen für sie eine Gefahr dar, weshalb sie versuchen, sie zu verbieten. Auch unsere Entwicklung und unser Wohlstand sind für sie eine Bedrohung, weil die Konkurrenz wächst. Sie wollen und brauchen Russland nicht, wir aber schon! (Beifall.)

Ich möchte Sie daran erinnern, dass in der Vergangenheit Ambitionen zur Weltherrschaft immer wieder am Mut und an der Widerstandsfähigkeit unseres Volkes gescheitert sind.

Russland wird immer Russland bleiben. Wir werden weiterhin unsere Werte und unser Vaterland verteidigen.

Der Westen setzt auf Straffreiheit bzw. dass er mit allem davonkommt. Tatsächlich war dies bis vor kurzem auch der Fall. Strategische Sicherheitsvereinbarungen wurden aufgekündigt; auf höchster politischer Ebene getroffene Vereinbarungen wurden als Lügenmärchen deklariert; feste Versprechen, die NATO nicht nach Osten zu erweitern, sind einer schmutzigen Täuschung gewichen, sowie unsere früheren Führer darauf hereinfielen; Verträge über Raketenabwehr, Mittelstreckenraketen und Kurzstreckenraketen wurden unter weit hergeholten Vorwänden einseitig aufgekündigt.

Und alles, was wir hören, ist, dass der Westen auf einer auf Regeln basierten Ordnung beharrt. Woher kommt diese eigentlich? Wer hat diese Regeln jemals gekannt? Wer hat sie vereinbart oder gebilligt? Hört zu, das ist einfach nur ein Haufen Unsinn, völliger Betrug, Doppelmoral oder gar Dreifachmoral! Man hält uns einfach für dumm.

Russland ist eine große, tausend Jahre alte Macht, eine ganze Zivilisation, und sie wird nicht nach solchen behelfsmäßigen, falschen Regeln leben. (Beifall.)

Es war der sogenannte Westen, der den Grundsatz der Unverletzlichkeit der Grenzen mit Füßen getreten hat, und jetzt entscheidet er nach eigenem Gutdünken, wer das Recht auf Selbstbestimmung habe und wer nicht oder wer dessen unwürdig sei. Es ist unklar, worauf ihre Entscheidungen beruhen oder wer ihnen überhaupt das Recht gegeben hat, zu entscheiden. Sie haben es sich einfach angemaßt.

Deshalb macht die Entscheidung der Menschen auf der Krim, in Sewastopol, Donezk, Lugansk, Saporischschja und Cherson sie so wütend. Der Westen hat nicht das moralische Recht, sich einzumischen oder nur ein Wort über die Freiheit der Demokratie zu verlieren. Das hat er nicht – auch nicht zuvor.

Westliche Hegemonie trägt totalitäre und despotische Züge

Die westlichen Eliten leugnen nicht nur die nationale Souveränität und das Völkerrecht. Ihre Hegemonie trägt ausgeprägte Züge von Totalitarismus, Despotismus und Apartheid. Sie

teilen die Welt dreist nach ihren Vasallen: In die sogenannten zivilisierten Länder sowie alle anderen, die nach heutigen Vorstellungen westlicher Rassisten nur auf der Liste der Barbaren und Wilden dann stehen. Falsche Bezeichnungen wie „Schurkenstaat“ oder „autoritäres Regime“ werden ebenso angewandt. Sie werden verwendet, um ganze Nationen und Staaten zu stigmatisieren gemäss dem alten Spiel und nichts Neues ist: Im Grunde sind westliche Eliten dieselben Kolonisatoren geblieben. Sie diskriminieren und unterteilen die Völker in eine Oberschicht und den Rest.

Wir haben einem solchen politischen Nationalismus und Rassismus nie zugestimmt und werden ihm auch nie zustimmen. Worauf, wenn nicht im Rassismus, fusst die Russophobie, die sich in der Welt verbreitet? Worin, wenn nicht im Rassismus, besteht die dogmatische Überzeugung des Westens, dass seine Zivilisation und neoliberale Kultur ein unumstößliches Modell sei, dem die ganze Welt zu folgen habe? „Entweder bist du für uns oder gegen uns,“ und recht seltsam klingt.

Die westlichen Eliten versuchen sogar die Reue für ihre eigenen historischen Verbrechen auf andere abzuschieben und verlangen, dass neben den Bürgern ihrer Länder auch andere Völker sich zu Dingen bekennen, mit denen sie überhaupt nichts zu tun haben, wie zum Beispiel zu Zeiten kolonialer Eroberungen.

Es lohnt sich, den Westen daran zu erinnern, dass er seine Kolonialpolitik bereits im Mittelalter begann, gefolgt vom weltweiten Sklavenhandel, dem Völkermord an den Indianerstämmen Amerikas, der Ausplünderung Indiens und Afrikas, den Kriegen Englands und Frankreichs gegen China, in deren Folge es gezwungen war, seine Häfen für den Opiumhandel zu öffnen. Sie machten ganze Völker drogensüchtig und rotteten gezielt ganze Volksgruppen aus, um sich Land und Ressourcen anzueignen, und Menschen wie Tiere jagten. Das widerspricht der menschlichen Natur, der Wahrheit, der Freiheit und der Gerechtigkeit.

Wir sind stolz darauf, dass unser Land im 20. Jahrhundert an der Spitze der antikolonialen Bewegung stand, die vielen Völkern auf der ganzen Welt die Möglichkeit eröffnete, Fortschritte zu machen, Armut und Ungleichheit zu verringern und Hunger und Krankheiten zu besiegen.

Einer der Gründe für die jahrhundertealte Russophobie und unverhohlene Feindseligkeit der westlichen Eliten gegenüber Russland, bildet die Tatsache, dass wir uns während der Zeit kolonialer Eroberungen nicht ausrauben ließen, doch die Europäer zwangen, mit uns zu beiderseitig vorteilhaften Bedingungen Handel zu treiben. Dies wurde durch Aufbau eines starken Zentralstaates in Russland erreicht, der auf der Grundlage der großen moralischen Werte des orthodoxen Christentums, des Islams, des Judentums und des Buddhismus sowie der russischen Kultur und des russischen Wortes allen offenstand, wuchs und stärker wurde.

Es gab zahlreiche Pläne zur Invasion Russlands. Solche Versuche gab es während der Zeit der Wirren im 17. Jahrhundert und in der Zeit der Leiden nach der Revolution von 1917. Sie scheiterten alle. Erst im späten 20. Jahrhundert, als der Staat zerstört war, gelang es dem Westen, sich des Reichtums Russlands zu bemächtigen. Sie nannten uns Freunde und Partner, aber sie behandelten uns wie eine Kolonie und pumpten mit Hilfe verschiedener Methoden Billionen von Dollar aus dem Land. Wir erinnern uns. Wir haben nichts vergessen.

Vor einigen Tagen haben die Menschen in Donezk und Lugansk, Cherson und Saporischschja ihre Unterstützung für die Wiederherstellung unserer historischen Einheit erklärt. Ich danke Ihnen! (Beifall.)

Sie versprachen Demokratie und Freiheit, doch brachten Versklavung

Die westlichen Länder behaupten seit Jahrhunderten, dass sie anderen Nationen Freiheit und Demokratie bringen. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt liegen. Anstatt Demokratie zu bringen, haben sie unterdrückt und ausgebeutet, und anstatt Freiheit zu bringen, haben sie versklavt und unterdrückt. Die unipolare Welt ist von Natur aus antidemokratisch und unfrei; sie ist durch und durch falsch und heuchlerisch.

Die Vereinigten Staaten sind das einzige Land der Welt, das zweimal Atomwaffen eingesetzt und damit die Städte Hiroshima und Nagasaki in Japan zerstört hat. Und sie haben damit einen Präzedenzfall geschaffen.

Erinnern Sie sich daran, dass die Vereinigten Staaten und Großbritannien während des Zweiten Weltkriegs Dresden, Hamburg, Köln und viele andere deutsche Städte in Schutt und Asche legten, ohne die geringste militärische Notwendigkeit. Das geschah ostentativ und, um es zu wiederholen, ohne jede militärische Notwendigkeit. Wie bei den Atombombenangriffen auf japanische Städte hatten sie nur ein Ziel: Unser Land und den Rest der Welt einzuschüchtern.

Die Vereinigten Staaten haben mit ihren Bombenteppichen und dem Einsatz von Napalm und chemischen Waffen eine tiefe Narbe im Gedächtnis der Menschen in Korea und Vietnam hinterlassen.

Sie besetzen weiterhin Deutschland, Japan, die Republik Korea und andere Länder, die sie zynisch als Gleichgestellte und Verbündete bezeichnen. Was für ein Bündnis ist das denn? Die ganze Welt weiß, dass die Spitzenbeamten dieser Länder bespitzelt werden und dass ihre Büros und Wohnungen abgehört werden. Es ist eine Schande, eine Schande für diejenigen, die dies tun, und für diejenigen, die wie Sklaven dieses arrogante Verhalten stillschweigend und sanftmütig schlucken.

Die Befehle und Drohungen, die sie ihren Vasallen gegenüber aussprechen, bezeichnen sie als euro-atlantische Solidarität, die Herstellung biologischer Waffen und die Verwendung menschlicher Versuchspersonen, auch in der Ukraine, als noble medizinische Forschung.

„Ihre Politik löst Migrationswellen aus …“

Ihre zerstörerische Politik, ihre Kriege und ihre Ausplünderung sind es, die massive Migrationswellen heute auslösen. Millionen von Menschen erleiden Entbehrungen und Demütigungen oder sterben zu Tausenden bei dem Versuch, Europa zu erreichen.

Sie exportieren jetzt Getreide aus der Ukraine. Wohin bringen sie es unter dem Vorwand, die Ernährungssicherheit der ärmsten Länder zu gewährleisten? Wohin geht es? Sie bringen es in dieselben europäischen Länder. Nur fünf Prozent sind an die ärmsten Länder geliefert worden. Wieder einmal Betrug und nackte Täuschung.

Tatsächlich nutzt die amerikanische Elite die Tragödie dieser Menschen, um ihre Rivalen zu schwächen und Nationalstaaten zu zerstören. Das gilt für Europa und für die Identität Frankreichs, Italiens, Spaniens und anderer Länder mit jahrhundertelanger Geschichte.

Washington fordert immer stärkere Sanktionen gegen Russland, und die Mehrheit der europäischen Politiker macht gehorsam mit. Ihnen ist klar, dass die USA, indem sie die EU drängen, auf russische Energie und andere Ressourcen vollständig zu verzichten, Europa

praktisch in die Deindustrialisierung treiben, um sich den gesamten europäischen Markt anzueignen. Diese europäischen Eliten verstehen alles – das tun sie, aber sie ziehen es vor, den Interessen der anderen zu dienen. Das ist keine Unterwürfigkeit mehr, sondern direkter Verrat an ihren eigenen Völkern. Gott segne sie, es liegt an ihnen.

Angelsachsen zerstören die europäische Energie-Infrastruktur

Aber die Angelsachsen glauben, dass Sanktionen nicht mehr ausreichen, und haben sich nun dem Umsturz zugewandt. Es scheint unglaublich, aber es ist eine Tatsache: Mit den Explosionen an den internationalen Gaspipelines von Nord Stream, die auf dem Grund der Ostsee verlaufen, haben sie die Zerstörung der gesamten europäischen Energieinfrastruktur in Angriff genommen. Es ist für jeden klar, wer davon profitiert. Diejenigen, die davon profitieren, sind natürlich verantwortlich.

Das Diktat der USA wird durch rohe Gewalt, durch das Gesetz der Faust, gestützt. Manchmal ist es schön verpackt, manchmal überhaupt nicht, aber das Wesentliche ist dasselbe – das Gesetz der Faust. Daher die Errichtung und Aufrechterhaltung von Hunderten Militärstützpunkten in allen Ecken der Welt sowie die Erweiterung der NATO und die Versuche, neue Militärbündnisse wie AUKUS und dergleichen zusammenzuschustern. Es wird viel unternommen, um eine militärisch-politische Kette Washington-Seoul-Tokio zu schaffen. Alle Staaten, die über echte strategische Souveränität verfügen oder diese anstreben bzw. in der Lage sind, die westliche Hegemonie in Frage zu stellen, werden automatisch zu Feinden erklärt.

Dies sind die Grundsätze, die den Militärdoktrinen der USA und NATO zugrunde liegen, die nach totaler Vorherrschaft verlangen. Die westlichen Eliten präsentieren ihre neokolonialistischen Pläne mit gleicher Heuchelei, indem sie friedliche Absichten vortäuschen und von einer Art Abschreckung sprechen. Dieses Wort zur Ablenkung wandert nur von einer Strategie zur anderen, bedeutet aber in Wirklichkeit nur eines: Die Unterminierung aller souveränen Machtzentren.

Wir haben bereits von der Abschreckung gegenüber Russland, China und den Iran gehört. Ich glaube, als nächstes kommen andere Länder Asiens, Lateinamerikas, Afrikas und des Nahen Ostens sowie die derzeitigen Partner und Verbündeten der USA an der Reihe. Schließlich wissen wir, dass sie, wenn sie unzufrieden sind, auch gegen ihre eignen Verbündeten Sanktionen verhängen, wie gegen diese oder jene Bank oder Firma. Das ist ihre Praxis, und sie werden sie ausweiten. Sie haben alles im Visier, auch unsere nächsten Nachbarn – die GUS-Staaten.

Gleichzeitig ist der Westen offensichtlich schon seit langem einem Wunschdenken verfallen. Mit dem Sanktionsblitzkrieg gegen Russland zum Beispiel glaubte man, wieder einmal die ganze Welt auf sich vereinen zu können. Wie sich herausstellt, begeistert eine solche Aussicht jedoch nicht jeden – abgesehen von absoluten politischen Masochisten und Bewunderern unkonventioneller Formen der internationalen Beziehungen der anderen Art. Die meisten Staaten weigern sich dem Folge zu leisten, doch wählen stattdessen den vernünftigen Weg der Zusammenarbeit mit Russland.

Mit einer solchen Aufmüpfigkeit hat der Westen natürlich nicht gerechnet. Er hat sich einfach daran gewöhnt, nach einer Schablone zu handeln, sich durch Erpressung, Bestechung und Einschüchterung zu holen, was er will. Der Westen ist davon überzeugt, dass diese Methoden immer und ewig funktionieren sollten, so als wären sie seit der Vergangenheit in Stein gemeisselt.

Die Wahrheit wird in einem Meer von Lügen ertränkt

Dieses Selbstvertrauen ist nicht nur ein direktes Produkt des berüchtigten Exzeptionalismus – auch wenn er immer wieder überrascht -, sondern auch Ausfluss des Hungers westlicher Informationsflut: Die Wahrheit wird in einem Meer von Mythen, Illusionen und Fälschungen ertränkt, wobei eine äußerst aggressive Propaganda eingesetzt wird, die im Stil von Goebbels lügt: Je unglaubwürdiger die Lüge, desto schneller werden die Menschen sie glauben – nach diesem Prinzip arbeiten sie.

Aber man kann die Menschen nicht mit gedruckten Dollars und Euros füttern. Mit solchen Papierstücken kann man sie nicht ernähren, und die virtuell aufgeblasene Kapitalisierung westlicher Sozial-Medien-Unternehmen kann ihre Häuser nicht heizen. Alles, was ich hier sage, ist wichtig. Und was ich gerade gesagt habe, ist nicht weniger wichtig: Mit Papier kann man niemanden ernähren – man braucht Lebensmittel; und mit aufgeblähter Kapitalisierung kann man kein Haus heizen – man braucht hingegen Energie.

Deshalb müssen die Politiker in Europa ihre Mitbürger davon überzeugen, weniger zu essen, seltener zu duschen und sich zu Hause wärmer anzuziehen. Und wer anfängt, berechtigte Fragen zu stellen wie „Warum ist das eigentlich so?“, wird sofort zum Feind, zum Extremisten und Radikalen erklärt. Sie zeigen mit dem Finger auf Russland und sagen: Das ist die Quelle all eurer Probleme. Dem folgen noch mehr Lügen.

Ich möchte besonders darauf hinweisen, dass es allen Grund zu der Annahme gibt, dass die westlichen Eliten nicht nach konstruktiven Auswegen aus der globalen Nahrungsmittel- und Energiekrise suchen werden, die sie und nur sie allein zu verantworten haben, und zwar als Ergebnis ihrer langfristigen Politik, die lange vor unserer militärischen Sonderoperation in der Ukraine, im Donbass, begann. Sie haben nicht die Absicht, die Probleme der Ungerechtigkeit und Ungleichheit zu beseitigen. Ich fürchte, sie würden lieber andere Formeln verwenden, mit denen sie besser zurechtkommen.

Es bleibt wichtig hier zu erinnern, dass sich der Westen dank Erstem Weltkrieg vor den Herausforderungen des frühen 20. Jahrhunderts rettete. Die Gewinne aus dem Zweiten Weltkrieg halfen den Vereinigten Staaten schließlich, die Große Depression zu überwinden

und zur größten Volkswirtschaft der Welt aufzusteigen und dem Planeten die Macht des Dollars als globale Reservewährung aufzuzwingen. Und die Krise der 1980er Jahre – als sich die Lage dann wieder zuspitzte – überstand der Westen weitgehend unbeschadet, indem er sich das Erbe und die Ressourcen der zusammengebrochenen und untergegangenen Sowjetunion aneignete. Das ist eine Tatsache.

Die alte Formel: Wirtschaftswachstum durch Krieg

Um sich aus dem aktuellen Geflecht von Herausforderungen zu befreien, müssen sie Russland und andere Staaten, die einen souveränen Entwicklungspfad einschlugen, um jeden Preis demontieren, damit sie den Reichtum anderer Nationen weiter plündern und zum Flicken ihrer eigenen Löcher verwenden können. Wenn dies nicht geschieht, kann ich nicht ausschließen, dass sie versuchen werden, einen Zusammenbruch des gesamten Systems herbeizuführen und alles darauf zu schieben, oder, Gott bewahre, sich für die alte Formel des Wirtschaftswachstums durch Krieg entscheiden.

Russland ist sich seiner Verantwortung gegenüber der internationalen Gemeinschaft bewusst und wird alles tun, um dafür zu sorgen, dass ein kühlerer Kopf bewahrt bleibt.

Das derzeitige neokoloniale Modell ist letztlich dem Untergang geweiht, so viel ist klar. Aber ich wiederhole, dass seine wahren Herren bis zum Ende daran festhalten werden. Sie haben der Welt einfach nichts anderes zu bieten als die Aufrechterhaltung desselben Systems mit Ausplünderung und Erpressung.

Sie scheren sich einen Dreck um das natürliche Recht von Milliarden von Menschen, der Mehrheit der Menschheit, auf Freiheit und Gerechtigkeit, das Recht, ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Sie sind vielmehr bereits dazu übergegangen, moralische, religiöse und familiäre Werte radikal zu verleugnen.

„Sie haben völlig den Verstand verloren …“

Beantworten wir uns selbst einige sehr einfache Fragen. Jetzt möchte ich auf das zurückkommen, was ich gesagt habe, und ich möchte mich auch an alle Bürger des Landes wenden – nicht nur an die Kollegen im Saal -, sondern an alle Bürger Russlands: Wollen wir hier, in unserem Land, in Russland, „Elternteil Nummer eins, Elternteil Nummer zwei und Elternteil Nummer drei“ – sie haben völlig den Verstand verloren – anstelle von Mutter und Vater hören? Wollen wir, dass unsere Schulen unseren Kindern in ihrer ersten Schulzeit an Perversionen aufzwingen, die zu Degradierung und Auslöschung führen? Wollen wir ihnen eintrichtern, dass es neben Frauen und Männern noch andere Geschlechter gibt, und ihnen Operationen zur Geschlechtsumwandlung anbieten? Ist es das, was wir für unser Land und unsere Kinder wollen? Das alles ist für uns inakzeptabel. Wir haben eine eigene, andere Zukunft.

Ich möchte wiederholen, dass sich die Diktatur der westlichen Eliten gegen alle Gesellschaften richtet, auch gegen die Bürger der westlichen Länder selbst. Dies ist eine Herausforderung für alle. Der völlige Verzicht auf das Menschsein, der Sturz des Glaubens und traditionellen Werte sowie die Unterdrückung der Freiheit ähneln einer „verkehrten Religion“ – einem reinen Satanismus. Jesus Christus hat in der Bergpredigt falsche Messiasse entlarvt: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen.“ Diese giftigen Früchte sind für die Menschen bereits offensichtlich, und zwar nicht nur in unserem Land, sondern in allen Ländern, einschließlich vieler Menschen im Westen selbst.

Die Welt ist in eine Periode grundlegender, revolutionärer Veränderungen eingetreten. Neue Machtzentren sind im Entstehen. Sie repräsentieren die Mehrheit – die Mehrheit! – der internationalen Gemeinschaft. Sie sind bereit, ihre Interessen nicht nur zu verkünden, sondern auch zu schützen. Sie sehen in der Multipolarität eine Chance, ihre Souveränität zu stärken, was bedeutet, dass sie echte Freiheit, historische Perspektiven und das Recht auf ihre eigenen unabhängigen, kreativen und unverwechselbaren Formen der Entwicklung, auf einen harmonischen Prozess erlangen.

Wie ich bereits sagte, haben wir viele Gleichgesinnte in Europa und den Vereinigten Staaten, und wir spüren und sehen ihre Unterstützung. Eine im Wesentlichen emanzipatorische, antikoloniale Bewegung gegen die unipolare Hegemonie nimmt in den verschiedensten Ländern und Gesellschaften Gestalt an. Ihre Kraft wird mit der Zeit nur noch wachsen. Es ist diese Kraft, die unsere künftige geopolitische Realität bestimmen wird.

Freunde,

heute kämpfen wir für einen gerechten und freien Weg, in erster Linie für uns selbst, für Russland, um Diktat und Despotismus der Vergangenheit zu überlassen. Ich bin davon überzeugt, dass die Länder und Völker verstehen, dass eine Politik, die auf dem Exzeptionalismus eines wie auch immer gearteten Staates und der Unterdrückung anderer Kulturen und Völker beruht, von Natur aus kriminell ist, und dass wir dieses schändliche Kapitel schließen müssen. Der anhaltende Zusammenbruch der westlichen Hegemonie ist unumkehrbar. Und ich wiederhole: Es wird nie wieder so sein wie früher.

Das Volk vor Versklavung und monströsen Experimenten schützen

Das Schlachtfeld, zu dem uns das Schicksal und die Geschichte gerufen haben, ist ein Schlachtfeld für unser Volk, für das große historische Russland. (Beifall.) Für das große historische Russland, für die künftigen Generationen, unsere Kinder, Enkel und Urenkel. Wir müssen sie vor Versklavung und monströsen Experimenten schützen, die darauf abzielen, ihren Verstand und ihre Seele zu verkrüppeln.

Heute kämpfen wir dafür, dass niemand auf die Idee kommt, dass Russland, unser Volk, unsere Sprache oder unsere Kultur aus der Geschichte ausgelöscht werden können. Wir brauchen heute eine konsolidierte Gesellschaft, und diese Konsolidierung kann nur auf Souveränität, Freiheit, Schöpfung und Gerechtigkeit beruhen. Unsere Werte sind Menschlichkeit, Barmherzigkeit und Mitgefühl.

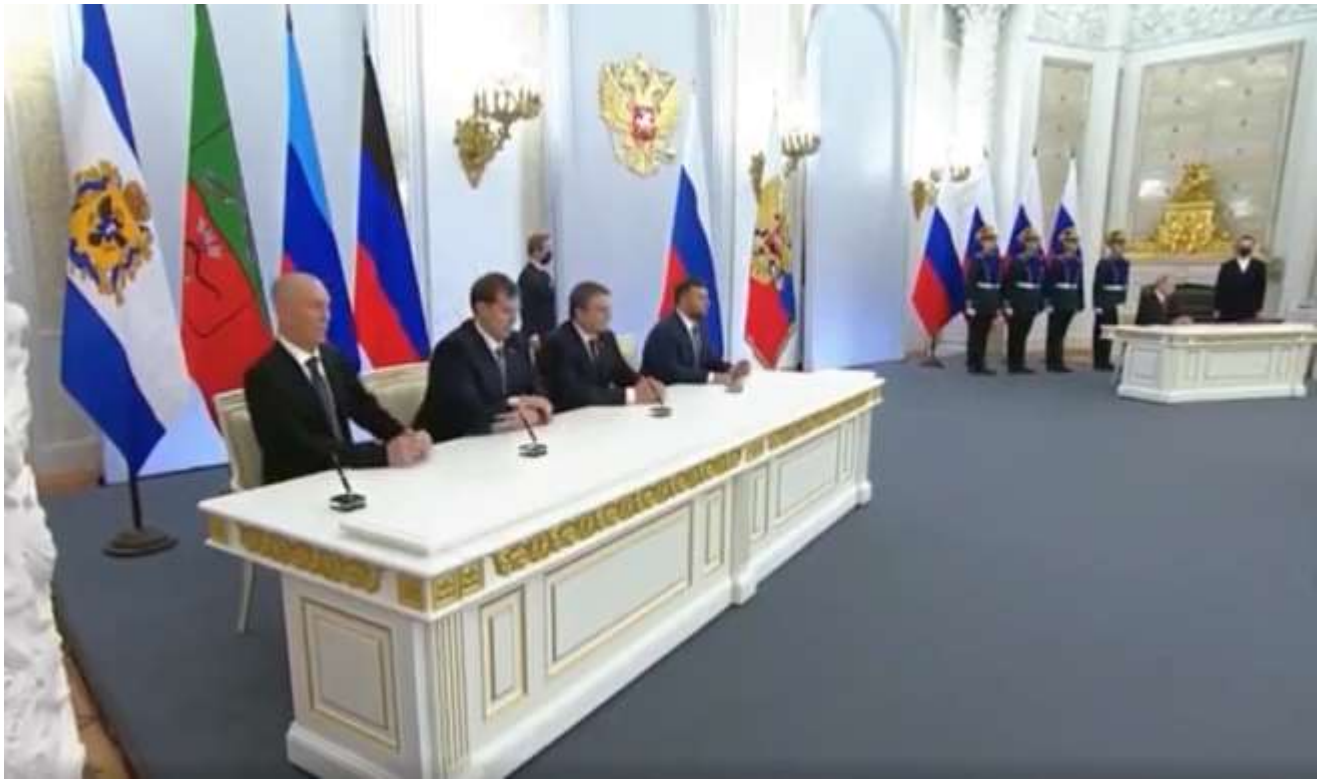
Und ich möchte mit den Worten des wahren Patrioten Iwan Iljin schließen: „Wenn ich Russland als mein Mutterland betrachte, bedeutet das, dass ich wie ein Russe liebe, wie ein Russe nachsinne und denke, wie ein Russe singe und spreche; dass ich an die geistige Kraft des russischen Volkes glaube. Sein Geist ist mein Geist, sein Schicksal ist mein Schicksal, sein Leid ist mein Leid, und sein Gedeihen ist meine Freude.“

Hinter diesen Worten verbirgt sich eine glorreiche geistige Entscheidung, die in den mehr als tausend Jahren der russischen Staatlichkeit von vielen Generationen unserer Vorfahren getroffen wurde. Heute treffen wir diese Entscheidung; die Bürger der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und die Bewohner der Regionen Saporischschja und Cherson haben diese Entscheidung getroffen. Sie haben sich dafür entschieden, bei ihrem Volk zu sein, bei ihrem Vaterland zu sein, sein Schicksal zu teilen und gemeinsam mit ihm den Sieg zu erringen.

Hinter uns steht die Wahrheit und hinter uns steht Russland!

(Beifall.)

Gefolgt von der Unterzeichnung der Beitrittsverträge:



Während der Zeremonie zur Unterzeichnung der Verträge über den Beitritt der DVR, der LPR, der Regionen Saporischschja und Cherson zu Russland von links nach rechts: Leiter der Region Cherson Wladimir Saldo, Leiter der Region Saporischschja Jewgeni Balizki; Leiter der Volksrepublik Lugansk Leonid Pasechnik, Leiter der Volksrepublik Donezk Denis Puschylin.

Übersetzung aus dem Russischem: Unser-Mitteleuropa

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Nach Annexionen: Was Russland jetzt konkret vorhat

https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/annexionen-russland-vorhat-37344012

Nach Annexionen: Was Russland jetzt konkret vorhat
© AFP

Aktualisiert am 30.09.2022, 19:12 Uhr

- **Nach den als Völkerrechtsbruch kritisierten Scheinreferenden in den besetzten ukrainischen Gebieten über einen Beitritt zu Russland ist die Annexion formal besiegelt.**
- **Was bedeutet das für den Krieg?**

Mehr News zum Krieg in der Ukraine finden Sie hier

Mit der Annexion der vier besetzten ukrainischen Regionen verschiebt Russland erstmals seit der Einverleibung der Schwarzmeer-Halbinsel Krim 2014 wieder gewaltsam Grenzen in Europa. Die Vereinten Nationen kritisieren dies als Völkerrechtsbruch. Die Ukraine fordert schwere Waffen vom Westen, um die Gebiete zu befreien und verlangt von der EU und den USA noch härtere Sanktionen. Der bereits seit sieben Monaten andauernde Krieg geht damit in eine neue Phase. Wie es nun weiter geht, dazu einige Fragen und Antworten:

Wie sind die Annexionen ukrainischer Gebiete abgelaufen - und was bedeuten sie für den Krieg?

Moskau hat mit den eigens eingesetzten russischen Führungen der ukrainischen Gebiete Luhansk, Donezk, Cherson und Saporischschja auf deren Antrag Verträge über die Aufnahme in sein Staatsgebiet abgeschlossen. Nun sollen die Dokumente noch vom russischen Verfassungsgericht geprüft und kommende Woche vom russischen Parlament - der Staatsduma - und dem Föderationsrat - dem Oberhaus - besiegelt werden. Den Krieg dürfte das weiter anfachen, weil die Ukraine Teile der Gebiete kontrolliert und sie mit Hilfe westlicher Waffen komplett befreien will.

Allerdings hat die Atommacht Russland damit gedroht, alle verfügbaren Mittel zur Verteidigung der Gebiete zu nutzen. Zudem hat Moskau als Mindestziel die komplette Eroberung des Gebiets Donezk genannt. Bisher kontrollieren russische Truppen dort etwa 58 Prozent. Kremlchef Wladimir Putin lässt bei einer umstrittenen Teilmobilmachung 300.000 Reservisten einziehen, die dann die besetzten Gebiete halten sollen.

Wie groß ist das Gebiet - und was bedeutet die Annexion für die Menschen dort?

Es geht um eine Fläche von über 108.000 Quadratkilometern. Das entspricht der Größe von Bayern und Baden-Württemberg zusammen. Einschließlich der bereits auf ähnliche Weise 2014 annektierten Schwarzmeer-Halbinsel Krim verliert die Ukraine die Kontrolle über fast

20 Prozent ihres Staatsgebiets. Wie schon damals ist eine internationale Anerkennung auch diesmal nicht in Sicht. Eine Rückgabe der Gebiete über diplomatische Verhandlungen schließt Moskau aus.

Russland wirbt bei den Menschen mit einer historischen Heimkehr zum Mutterland und mit höheren Renten und Sozialleistungen als in der Ukraine. Wie bei der Krim-Annexion sollen die Menschen automatisch russische Staatsbürger werden. Auf der Halbinsel hatten Bürger damals übergangsweise Zeit, sich aktiv dagegen auszusprechen und nach einer Erklärung die ukrainische Staatsbürgerschaft zu behalten.

Müssen die Menschen in den besetzten Gebieten nun im Krieg kämpfen?

Während es auf der Krim nun auch eine Teilmobilmachung von Reservisten gibt, um die neuen besetzten Gebiete zu halten, müssen die Bürger in diesen Gebieten wohl keine direkte Einberufung zum Kriegsdienst fürchten. Allerdings galt in den schon seit Jahren von prorussischen Separatisten kontrollierten Gebieten in Luhansk und Donezk jetzt bereits die Mobilmachung. Dort kämpfen seit acht Jahren auch Ukrainer gegen Ukrainer.

In den frisch besetzten Gebieten der Regionen Saporischschja und Cherson, die Putin in der Nacht zum Freitag als unabhängige Staaten anerkannte, dürfte es wohl eine Übergangsregelung geben. Allerdings hatte Russland zuletzt auch Hunderttausende Pässe in den umkämpften Gebieten ausgeteilt. Wer russischer Staatsbürger und Reservist ist, kann unter die Teilmobilmachung fallen.

Wie wird der Anschluss der Gebiete in der russischen Bevölkerung aufgenommen - mit Begeisterung wie bei der Krim 2014?

Eine Euphorie wie bei der Annexion der Krim 2014 ist in Russland überhaupt nicht zu spüren. Die Stimmung ist diesmal eher gedrückt, weil es anders als damals nun einen blutigen Krieg mit Tausenden Toten gibt. Ein Ende ist nicht in Sicht. Der Preis der Annexion ist hoch, weil Milliardenbeträge für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete nötig sind. Zudem drücken die westlichen Sanktionen auf die russische Wirtschaft. Patrioten sind zwar begeistert von Putins Vorgehen - auch nach den Niederlagen der Armee in der Ukraine.

Es gibt aber auch massive Proteste gegen den Krieg. Die von Putin angeordnete Teilmobilmachung trifft viele Familien ins Mark. Dabei war der Kremlchef lange deshalb populär, weil er sich nicht in das Privatleben der Menschen einmischte. Das ist jetzt vorbei, wie die russische Politologin Tatjana Stanowaja sagt. Sie meint auch, dass Teile der Elite nicht bereit seien, jeden beliebigen Preis für einen russischen Sieg zu bezahlen. Sie hält es angesichts der Proteste gegen die Mobilmachung, der neuen Welle an Repressionen und der zunehmenden internationalen Isolation Russlands für möglich, dass es zu Rissen im System kommt, die Putins Macht gefährden könnten.

Wie begründet Putin die Annexion?

Putin begründet diese mit dem angeblichen Schutz der dortigen Zivilbevölkerung vor Angriffen ukrainischer Nationalisten. Zweieinhalb Millionen Menschen hätten wegen der Kämpfe fliehen müssen. "Diejenigen, die geblieben sind - etwa fünf Millionen Menschen –

sind nun ständigen Artillerie- und Raketenangriffen von neonazistischen Kämpfern ausgesetzt. Sie greifen Krankenhäuser und Schulen an und verüben Terroranschläge gegen Zivilisten", behauptete Putin in seiner Mobilmachungsrede. Inzwischen sagen auch viele russische Soldaten, dass sie dort keine ukrainischen Nazis gefunden hätten.

Was bedeuten die Entwicklungen für die ukrainischen Gegenoffensiven?

In der Ukraine wurden die Scheinreferenden und die Teilmobilmachung betont gelassen zur Kenntnis genommen. Der externe Berater des ukrainischen Präsidentenbüros, Mychajlo Podoljak, fragte auf Twitter: "Läuft immer noch alles nach Plan oder doch nicht?" Präsident Wolodymyr Selenskyj hatte bereits davor betont, die Ukraine lasse sich nicht einschüchtern. Zudem dürften in den kommenden Monaten auch auf ukrainischer Seite frische Kräfte eintreffen. So läuft etwa die Ausbildung ukrainischer Soldaten in Großbritannien und anderen westlichen Staaten.

Wie verhält sich der Westen?

Hochrangige Politiker aus dem Westen werten Putins Schritt als "Zeichen der Schwäche" und als "Akt der Verzweiflung" wegen der jüngsten militärischen Misserfolge Russlands. Bundeskanzler Olaf Scholz sagte, Putin habe die Situation von Anfang an "komplett unterschätzt". Offen ist aber, wie westliche Staaten abseits von Worten mit der neuen Eskalation umgehen - insbesondere mit Putins Drohung, notfalls auch Atomwaffen einzusetzen. Bislang wurden weitreichende Sanktionen gegen Russland verhängt - und die USA präsentierten wegen der Annexion am Freitag sofort weitere Strafmaßnahmen. Auch die Versorgung der Ukraine mit Waffen und Munition läuft weiter. Ein direktes militärisches Eingreifen des Westens gilt aber weiter als ausgeschlossen.

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat die Annexion ukrainischer Regionen durch Russland verurteilt und Moskau vor dem Einsatz von Atomwaffen gewarnt. "Dieser Landraub ist illegal und unrechtmäßig", erklärte Stoltenberg am Freitag auf einer Pressekonferenz in Brüssel. Die Nato-Verbündeten "erkennen die Gebiete nicht als Teil Russlands an und werden dies auch niemals tun."

Die Ukraine habe das Recht, die "gewaltsam besetzten Gebiete zurückzuerobern, und wir werden sie bei der weiteren Befreiung der Gebiete unterstützen", sagte der Nato-Generalsekretär. Er drohte Moskau zudem mit "schwerwiegenden Konsequenzen", sollte Russland im Krieg gegen die Ukraine Atomwaffen einsetzen. (mss/dpa/afp)

Britische Geheimdienste: Russischen Truppen mangelt es an Verbandsmaterial

Aktualisiert am 30.09.2022, 12:20 Uhr
Den russischen Invasionstruppen in der Ukraine fehlt es nach Einschätzung britischer Militärexperten an Verbandsmaterial und anderen medizinischen Produkten auf dem Schlachtfeld. Demnach wurden neu mobilisierte Reservisten angewiesen, ihren eigenen Verbandkasten mitzubringen. (Vorschaubild: dpa/TASS)

Teaserbild: © IMAGO/SNA/IMAGO/Grigory Sysoev

https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/annexionen-russland-vorhat-37344012

12) Putin erklärt vier ukrainische Gebiete zu russischem Staatsgebiet

https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/putin-erklaert-ukrainische-gebiete-russischem-staatsgebiet-37342624

Aktualisiert am 30.09.2022, 15:54 Uhr

- **Wladimir Putin hat nach den Scheinreferenden vier besetzte ukrainische Gebiete zu russischem Staatsgebiet erklärt.**
- **Außerdem fordert der russische Präsident von Kiew eine Waffenruhe und Verhandlungen.**
- **Die Annexionen werden international nicht anerkannt.**

Mehr News zum Krieg in der Ukraine finden Sie hier:

https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/

Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Annexion der vier mehrheitlich von eigenen Truppen besetzten Gebiete in der Ukraine besiegelt. Bei einem von Fernsehen übertragenen Festakt am Freitag im Kreml unterzeichnete er die entsprechenden Dokumente. International wird die Annexion nicht anerkannt.

Auch die Besatzungschefs der vier Gebiete, Denis Puschilin (Donezk), Leonid Passetschnik (Luhansk), Wladimir Saldo (Cherson) und Jewgeni Balizki (Saporischschja), unterzeichneten die Abkommen.

Putin bezeichnet Zerfall der Sowjetunion als Tragödie

In seiner Rede erklärte Putin die Annexion damit, dass dies "der Wille von Millionen Menschen" sei. "Es gibt nichts Wichtigeres als der Wille von Millionen, in ihre historische Heimat zurückzukehren", sagte er. Den Zerfall der Sowjetunion vor gut 30 Jahren bezeichnete er in diesem Zusammenhang als Tragödie.

Einmal mehr beschuldigte er die ukrainische Führung, aus Neonazis zu bestehen. Den russischen Angriffskrieg in der Ukraine rechtfertigte er in seiner Rede als Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit und als Befreiung Russlands von westlicher Unterdrückung. Er forderte von Kiew und dem Westen, sofort die Kampfhandlungen einzustellen und Verhandlungen aufzunehmen. Die Menschen in Cherson, Donezk, Luhansk und Saporischschja seien ab sofort russische Staatsbürger - "und das für immer".

Karte zur militärischen Lage in der Ukraine. (Achtung: Diese Infografik wird regelmäßig aktualisiert) - © AFP

Erst in der Nacht hatte der Kremlchef in einem weiteren völkerrechtswidrigen Akt die besetzten ukrainischen Gebiete Cherson und Saporischschja als unabhängige Staaten anerkannt. Aus Moskaus Sicht gilt dies als Voraussetzung dafür, dass die Regionen ihre Aufnahme in die Russische Föderation beantragen konnten. Donezk und Luhansk hatte Putin schon vor Kriegsbeginn zu unabhängigen "Volksrepubliken" erklärt.

Bis Anfang der Woche waren in allen vier Regionen unter Kontrolle der russischen Militärverwaltung Scheinabstimmungen über einen Beitritt zu Russland abgehalten worden. Danach sprachen die russischen Besatzer von einer angeblich überwältigenden Zustimmungen der Bevölkerung.

Scheinreferenden werden weltweit nicht anerkannt

Die Scheinreferenden über einen Beitritt besetzter Regionen in der Süd- und Ostukraine zu Russland werden weltweit nicht anerkannt. Grund dafür ist, dass sie unter Verletzung ukrainischer und internationaler Gesetze sowie ohne demokratische Mindeststandards abgehalten wurden.

Die Scheinabstimmungen waren auch nicht von unabhängigen Beobachtern überprüfbar. Es gab zudem zahlreiche Berichte, dass sich Bewohner der Regionen unter Druck gesetzt fühlten.

Live-Ticker Krieg in der Ukraine

Reservisten sollen es selbst mitbringen: Russland mangelt es an Material

vor 1 Minuten von Ludwig Horn

Die vier Gebiete werden bislang von Russland nicht vollständig kontrolliert. Zudem hat die ukrainische Armee eine Gegenoffensive gestartet, im Zuge derer sie derzeit Geländegewinne im Gebiet Donezk erzielt. Die russische Führung hatte zuletzt mehrfach erklärt, auf solche Angriffe, die nun als Attacken gegen das eigene Staatsgebiet gewertet werden, "mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln" zu reagieren. Diese Drohung wiederholte Putin auch während seiner Rede.

Dies hatte Spekulationen um einen möglichen Atomschlag Russlands ausgelöst. Kremlsprecher Dmitri Peskow hat am Freitag allerdings solche Erwartungen gedämpft. Verweise auf die russische Militärdoktrin, wonach ein Angriff gegen russische Staatsgrenzen mit einem Atomschlag beantwortet werden könnten, nannte er ungenau. In der Militärdoktrin heißt es, Russland könne auf Angriffe mit einem Atomschlag reagieren, wenn die Existenz des Staats selbst gefährdet sei. (dpa/mbo)

Scheinreferenden in der Ukraine: Separatisten bitten Putin um Annexion

Aktualisiert am 28.09.2022, 17:32 Uhr
Nach den Scheinreferenden in vier russisch besetzten Regionen der Ukraine haben die Anführer der pro-russischen Separatisten Kreml-Chef Wladimir Putin um die Annexion dieser Gebiete gebeten. Bei den "Referenden" sollen sich überwältigende Mehrheiten für einen Anschluss an Russland ausgesprochen haben. Westliche Politiker sehen die Abstimmungen als illegal an.

13) Ukraine-Krieg: Wie geht es nach der Teilmobilisierung weiter?

https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/putin-erklaert-ukrainische-gebiete-russischem-staatsgebiet-37342624

28. 09. 2022

epa09784383 Russian soldiers on the armoured personnel carrier BTR-80 move towards mainland Ukraine on the road near Armiansk, Crimea, 25 February 2022. Russian troops entered Ukraine on 24 February prompting the country's president to declare martial law and triggering a series of announcements by Western countries to impose severe economic sanctions on Russia. EPA/STRINGER

Glaubt man den Westlichen Medien, so ist die Teilmobilisierung in Russland ein Zeichen der Schwäche. Damit soll der Öffentlichkeit im Westen vorgegaukelt werden, dass Putin knapp vor dem Scheitern steht und die selbstmörderischen Sanktionen nur noch kurze Zeit durchzuhalten seien.

Tatsächlich ist es natürlich das genaue Gegenteil. Russland kämpfte bisher mit rund 200.000 Soldaten (vielleicht sind es auch schon 250.000) gegen eine Übermacht von 700.000 ukrainische Soldaten, hinter denen in der Zwischenzeit das gesamte Waffenpotential der NATO steckt. Diese Kräfteverhältnisse sind also zuerst einmal ein Armutszeichen für die NATO. Während Russland nur einen kleinen Teil seiner Reservisten mobilisieren wird, hat Selenskij längst die Generalmobilisierung angeordnet. Spielraum nach oben gibt es da nicht mehr!

Wie allgemein bekannt, musste Russland in Kharkiv ein größeres Gebiet aufgeben. Die Gründe hierfür sind nicht ganz klar, jedoch ein Zeichen, dass die russische Front mit einer Länge von 1200 Kilometern überdehnt ist. Es macht auch keinen Sinn sich diesen Vorgang irgendwie schönzureden. Zu diesen Erfolg Selenskis ist jedoch zu sagen, dass er wirklich nicht mehr als ein Glücksfall war, da er darauf keine weiteren Erfolge aufbauen konnte. Trotzdem wurde klar, dass Russland seine Ziele in der Ukraine nur mehr mit massiver

Truppenverstärkung erreichen wird können. Man kann davon ausgehen, dass es Putin um die Befreiung aller, überwiegend von Russen bewohnten Gebieten geht, also den gesamten Südender Ukraine.

Die Teilmobilisierung ist somit ein Zeichen der Stärke und Vitalität. Der Westen hat hingegen in der Ukraine bereits alles aufgeboten, was er hat. Deshalb klammert man sich an die Hoffnung, dass Russland an den Widerständen gegen die Mobilisierung zerbrechen wird, was sich allerdings nicht bewahrheiten wird:

Beispielsweise musste die US-Nachrichtenagentur AP inzwischen erklären, dass ein Video, in dem angeblich Wartende am Grenzübergang nach Finnland zu sehen waren, die versuchten, der Mobilmachung zu entgehen, tatsächlich diesen Grenzübergang am 29. August zeigte und der Grenzverkehr nach Beginn der Mobilmachung nach Aussage der finnischen Grenzbehörden völlig normal sei.

Dass über die höchst überschaubare Zahl an Demonstranten gegen die Mobilmachung hinaus tatsächlich „tausende Männer“ das Land verlassen, ist bisher nur eine unbewiesene Behauptung. Umgekehrt ist es so, dass ukrainische Männer im wehrfähigen Alter scharenweise in den Westen geflüchtet sind, um der Wehrpflicht zu entgehen.

Wir sehen täglich solche Männer, wie sie in unseren Städten mit ihren SUVs herumfahren. Im Gegensatz dazu, wird bereits von Tausenden russischen Freiwilligen berichtet, die sich zur Front melden. Man darf nicht vergessen, dass in Russland die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wach gehalten wurde und jetzt im Grunde eine ähnliche Situation wieder entstanden ist, wo die NATO dabei ist, tief in die traditionell russische Sphäre einzudringen. Damit hat der Westen im Bewusstsein viele Russen eine rote Linie überschritten. Die Mehrheit der Russen wird verstehen, dass dies nicht zu dulden ist.

Auch ist der Wohlstandszuwachs in Russland seit Putins Regierungsantritt unübersehbar. Die Russen können sich noch gut an die Yelzin-Ära erinnern, als sie im Winter frieren mussten, weil westliche Konzerne das Gas stahlen. Sollte Putin fallen und Russland „liberalisiert“ werden, würde gleiches wieder passieren.Hingegen ist die wirtschaftliche Situation in der „liberalisierten“ Ukraine äußerst trist. In den letzten 25 Jahren sank die ukrainische Bevölkerungszahl um 20%.

Dieser Rückgang ist einerseits auf einen starken Überhang der Sterbefälle im Vergleich zu den Geburten, andererseits auf eine kontinuierliche Abwanderung der Ukrainer zurückzuführen. Die Ukraine ist somit ein sterbendes Land. Das BIP Russlands ist mehr als doppelt so hoch, wie das der Ukraine! Die Russen wissen somit, wofür sie kämpfen, die Ukrainer hingegen wissen, wofür es sich nicht lohnt zu kämpfen!

Die Abstimmungen der lokalen Regierungen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie der Regionen Cherson und Saporoschje werden Russland weiter stärken, da die Menschen dort besonders gut wissen, wofür sie jetzt kämpfen müssen. Jahrelang litten diese Menschen unter dem ukrainischen Terror. Man erinnere sich an die ukrainischen Ausschreitungen 2014 gegen Russen in Odessa, bei denen 48 Menschen verbrannten. Die Mörder gingen damals natürlich straffrei aus. (www.anti-spiegel.ru/2022/was-westliche-medien-ueber-lawrows-rede-im-uno-sicherheitsrat-verschweigen/).

Selenskij hat sogar die russische Sprache unterdrückt, obwohl von etwa 40% der Ukrainer Russisch die Muttersprache ist. Diese Menschen werden sich jetzt besonders leicht mobilisieren lassen, nachdem sie eine neue Lebensperspektive in Russland haben. Die

Mobilisierung wird sich voraussichtlich spätestens im Frühjahr auswirken, möglicherweise auch früher. Bis dahin wird die EU in eine noch nie dagewesene Wirtschaftskrise hineingeschlittert sein. Das Reich der Lügen und des Betruges wird an sich selbst zugrunde gehen. Die Unterstützung der europäischen Bevölkerung für die Sanktionen wird nach einem Krisenwinter auf einen Tiefpunkt gesunken sein. Nicht umsonst bereitet sich die deutsche Regierung schon jetzt auf innere Unruhen vor.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Memorial-Gründerin Scherbakowa "Putin verfolgt eine gefährliche, listige, situative Taktik"

27.09.2022, 10:06 Uhr (aktualisiert)

Eigentlich ist es eine selbstmörderische Entscheidung, sagt Irina Scherbakowa über die Mobilmachung in Russland.- *(Foto: picture alliance/dpa/POOL)*

Sie glaube nicht, dass Putin ans Verlieren denkt, sagt die russische Germanistin und Historikerin Irina Scherbakowa, eine der Gründerinnen der mittlerweile verbotenen Menschenrechtsgruppe Memorial. "Putin hat sich zu sehr von der realen Welt entfremdet, als dass er an irgendwelche Folgen für sich denken würde. Er glaubt, er sei völlig unerreichbar. Keine historischen Beispiele werden ihn davon überzeugen, dass dies ein Irrtum sein könnte."

ntv.de: Seit Beginn der russischen Invasion in die Ukraine wird immer wieder darüber spekuliert, ob Putin abgesetzt wird. Halten Sie das für ein realistisches Szenario?

Irina Scherbakowa: Nein, momentan noch nicht. Putin hat lange daran gearbeitet, seine Macht zu schützen. Ich glaube nicht, dass alle in seinem Umfeld mit dem Krieg einverstanden sind oder zufrieden mit seinem Verlauf. Aber sicher gibt es keine

Bestrebungen, ihn abzusetzen. Trotzdem ist klar, dass die Macht nicht mehr so überzeugend wirkt wie noch vor ein paar Jahren. Je deutlicher wird, dass Russland diesen Krieg nicht gewinnen kann, desto mehr wird Putins Macht bröckeln. Aber wann das passiert und auf welche Weise? Ich glaube, das ist noch ein sehr weiter Weg.

Irina Scherbakowa war eine der Mitinitiatorinnen der 1987 gegründeten Menschenrechtsorganisation Memorial.- *(Foto: picture alliance / Frank May)*

Eine Gruppe von Kommunalpolitikern aus St. Petersburg und Moskau hat Putins Absetzung gefordert. Repräsentieren die mehr als eine kleine Minderheit?

Das sind sehr mutige Menschen, die Bewunderung verdient haben. Und so klein ist diese Minderheit nicht. Wie viele es sind, das ist schwer zu ermitteln. In den russischen sozialen Netzwerken gibt es immer wieder Diskussionen darüber, inwieweit man den Umfragen glauben kann, auch denen des unabhängigen Lewada-Zentrums. Putins Sprecher Peskow hat zu Beginn des Krieges gesagt, dass wahrscheinlich gut 20 Prozent der Russen nicht einverstanden sind mit dem Angriff auf die Ukraine. In Anbetracht dieses Riesenlandes wären das nicht wenig, es wären einige Millionen Menschen. Trotzdem ist es schwer für sie, sich zu artikulieren. Der Gewaltapparat, den Putin aufgebaut hat, um abweichende Meinungen zu unterdrücken, ist sehr mächtig.

Ich glaube dennoch, dass die Stimmung immer düsterer wird, wenn Putin keine Erfolge aufzuweisen hat, wenn Russland sich immer stärker isoliert, wenn die Wirtschaftskrise durchschlägt. Russland steht vor einer schwerwiegenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Krise. Jetzt in der Situation der ukrainischen Offensive, als Putin sich doch für die Mobilisierung entschieden hat, hat das schon deutliche negative Wirkung. Eigentlich ist es eine selbstmörderische Entscheidung.

Wenn man die Propagandisten aus dem russischen Fernsehen hört, dann könnte es auch andersherum sein: dass Misserfolg im Krieg dazu führt, dass das Putin-Regime sich noch stärker radikalisiert.

Was wir seit einigen Wochen in den russischen Medien erleben, ist eine Hysterie. Das klingt ganz anders als in den ersten Monaten des Kriegs. Generell ist die propagandistische Linie:

Wir stehen praktisch allein da, gegen uns kämpft ganz Europa, der "kollektive Westen", eigentlich ist es ein Kampf gegen die NATO. So werden die Misserfolge erklärt. Die Propagandisten ziehen daraus die Schlussfolgerung, dass in diesem Krieg alle Mittel angewendet werden müssen - alle! Nichts dürfe man schonen. Diese Propagandisten rufen letztlich zum totalen Krieg auf. Zugleich gibt es Kritik von Bloggern und den sogenannten Frontkorrespondenten am Kriegsverlauf und an der Armeeführung - aber nicht an Putin. Da ist von Dolchstoß die Rede und von Verrat und dass Russland sich nun Waffen aus Nordkorea besorgen müsse. Für mich klingt das nach Panik.

Politik 21.09.22
Experte Gressel zur Mobilmachung "Putin pokert sehr hoch"

Stimmt es, dass Putin fürchten muss, nach einem Machtverlust in irgendeiner Form zur Verantwortung gezogen zu werden?

Ich glaube nicht, dass er in irgendeiner Weise ans Verlieren denkt, sondern nur daran, welche taktischen Optionen er noch hat. Putin verfolgt eine sehr gefährliche, oft listige, meist situative Taktik. Es ist klar, dass man im Kreml mit dem Kriegsverlauf unzufrieden ist, vielleicht zornig. Aber Putin hat sich zu sehr von der realen Welt entfremdet, als dass er an irgendwelche Folgen für sich denken würde. Er glaubt, er sei völlig unerreichbar. Keine historischen Beispiele werden ihn davon überzeugen, dass dies ein Irrtum sein könnte.

Gibt es überhaupt andere Machtzentren in Russland?

Nein. In den vergangenen zwanzig Jahren wurde alles getan, um eine Machtvertikale aufzubauen. Regionale Kräfte wurden entmachtet oder hörig gemacht. Es wurde eine bürokratische Maschine aufgebaut, die korrupt ist und abhängig von der Macht. Die unabhängigen Medien sind alle verboten, jede Form der Berichterstattung über Korruption und Machtmissbrauch ist illegal. In diesem Sinne sind auch die Reichen immer stärker von der Macht abhängig. Und man darf nicht vergessen, dass Privatkapital schon seit Jahren zunehmend verstaatlicht wurde. Die riesigen Konzerne wie Gazprom oder Rosneft gehören dem Staat - in Wahrheit herrscht in Russland Staatskapitalismus. Alles ist mit dem Staat verwachsen. Um das zu zerstören, bräuchte es eine sehr, sehr tiefe Krise.

Politik 14.06.22
Imperialismus im 21. Jahrhundert "Man sollte ernst nehmen, was Putin über Peter den Großen sagt"

Es gibt ja seit einigen Monaten diese seltsamen Todesfälle von hochrangigen Managern. Ob diese Menschen zu viel gewusst haben oder ob sie daran gehindert werden sollten, sich in den Westen abzusetzen, das weiß ich nicht. Aber so wird verhindert, dass neue Machtzentren entstehen.

Gibt es eine gemeinsame Ideologie der politischen Elite in Russland?

Anders als in der Sowjetunion gibt es in Putins Russland keinen festen ideologischen Rahmen, kein geschlossenes System, das die Gläubigen an Staat oder Partei bindet. Natürlich geben sich die Personen in Putins Umfeld als überzeugte Patrioten, einige, wie Medwedew, werden dabei richtig hysterisch. Aber das sind alles nur Machtmenschen: Menschen, die sich enorm bereichert haben und von Putins Staat abhängig sind. Sie sind eng miteinander verbunden. Wenn ein Mitglied versuchte, sich zu verselbstständigen, dann ging das in der Regel schlimm für ihn aus.

Es gibt keine verbindenden Überzeugungen?

Im Westen wird immer versucht, die philosophische Untermauerung des Putinismus zu enträtseln. Dann werden Figuren wie Dugin zitiert mit seinen faschistoiden, aggressiven und völlig irrsinnigen Ideen. Aber für Putins reale Macht spielen solchen Ideen überhaupt keine Rolle. Was es gibt, ist eine traditionalistische, geradezu archaische Vorstellung von Russlands einstiger Größe, die wiedererlangt werden müsse. Das ideologische Konstrukt dahinter ist eine Giftmischung. In Shakespeares "Macbeth" gibt es eine Szene, in der die Hexen einen Trank zusammenrühren. Sie werfen alles Mögliche in ihren Kessel, Gift und Dreck. So muss man sich die Zusammensetzung des Weltbilds der russischen Führung vorstellen: eine giftige Mischung aus Ideen des 19. Jahrhunderts, aus der russischen Orthodoxie, verbunden mit faschistoiden Elementen aus den 1920er- und 1930er-Jahren. Die Parolen der Propagandisten klingen deshalb auch fast wie wörtliche Zitate aus dem Faschismus: "Putin ist Russland, ohne Putin kein Russland" oder "ein Staat, ein Sieg, ein Präsident". Solche Parallelen sind keine Absicht, die kommen sozusagen von selbst aus ihren Mündern.

Politik 22.09.22
Eine Million statt 300.000? Russlands "Teilmobilmachung" könnte viel größer sein

Das eigentliche Ziel dieser Giftmischung ist Unterordnung unter den Staat. Diesen Leuten geht es nicht um das Land, um die Menschen oder um das Volk, auch wenn ihre Parolen das mitunter suggerieren. Es geht immer nur um den Staat, und um Putin als Verkörperung dieses Staates.

Sie sind eine der Gründerinnen von Memorial, und schon der Name sagt, worum es geht: Sie wollten an die Vergangenheit erinnern, eine Auseinandersetzung mit dem Stalinismus anstoßen. Was ändert es, wenn Menschen die Geschichte ihres Landes nicht kennen?

Als in den 1980er-Jahren Perestroika anfing, die Umwandlung, ging es darum, ein System zu verändern, das noch von Stalin geschaffen worden war. Der Preis für den Aufbau dieses Systems war enorm, Stalin war verantwortlich für Millionen Tote. Das war zwar allen klar, und ältere Bürger erinnerten sich sogar noch an den Großen Terror. Aber wir wollten, dass offen darüber gesprochen wird, dass endlich die Wahrheit gesagt wird, auch wenn sie schrecklich sein würde. Zugleich war der Alltag im Russland der 1990er-Jahre für viele Menschen sehr hart. Damals entstanden die neuen Eliten - egoistisch, habgierig und unsozial. Das alles führte dazu, dass viele Russen den Glauben an den demokratischen Weg verloren und sich auch nicht mehr erinnern wollten.

Politik 29.05.22
Iwan der Schreckliche und Stalin "Putin propagiert Staatsterror als nationale Tradition"

Wir forderten damals eine juristische und politische Aufarbeitung der Massenverbrechen, um die Demokratisierung zu ermöglichen. Aber man wollte auf uns nicht hören. Sogar aus der liberalen Ecke hieß es, das sei doch nur Vergangenheit, man müsse in die Zukunft

schauen, die Marktwirtschaft werde das schon richten. Weil es keine Aufarbeitung gab, gab es auch keinen Bruch mit der Vergangenheit. Es ist eine Tragödie. Russland befindet sich in den Fesseln seiner Vergangenheit.

Wie ist die Sicht auf Stalin im heutigen Russland? Was für ein Stalin-Bild propagiert Putin?

Als Putin an die Macht kam, hat er anfangs nur wiederholt, was auch in den 1990er-Jahren immer gesagt wurde: Ja, es gab Verbrechen und Terror, das ist unverzeihlich, wir müssen der Opfer gedenken. Aber es war klar, dass es nur um die Opfer geht und nicht um die Täter. Die Täter wurden nicht entlarvt, sie wurden nicht angeklagt oder verurteilt. Und je deutlicher wurde, dass die wichtigste Aufgabe der Aufbau eines autoritären Staates war, desto mehr wurde Stalin ins positive Licht gestellt, denn Stalin war das wichtigste Symbol für einen starken Staat und der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg wurde seiner Führung zugeschrieben - der große Mythos, den er selbst geschaffen hat.

Ist Putins Geschichtsbild eine ähnliche Mischung wie sein sonstiges Weltbild?

Putin behandelt die Geschichte ähnlich wie seine ideologische Giftmischung: Er nimmt sich, was ihm gefällt. Alles, was mit Bolschewismus zu tun hat, mit Internationalismus, der Weltrevolution oder überhaupt mit der Revolution, das wird rausgeworfen. Für ihn ist die russische Geschichte eine direkte Linie starker Männer von Iwan dem Schrecklichen bis hin zu Stalin. Das ist so flexibel, dass es schon postmodern ist. Nehmen sie Peter den Großen. Ende der 1990er-Jahre war er ein Vorbild - damals sollte das große Russland wiederhergestellt werden, das 1917 unterging. Dann galt er als Westler, der einen falschen Weg für Russland wählte. Jetzt ist Peter der Große wieder da als der Zar, der Territorien zurückgeholt hat, die angeblich immer schon russisch waren. Was Putin über die russische Geschichte oder über die Ukraine sagt, ist eine krude Mischung von Mythen und Vorstellungen auf so niedrigem Niveau. Es wäre zum Lachen, wenn es den Leuten nicht durch die Propaganda eingehämmert würde.

Politik 22.09.22
Moskau lässt Asow-Soldaten frei Ein Putin-Freund für über 100 "Neonazis"

Ist den Russen nicht klar, dass Stalin für den Tod von Millionen Menschen verantwortlich ist?

Man weiß das - einerseits. Andererseits wird seit Jahren gestreut, dass das alles so angeblich nicht stimme, dass das alles Mythen seien, dass wir die ganze Wahrheit nicht kennen - das Übliche. Es ist ein Kampf Mythen gegen Fakten. Und gegen Mythen ist schwer zu kämpfen.

Memorial International wurde ab 2016 als "ausländischer Agent" eingestuft.

Unser Menschenrechtszentrum wurde schon 2014 zum "ausländischen Agenten" erklärt. Das war Teil einer langen Entwicklung, um uns mundtot zu machen. Dazu gehörten auch immer wieder hohe Strafen, die uns ersticken sollten. Wir haben mit Solidaritätskampagnen reagiert: Menschen haben Geld gesammelt, damit wir die Strafen bezahlen konnten. Im Dezember 2021 hat das Oberste Gericht der Russischen Föderation Memorial International endgültig liquidiert. Wir wurden zerschlagen, weil unsere Sicht auf die Vergangenheit eine ganz andere ist als die, die von diesem Staat verkündet wird.

Welche Art von Repression haben Sie im vergangenen Jahr persönlich erlebt?

Wenn man bedenkt, wie viele Menschen in diesem Zeitraum verhaftet und zu drakonischen Strafen verurteilt wurden, ist das nicht erwähnenswert. Gegen mich gab es seit 2016 diffamierende Fernsehsendungen - wir seien ausländische Agenten, Teilnehmer des Geschichtswettbewerbs, den ich in Memorial geleitet habe, wurden eingeschüchtert, wir wurden auf der Straße mit irgendwelchen Chemikalien besprüht, bezahlte Hooligans stürmten Räume von Memorial, es gab ständig Anklagen gegen uns, bei Demos wurden wir auseinandergejagt, mein Mann wurde festgenommen und musste zwei Mal eine Nacht auf dem Polizeirevier verbringen. In einem normalen Leben wäre das ein Horror. Aber das war die übliche Lebensweise der letzten Jahre.

Politik 22.09.22
Oberst Reisner bei ntv.de "Russland zielt auf unsere Ängste"

Putin trat 2001 im Bundestag auf und sprach darüber, "dass niemand Russland jemals wieder in die Vergangenheit zurückführen kann". Hat die deutsche Politik sich etwas vorgemacht, wenn es um Russland ging?

Ja, sie hat versucht, sich selbst zu täuschen. Unsere Rolle als Kritiker innerhalb Russlands war sehr undankbar. Wir hatten immer wieder Besuche von deutschen Politikern, mit denen wir von Anfang an absolut offen gesprochen haben - seit 2001. Wir haben versucht darzustellen, dass ein Abbau aller demokratischen Errungenschaften stattfindet, den man ernstnehmen muss. Aber die politischen und wirtschaftlichen Interessen waren offenbar wichtiger als Menschenrechte und die Zivilgesellschaft. Dieses Wegschauen, diese Allianzen haben es Putin erleichtert, seine Macht in Russland auszubauen. Darüber hinaus wurde Putin in seinem Glauben bestärkt, dass es für den Westen immer nur um wirtschaftliche Interessen und Gewinn geht - und dass er am Ende mit allem durchkommt.

Bundespräsident Steinmeier besuchte 2017 auch Memorial, als er in Moskau war.. *(Foto: picture alliance / Bernd von Jutrczenka/dpa)*

Wie verfolgen Sie als Russin in Deutschland die Debatte über Waffenlieferungen an die Ukraine?

Ich gehöre einer eigentlich pazifistischen Generation an. Wir sind Kinder von Vätern, die selbst im Krieg waren, wir haben gesehen, welche Spuren Krieg hinterlässt. Mein Vater war Kriegsinvalide, ich sah seine fast abgeschossenen Hände jeden Tag. Und das waren nur die körperlichen Schäden. Bei vielen seiner Freunde war erkennbar, dass sie mit 18 oder 19 Jahren Schreckliches erlebt hatten. Wir wussten natürlich, dass dies ein existenzieller Krieg gewesen war. Deutschland musste besiegt werden. Trotzdem war unsere Lehre daraus: Nie wieder Krieg. Wenn wir jetzt sehen, dass die einzige Möglichkeit im Sieg der Ukraine liegt - auch für Russland -, dann ist das eine tragische Erfahrung.

Aber?

Putin hat die europäische Friedensordnung zertrampelt. Die Beschwörung des Friedens drückt die Angst davor aus, zu begreifen, was in der Ukraine passiert. Ich lebe jetzt in Weimar. Wenn man hier auf die Straße tritt, ist es schwer, sich vorzustellen, was in diesem Moment in der Ukraine geschieht. Wenn alles so weit weg zu sein scheint, dann ist es leicht zu sagen, dass schnell Frieden geschlossen werden muss. Aber eine solche Forderung basiert auf einer unglaublichen Täuschung.

Ich kenne einige der Menschen, die diese zwei offenen Briefe unterschrieben haben, in denen die Ukraine zu einem Waffenstillstand gedrängt wird, und ich weiß, dass sie glauben, gute Gründe zu haben. Aber das ist ein Verstecken vor der Wahrheit; ein Versuch, die heile Welt wiederherzustellen. Wie kleine Kinder, die sich die Hände vor die Augen halten und sagen: Du siehst mich nicht. Ich hoffe zumindest, dass es das ist, und nicht das Ergebnis einer Manipulation durch Putins Propaganda.

Putin ist angeblich krank. Was würde geschehen, wenn er plötzlich stirbt?

Das ist schwierig vorherzusagen. Für die Mehrheit der Menschen in Russland ist er noch immer das Symbol dieses Staates und dieser Macht. Wir haben bereits darüber gesprochen, dass es kein anderes Machtzentrum gibt. Vielleicht gäbe es trotzdem auf einmal einen Nachfolger, der wie der Teufel aus der Kiste springt. Aber gerade vor dem Hintergrund einer militärischen Niederlage in der Ukraine wird jeder Nachfolger sich ein Stück weit von Putin distanzieren müssen. In meinen Augen könnte dann ein Prozess der Liberalisierung anfangen.

Kommentare 21.09.22
Imperialismus und Opfergehabe Putin hat Russland zu einem Terrorstaat gemacht

Andererseits darf man nicht vergessen: Die russische Gesellschaft ist durch Lüge und Propaganda zersetzt worden. Sie wird Stärke und Geduld brauchen, um mit sich selbst ins Gericht zu gehen. Das wäre ein sehr schwieriger Prozess, deshalb kann es sein, dass populistische Parolen die Oberhand gewinnen, die die alten Opfermythen neu beleben und die Schuld auf andere schieben. Geopolitisch gefährlich ist auch die Entmündigung der Regionen. In einer Krise ohne Machtzentrum könnte es zum Zerfall des Landes kommen.

Nawalny sagt sinngemäß: Ich bin nicht euer Anführer, handelt selbst! Ist das realistisch?

Der Aufruf zum eigenen Handeln ist eigentlich ein Aufruf, sich zu organisieren. Ich weiß nicht, ob ich es noch erleben werde, aber ich hoffe es sehr. Es gibt Freiwillige, die politischen Häftlingen helfen, es gibt eine Solidarität unter Juristen und Rechtsanwälten, es gibt trotz allem Netzwerke, wenn auch das alles in Russland sehr gefährlich ist. Wir haben es jetzt wieder gesehen, wie vor allem junge Leute in Russland auf die Straße gegangen sind, um gegen die Mobilmachung und gegen den Krieg zu protestieren, trotz der Gefahr, zusammengeschlagen und festgenommen zu werden. Aber wann die Stimmung wirklich umkippt, ist schwer vorauszusagen.

Mit Irina Scherbakowa sprach Hubertus Volmer

(Dieser Artikel wurde am Samstag, 24. September 2022 erstmals veröffentlicht.)

Quelle: ntv.de

THEMEN

- Interviews
- Angriff auf die Ukraine
- Russland
- Wladimir Putin
- Nationalismus

https://www.n-tv.de/politik/Interview-mit-Irina-Scherbakowa-von-verbotener-Menschenrechtsgruppe-Memorial-article23609056.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

15) Pro-Referenden-Massenkundgebungen in Moskau und russischen Städten

23. 09. 2022

Tausende Menschen versammelten sich heute in Moskau und anderen russischen Städten, um die nun angelaufenen Pro-Russland-Referenden in den Volksrepubliken Donezk und Luhansk sowie in den von Russland kontrollierten Kreisen Cherson und Saporischschja zu unterstützen.
Hier in Moskau:

https://twitter.com/BedeZsolt2/status/1573336402640736256?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1573336402640736256%7Ctwgr%5E371c2daababe55f8ae06472d463867f2c410982c%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fpro-referenden-massenkundgebungen-in-moskau-und-russischen-staedten%2F

Die Referenden über den Beitritt zu Russland haben in vier (ehemals von der Ukraine kontrollierten) Regionen, heute für die Dauer von fünf Tagen, begonnen. Und zwar in den abtrünnigen Volksrepubliken Donezk und Luhansk sowie in den von Russland kontrollierten Kreisen Cherson und Saporischschja.

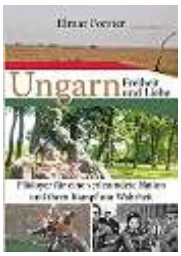
Hier in Sewastopol:

https://twitter.com/BedeZsolt2/status/1573343059986845696?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1573343059986845696%7Ctwgr%5E371c2daababe55f8ae06472d463867f2c410982c%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fpro-referenden-massenkundgebungen-in-moskau-und-russischen-staedten%2F

Hier in Rostov:

https://twitter.com/BedeZsolt2/status/1573343871291260929?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1573343871291260929%7Ctwgr%5E371c2daababe55f8ae06472d463867f2c410982c%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fpro-referenden-massenkundgebungen-in-moskau-und-russischen-staedten%2F

Anm.: Dass die Mainstream-Medien darüber nicht berichten, verwundert wenig – Mit UNSER MITTELEUROPA immer objektiver, besser und ohne billiger Kriegshetze informiert.



Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster,** seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampagne verteidigt. Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung)** beim Autor bestellbar unter <ungarn_buch@yahoo.com>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. j) Kaukasusgebiet Seite E 156

Keine Berichte

E. k) Südosteuropa Seiten E 157 - 159

B u l g a r i e n (Seiten E 157 – E 159)

01) Wahlen im Schatten Moskaus. Bei der vierten Wahl in eineinhalb Jahren in Bulgarien spielt das Verhältnis zu Russland eine entscheidende Rolle

Von Boris Popiivanov

Europa 27.09.2022 | Boris Popivanov

DPAAnhänger der pro-russischen Partei „Wasraschdane“ demonstrieren gegen den Besuch des US-Verteidigungsministers Lloyd Austin in Sofia im März.

Es werden die vierten Wahlen in eineinhalb Jahren sein: Am 2. Oktober 2022 sind die Bürgerinnen und Bürger in Bulgarien zur Stimmabgabe aufgerufen. Die vorgezogene Parlamentswahl spiegelt die gravierende politische Instabilität des Landes nach der zwölfjährigen Regierungszeit der konservativen GERB-Partei und ihres Vorsitzenden Bojko Borissow wider, die für viele Bulgaren zum Synonym für Korruption, Stagnation und autoritäre Politik geworden ist. Die Regierungszeit der GERB-Partei („Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens“) endete nach Massenprotesten in einer Wahlniederlage im April 2021. Damit war der Weg frei für eine neue Partei namens „Wir setzen den Wandel fort“, die erstmals bei den Wahlen im November desselben Jahres antrat. Die Wahlen im April und im Juli hatten keine Mehrheit hervorgebracht, so dass 2021 drei Mal gewählt wurde. Die Partei war von jungen Leuten mit westlicher Ausbildung gegründet worden und ließ die Hoffnung aufkommen, dass ein Ausweg aus der Sackgasse gefunden und das Land näher an europäische Standards herangeführt werden könnte.

Die von „Wir setzen den Wandel fort“ gebildete Regierung hielt sich jedoch nur sieben Monate lang in einer schwierigen Vier-Parteien-Koalition und scheiterte schließlich an den Meinungsverschiedenheiten der Koalitionspartner. Dadurch wurde der neuerliche Urnengang an diesem Wochenende erforderlich. Wie erwartet richtet sich das Hauptinteresse bei der Abstimmung auf die Konfrontation zwischen GERB und „Wir setzen den Wandel fort“. Für den neuen politischen Akteur geht es bei der Auseinandersetzung um eine Entscheidung zwischen „Status quo“ und „Wandel“, während die ehemaligen Langzeitregierenden sie eher als ein Dilemma zwischen „Stabilität“ und „Dilettantismus“ hinstellen.

Umfragen deuten auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen.

Umfragen deuten auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Parteien hin: GERB hat derzeit mit rund 25 Prozent die Nase vorn, „Wir setzen den Wandel fort“ liegt bei 20 Prozent. Die Szenarien für die Zeit nach den Wahlen sind ebenfalls noch unklar. „Wir setzen den Wandel fort“ strebt eine nahezu unveränderte Neuauflage der Koalition an, mit der sie bislang regiert hat, wenn auch mit einem Koalitionspartner weniger. Die GERB-Partei setzt offenbar eher auf eine Art technokratisches Expertenkabinett ohne vorher festgelegte Kandidatinnen und Kandidaten. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass es zu einer Pattsituation und einmal mehr zu vorgezogenen Neuwahlen kommen könnte.

Die Situation vor der Wahl ist durch zwei weitere Besonderheiten gekennzeichnet. Da ist zum einen die Rolle des Staatspräsidenten Rumen Radew. Laut Verfassung ist Bulgarien eine parlamentarische Republik. Das Staatsoberhaupt hat weitgehend repräsentative Funktionen, aber auch das Vorrecht, im Falle einer politischen Krise Übergangsregierungen einzusetzen. Seit den Wahlen im April 2021 wurde das Land länger von Kabinetten regiert, die von Radew eingesetzt waren, als von regulären, vom Parlament gewählten Kabinetten. Deshalb äußern mehr und mehr Politikerinnen und Experten die Meinung, dass die ständigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien den Boden für eine langfristige Präsidialherrschaft bereiten. Radew trat 2016 als Unabhängiger Kandidat für die Bulgarische Sozialistische Partei an, die Nachfolgerin der Kommunistischen Partei. Er ist nach wie vor der beliebteste Politiker im Land. Auch die Mitglieder seiner Kabinette halten Abstand zu den Führungsetagen der Parteien, orientieren sich durchaus am Präsidenten und suchen seinen Rückhalt. Ihre politische Zukunft hängt somit weitgehend vom künftigen politischen Einfluss des Präsidenten ab. Die bulgarische Öffentlichkeit schätzt Radews ausgewogene Positionen in der Außenpolitik. Dadurch wird das Staatsoberhaupt zum Konkurrenten der Parteien und – weil er die politische Richtung vorgeben kann – insgeheim zum Wahlkampfbeteiligten.

Der Krieg in der Ukraine ist zum zentralen Wahlkampfthema geworden.

Die zweite Besonderheit hat damit zu tun, dass der Krieg in der Ukraine zum zentralen Wahlkampfthema geworden ist. Das ist ungewöhnlich, denn in der Regel drehen sich die Wahlen in Bulgarien – sogar die Wahlen zum Europäischen Parlament – um innenpolitische Probleme, während internationale Themen kaum eine Rolle spielen. Die russische Invasion hat jedoch die tiefe Kluft zwischen Russlandfreunden und Russlandkritikern in der Gesellschaft noch verschärft. Aus kulturellen und historischen Gründen gehört Bulgarien zu den EU-Ländern, die Russland die größten Sympathien entgegenbringen. Russlandfreundliche Politikerinnen und Politiker aus dem linken und dem nationalistischen Spektrum pochen mit Blick auf den Konflikt auf Pragmatismus und „Neutralität“ und lehnen jede militärische Unterstützung für die Ukraine ab. Die traditionellen rechten Parteien und bis zu einem gewissen Grad auch die neue Partei „Wir setzen den Wandel fort“ plädieren hingegen für eine eindeutig pro-europäische und pro-euroatlantische Ausrichtung des Landes und lehnen jede Annäherung an das Putin-Regime ab.

Seit dem Krieg sind auch die Beziehungen zum russischen Gasriesen *Gazprom* zu einem Streitpunkt geworden. Präsident Radew und seiner geschäftsführenden Regierung wie auch der Sozialistischen Partei und sogar den ehemaligen Regierungspolitikerinnen der GERB wird vorgeworfen, sie wollten mit *Gazprom* über Lieferungen verhandeln und somit Bulgariens Energieabhängigkeit von Russland aufrechterhalten. Auf der anderen Seite wird dem rechten Spektrum sowie der pro-europäischen Partei „Wir setzen den Wandel fort“ vorgehalten, sie würden die massiven sozialen und wirtschaftlichen Folgen einer möglichen Unterversorgung mit Gas und Rohstoffen im kommenden Winter leichtfertig ignorieren.

Paradoxerweise hat sich im Wahlkampf nur die radikal-nationalistische Partei *Wasraschdane* („Wiedergeburt“) offen für eine Verbesserung der Beziehungen zu Moskau ausgesprochen. Die anderen Akteure – vom Staatspräsidenten bis zur GERB – stehen im Verdacht, hinter den Kulissen russische Interessen zu schützen.

Die weit verbreitete Meinung ist, dass es gegen Ende des Winters wieder Neuwahlen geben wird.

Diese beiden Faktoren – der wachsende politische Einfluss des Präsidenten und die geopolitischen Spannungen – lassen die Wahlprogramme und Parteikandidaten in den Hintergrund treten. Entsprechend schwer ist der Ausgang der Wahl am 2. Oktober vorherzusagen. Weder stellt sich der Präsident offiziell hinter eine Partei, noch unterstützt eine der führenden Parteien offiziell Russland. Trotzdem dreht sich die politische Debatte weitgehend um das Handeln des Präsidenten und um Bulgariens Verhältnis zu Russland. Bei den letzten vorgezogenen Wahlen im November 2021 war die Wahlbeteiligung geringer als je zuvor. Nur 40 Prozent der Wählerinnen und Wähler machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Manche Beobachterinnen rechnen für die anstehende Wahl mit einer noch geringeren Beteiligung.

Ein Großteil der Bevölkerung versteht nicht, warum die Parteien systematisch scheitern, wenn es darum geht, eine funktionierende Regierung zu bilden und die drohende soziale Krise zu bewältigen. Eine niedrige Wahlbeteiligung untergräbt die demokratische Legitimität des politischen Systems. Die weit verbreitete Meinung, dass auch diesmal keine Regierung zustande kommen und es gegen Ende des Winters Neuwahlen geben wird, verstärkt die politische Apathie zusätzlich. Dies könnte radikalen Parteien und den Befürworterinnen von Verfassungsänderungen neuen Auftrieb geben und damit die allgemeine politische Unsicherheit im Lande noch verstärken.

Aus dem Englischen von Christine Hardung

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/wahlen-im-schatten-moskaus-6216/?utm_campaign=de_40_20220927&utm_medium=email&utm_source=newsletter

E. I) Süd- und Westeuropa **Seiten E 160 – E 171**

I t a l i e n (Seiten E 160 - E 171)

01) * LIVE-TICKER * ITALIEN WAHL * Linke Medien: „Faschisten, Faschisten !“

27. 09. 2022

Ab sofort gibt es laufend Berichte zu den Wahlen in Italien. Mit UNSER MITTELEUROPA immer rascher, seriös, ehrlich und unzensiert informiert.

***** UPDATE 27.09.2022 / 11:38 *****

Linke Medien im Nervenzusammenbruch: „Faschisten, Faschisten !“

Weltweit können linke Systemmedien ihren verzweifelten Hass über eine freie, demokratische Wahlentscheidung eines souveränen Landes (nunmehr nach Schweden, Polen und Ungarn nun in Italien) – nicht mehr verhehlen. Deren blindwütiger „Faschismus ! Faschismus ! – Alarm“ ist durchaus amüsant:

BBC

CNN

Bloomberg

Washinton Post

VOX

New York Post

Financial Times

Time

The Atlantic

Politico

dav

***** UPDATE 09:33 *****

„New York Times“: „Orbán kann seine Arbeit mit Meloni in neuem Elan fortsetzen“

Brüssels Alptraum

„Es ist ein Albtraum für Brüssel, dass sich die neue italienische Führung mit Orban zusammentut“, zitierte die NYT den ehemaligen italienischen Regierungsbeamten Stefano Stefanini.

„Rechtsextreme Parteien sind Teil des politischen Lebens“

Die NYT bietet diesen linken Katastrophen-Verschwörungstheorien ein Forum: „ Im Zuge der Krise, die Europa plagt, haben rechtsextreme Parteien nicht nur Fortschritte gemacht, sondern sind zu einem normalen Teil des politischen Lebens geworden und werden nicht mehr geächtet.“ – wie Charles A. Kupchan („Council on Foreign Relations“) in der NYT vermeinte.

Und weiters: „Die Hände der von Meloni geführten Regierung werden durch EU-Mittel gebunden sein, da Milliarden von Euro für das Funktionieren der Wirtschaft des Landes unerlässlich sind.“ (NYT)

„Ernsthafte Herausforderung für EU-Mainstream“

Sollte Meloni sich mit den populistischen, euroskeptischen Parteien Europas verbünden, dann könnten Viktor Orbán und Mateusz Morawiecki ihre Arbeit mit neuem Elan fortsetzen. „Brüssels Albtraum ist, dass sich die neue italienische Führung mit Orban zusammentut.“ – wie Stefano Stefanini, ein ehemaliger italienischer Regierungsbeamter meinte: „Ungarn an sich verursacht der EU viele Probleme, aber in Verbindung mit Italien und Polen würde es eine ernsthafte Herausforderung für den politischen Mainstream der EU darstellen“, schreibt die NYT fort.

„Italienische Freunde mit gemeinsamer Vision“

Außerdem sieht die Zeitung ein Menetekel darin, dass Orban als erster der Meloni zu ihrem Wahlsieg gratulierte, und verwiese auf die Twitter-Nachricht von Orbans Kabinettsdiretor, Balázs Orbán: Wir brauchen in solch schwierigen Zeiten mehr denn je Freunde, mit denen wir eine gemeinsame Vision und Haltung zu europäischen Problemen teilen“.

Laut Stefaninis Einschätzung stünden Orban und seine Anhänger bereit, sollte Meloni in der EU ignoriert oder in die Enge getrieben werden, um sich diesen dann anschließen. Sollte Meloni allerdings von der EU als legitime Führerin akzeptiert werden, könnte die EU mit ihr zusammen arbieten zusammenzuarbeiten*“,* wie es in der NYT weiter heißt..

***** UPDATE 09:33 *****

Kreml: Wahlergebnisse sind innere Angelegenheiten Italiens

„Moskau ist bereit zu kooperieren“, sagte der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow. Das Ergebnis der italienischen Parlamentswahlen sei eine interne Angelegenheit Italiens – wie er am Montag gegenüber Reportern sagte.

Dann ließ er aufhorchen: „Wir sind bereit, jede politische Kraft willkommen zu heißen, die in der Lage ist, über den hasserfüllten Mainstream gegenüber Russland hinauszugehen und mehr Objektivität und Konstruktivität gegenüber unserem Land zu zeigen. (mti, vadhajtsaok)

***** UPDATE 26.09 2022 / 21:50 *****

Wuchtbrumme Ricarda Lang spricht von „italienischen Faschisten“ und fordert „Seenotrettung muß weiter erfolgen“

https://twitter.com/DrLuetke/status/1574404345763962880?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1574404345763962880%7Ctwgr%5E055fe3bfeabea2f682f823e4d1819a4fd76f808c%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Flive-ticker-italien-wahl%2F

***** UPDATE 09:40 *****

Linke hoffen jetzt, dass Staatspräsident Mattarella „durchgreift“

„Alles hängt an ihm – Giorgia Meloni hat die Wahl in Italien gewonnen. Ob sie auch die Regierung bildet, hängt an Präsident Sergio Mattarella. Und der hat schon einmal hart durchgegriffen“, ist soeben auf ZEIT ONLINE zu lesen. Und weiter:

„Aber wird Giorgia Meloni, Chef der Fratelli d’Italia (FdI), auch Ministerpräsidentin?“

Laut Verfassung obliegt es Staatspräsident Sergio Mattarella, jemanden mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Jemanden, das heißt: Es muss nicht die Wahlsiegerin sein. Sollte Mattarella beispielsweise zu dem Schluss kommen, dass Meloni eine Gefahr für Italien ist, dann kann er jemand anderen bestimmen.

Linker Wunschtraum wird sich nicht erfüllen

Doch das ist aus mehreren Gründen unwahrscheinlich. Erstens glaubt niemand in Italien, das Meloni die italienische Demokratie ernsthaft gefährden könnte, auch ihre politischen Konkurrenten sehen das nicht so. Und zweitens würde sich Mattarella mit einer Weigerung, Meloni mit der Regierungsbildung zu beauftragen, gegen einen großen Teil der Italiener stellen, die für die 45-Jährige gestimmt haben, weil sie sie im Amt der Ministerpräsidentin sehen wollen. Eine Verfassungskrise und Aufstände könnten die Folge sein. Andererseits: Hat das Linksfaschisten jemals gestört?

***** UPDATE 26.09.2022 *****

Linke Weltuntergangs-Stimmung: „Meloni – eine Katastrophe für Europa“

Naturgemäß macht sich im linken Lager der Euro-Globalisten Weltuntergangsstimmung breit: Laut Einschätzung des Ko-Vorsitzenden der europäischen Grünen, des österreichischen Ex-Biobauern Thomas Waitz, nämlich „wären das Fundament und die gemeinsamen Werte der EU gefährdet, wenn Italien als drittgrößte EU-Volkswirtschaft von einer Koalition aus Postfaschisten und Rechtsaußen-Parteien regiert werden sollte.“ – wie die Welt berichtete. Und Waitz weiter: „Meloni kann eine Katastrophe für Europa werden.“

Rechte Aufbruchs-Stimmung

Anders sehen das freilich europäische national-konservative Parteien.

So triumphierte etwa Jordan Bardella, EU-Abgeordneter des französischen „Rassemblement National“ und Präsidentschaftskandidat von Marine Le Pen: „Die Italiener haben der EU eine Lektion in Demut erteilt.“ Für ihn stellt das Wahlergebnis in Italien eine demokratische Hoffnung der nationalen Selbstbestimmung dar:

„Keine noch so große Bedrohung kann die Demokratie aufhalten: Die Völker Europas erheben ihre Köpfe und nehmen ihr Schicksal wieder in die Hand!“

Auch die spanische Vox, die Meloni im Wahlkampf unterstützt hatte, jubelte: „Giorgia Meloni hat den Weg für ein stolzes, freies Europa souveräner Nationen aufgezeigt“ – wie der Vox-Vorsitzende Santiago Abascal twitterte.

Aus Ungarn übermittelte Balazs Orban, politischer Berater von Ministerpräsident Viktor Orban, Glückwünsche:

„Wir gratulieren Giorgia Meloni, Matteo Salvini, Silvio Berlusconi zu den heutigen Wahlen! In diesen schwierigen Zeiten brauchen wir mehr denn je Freunde, die eine gemeinsame Vision und ein gemeinsames Konzept für die Herausforderungen Europas haben“, so Orban. Auch der der polnischen Premier Mateusz Morawiecki applaudierte.

Götterdämmerung für linke EU-Totalitaristen

Eine Zeitenwende sieht auch die ultra-linke und ost-rassistische Orban-Hasserin, Katarina Barley, (SPD) als EU-Parlaments-Vize-Präsidentin, wetterleuchten:

„Giorgia Meloni wird eine Ministerpräsidentin sein, deren politische Vorbilder Orban und Trump sind. Der Wahlsieg des Bündnisses von Rechts-Mitte-Parteien in Italien ist deshalb besorgniserregend.“

„Gefahr für das konstruktive Miteinander in Europa“

Politische Diversität ist nun auf einmal eine Bedrohung für sie: Könne doch Meloni nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie eine *„Gefahr für das konstruktive Miteinander in Europa darstellt“*. Und weiter düster orakelnd: Die Autokraten bekämen nun mit ihr „*eine Lobbyistin im Rat, also der Vertretung der 27 EU-Mitgliedsländer, um Sand ins Getriebe der EU zu streuen*“.

Melonis „wahlkampftaktisches Lippenbekenntnis für Europa“ könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie eine Gefahr für das konstruktive Miteinander in Europa darstelle,

meinte die frühere deutsche Justizministerin. Was an der Politik der aktuellen EU „konstruktiv“ war, weiß sie vermutlich selber nicht. Etwa eine Gebarung die zum Brexit führte?

****

- **Wir setzen unsere Berichterstattung heute Montag, 26.09.2022 am Vormittag fort und hoffen, Sie gestern umfangreich und weitgehend exklusiv informiert zu haben.**

***** UPDATE 25.09.2022 / 23:58 *****

CNN legt nach:

Meloni wird der rechtslastigste Premierminister seit Mussolini

CNN verzichtet bei der Berichterstattung über die italienischen Wahlen nicht auf die Beschwörung des Faschismus:

„Giorgia Meloni wird Italiens rechteste Ministerpräsidentin seit Mussolini“, so lautet jetzt die Schlagzeile der Eilmeldung auf der Website des US-Senders.

***** UPDATE / 23:45 *****

Internationale Medien zum Sieg der Mitte-Rechts-Parteien um Meloni

Ein „klarer“ Sieg für Mitte-Rechts: Giorgia Meloni ist einen Schritt davon entfernt, die erste Frau zu werden, die in Italien das Amt des Ministerpräsidenten übernimmt.

Dies sind die ersten Kommentare der internationalen Medien zu den politischen Wahlen in Italien, nachdem die ersten Exit Polls nach Schließung der Wahllokale veröffentlicht wurden.

„Die rechtsextreme Führerin Giorgia Meloni hat die Wahlen in Italien laut Umfragen gewonnen und ist auf dem besten Weg, die erste weibliche Ministerpräsidentin des Landes zu werden“, schreibt die BBC in einer Eilmeldung:

„Wenn sich die Zahlen bestätigen, wird Meloni versuchen, die am weitesten rechts stehende italienische Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg zu bilden. Ein Italien unter der Führung von Meloni wird weite Teile Europas alarmieren, denn Russland befindet sich im Krieg mit der Ukraine. Laut einer Rai-Ausgangsbefragung wird sie (Meloni) voraussichtlich zwischen 22 und 26 Prozent der Stimmen erhalten und damit vor ihrem engsten Konkurrenten, Enrico Letta von der Mitte-Links-Koalition, liegen“

***„Die Rechtskoalition liegt weit vorne“*,** schreibt der französische Le Figaro in seiner Online-Ausgabe:

„Nach ersten Schätzungen würde die Mitte-Rechts-Koalition zwischen 41 und 45 Prozent der Stimmen erhalten, die Mitte-Links-Koalition zwischen 25,5 und 29,5 Prozent, die Fünf-Sterne-Bewegung zwischen 13,5 und 17,5 Prozent. Im Einzelnen würden die Fratelli d’Italia zwischen 22 und 26 Prozent der Stimmen erhalten, die Pd zwischen 17 und 21 Prozent und die M5S zwischen 13,5 und 17,5 Prozent. Es folgt Matteo Salvinis Lega, die zwischen 8,5 und 12,5 Prozent der Stimmen erhalten würde, dann Matteo Renzis Italia Viva mit 6,5 bis 8,5 Prozent und schließlich Silvio Berlusconis Forza Italia mit 6 bis 8 Prozent der Stimmen.“

Die ersten Exit-Polls zeigen einen Sieg der Mitte-Rechts-Partei“, schreibt der britische Guardian:

„Die ersten Exit-Polls sind da und es gibt gute Nachrichten für Giorgia Meloni und die rechtsextreme Partei Fratelli d'Italia. Nach den Umfragen für die RAI erhielt die Mitte-Rechts-Koalition zwischen 41 und 45 Prozent der Stimmen und das Mitte-Links-Bündnis zwischen 25 und 29 Prozent. Zahlen, die der Mitte-Rechts-Partei eine Mehrheit in beiden Kammern verschaffen würden“. Dem Guardian zufolge *„lohnt es sich, die Hochrechnungen abzuwarten“*, die sich auf die echten Stimmen stützen, denn *„die italienischen Exit Polls haben eine sehr wechselhafte Geschichte“* und *„manchmal liegen sie falsch“*.

Nach diesen ersten Anzeichen hätte Mitte-Rechts immer noch zwischen 227 und 257 Sitze in der Abgeordnetenkammer und zwischen 111 und 131 Sitze im Senat.

„Giorgia Meloni wird laut Umfragen der erste rechtsextreme Minister Italiens seit Mussolini“, schreibt der amerikanische Sender CNN auf seiner Homepage:

„Nach den Umfragen von Rai ist die Partei Fratelli d'Italia, deren Ursprünge auf den Nachkriegsfaschismus zurückgehen, auf dem besten Weg, die Parlamentswahlen am Sonntag zu gewinnen.“

***** UPDATE / 23:30 *****

Geschätzte Sitze im Senat: Mitte rechts 111–131 Mitte links 33–53

Für den Senat auf der Grundlage der ersten Exit Polls des Konsortiums Opinio Italia für RAI ergibt die Schätzung der Sitze bei einer Stichprobenabdeckung von 80 % um 23.00 Uhr für Mitte-Rechts eine Spanne zwischen 111 und 131, für Mitte-Links zwischen 33 und 53, für die 5-Sterne-Bewegung zwischen 14 und 34. Azione und Italia viva haben schätzungsweise zwischen 4 und 12 Sitze, Italexit null Sitze, andere Kräfte zwischen 3 und 5.

***** UPDATE / 23: 12 *****

Ein Bündnis um Fratelli d'Italia hat laut Prognosen die Wahl in Italien gewonnen.

Das Bündnis um *„Fratelle d'Italia“*, der auch die *„Lega“* und die konservative *„Forza Italia“* angehören, dürfte auf mehr als die Hälfte der Sitze im Parlament kommen, wie die TV-Sender Rai und SkyTG24 gerade übereinstimmend auf Grundlage von Exit Polls (Nachwahlbefragungen) berichteten.

***** UPDATE / 22:40 *****

Über 400 Reporter und Fernsehsender aus aller Welt warten auf Meloni

Über 400 akkreditierte Journalisten, Truppen aus der ganzen Welt: neben den größten europäischen Netzwerken auch aus Japan, Korea und Argentinien. Dies sind die Zahlen der großen Medienpräsenz, die bereits die Säle des Hotels Parco dei Principi bevölkert, das nur einen Steinwurf von der Villa Borghese entfernt liegt und von Fratelli d'Italia ausgewählt wurde, um die Wahlnacht zu verfolgen.

Ein riesiger Maxibildschirm dominiert den Presseraum. Daneben der große Saal mit einer Bühne, im Hintergrund die Choreographie mit dem Parteisymbol und ein Podium, von dem

aus die verschiedenen Führer während der Abstimmung sprechen konnten. Trotz des spürbar großen Optimismus lässt die Partei verlauten, dass es unwahrscheinlich ist, dass sich jemand vor 1.30 oder 2 Uhr morgens zur Abstimmung äußern wird. Der Organisationsleiter Giovanni Donzelli ist bereits anwesend, und später werden weitere Mitglieder des Sekretariats eintreffen.

***** UPDATE / 19:00 *****

Papst mischt sich in Wahlkampf ein: „Migranten willkommen“

ROM – Papst Franziskus hat eine Botschaft an die Italiener geschickt, die erwägen, einwanderungsfeindliche Parteien zu wählen, und in einer Predigt davor gewarnt, *„Mauern gegen unsere Brüder und Schwestern zu errichten, die uns in Einsamkeit gefangen halten“*.

Franziskus reiste heute am Wahltag nach Süditalien und überbrachte eine Botschaft, die zentrale Wahlkampfthemen wie die Einwanderung ansprach.

Giorgia Meloni, Vorsitzende der *Fratelli d’Italia*, und ihr Verbündeter Matteo Salvini, Vorsitzender der *Lega*, von denen erwartet wird, dass sie Teil einer siegreichen Rechtskoalition sein werden, haben versprochen, wieder hart gegen Migranten vorzugehen, die mit Booten nach Italien kommen. Meloni hat eine „Seeblockade“ gefordert, während Salvini vorschlägt, die strengen Sicherheitsgesetze gegen Einwanderer, die er als Innenminister 2018–2019 eingeführt hat, wieder aufzunehmen.

***** 24.09.2022 / 18:00 *****

Rechtes Bündnis liegt in Umfragen vorne

Die „Rechtspopulistin“ Giorgia Meloni könnte mit ihrem Block aus rechten Parteien die erste Ministerpräsidentin Italiens werden.

In den aktuellen Umfragen liegt das Bündnis aus *Melonis Fratelli d’Italia* (Brüder Italiens), der Forza Italia und der Lega vorne. Meloni hatte auf ihrer Abschlusskundgebung auf der Piazza del popolo in Rom gerufen:

„Italien zuerst! Wir sind bereit, die Freiheit und den Stolz Italiens wiederherzustellen!“

Sehr zum Missfallen der EU-Granden würde unter Meloni eine EU-kritische Regierungspolitik zu erwarten sein. Über die undemokratischen Drohungen Ursula von der Leyens berichtet unsere Redaktion unter „PRESSE-ZENSUR zu VdLs Drohung zur Italienwahl“. Zuletzt nannte der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki die VdL-Drohung „skandalös“ und ergänzte „das ist nicht die Rechtsstaatlichkeit, das ist ein Diktat und das Fehlen von Rechtsstaatlichkeit.“

INFO zu Hochrechnungen:

Ein Wahl-Ergebnis am frühen Sonntagabend ist praktisch ausgeschlossen, da die Wahllokale von 7 bis 23 Uhr geöffnet sein werden. Erst danach können die Auszählungen beginnen, gefolgt von ersten Hochrechnungen und Prognosen. Ein vorläufiges Ergebnis ist erst am Montag zu erwarten.

Unsere Redaktion wird sich bemühen Exit-Poll Ergebnisse im Falle, dass es solche gibt, zu ergattern. Offiziell ist es erst nach Schließen der Wahllokale gestattet solche bekanntzugeben.

- Inzwischen liegt die erste Hochrechnung vor – wir werden weiter laufend berichten

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. m) Nordwest- und Nordeuropa Seite E 172

Keine Berichte!

P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png
https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

<u>Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.</u>

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

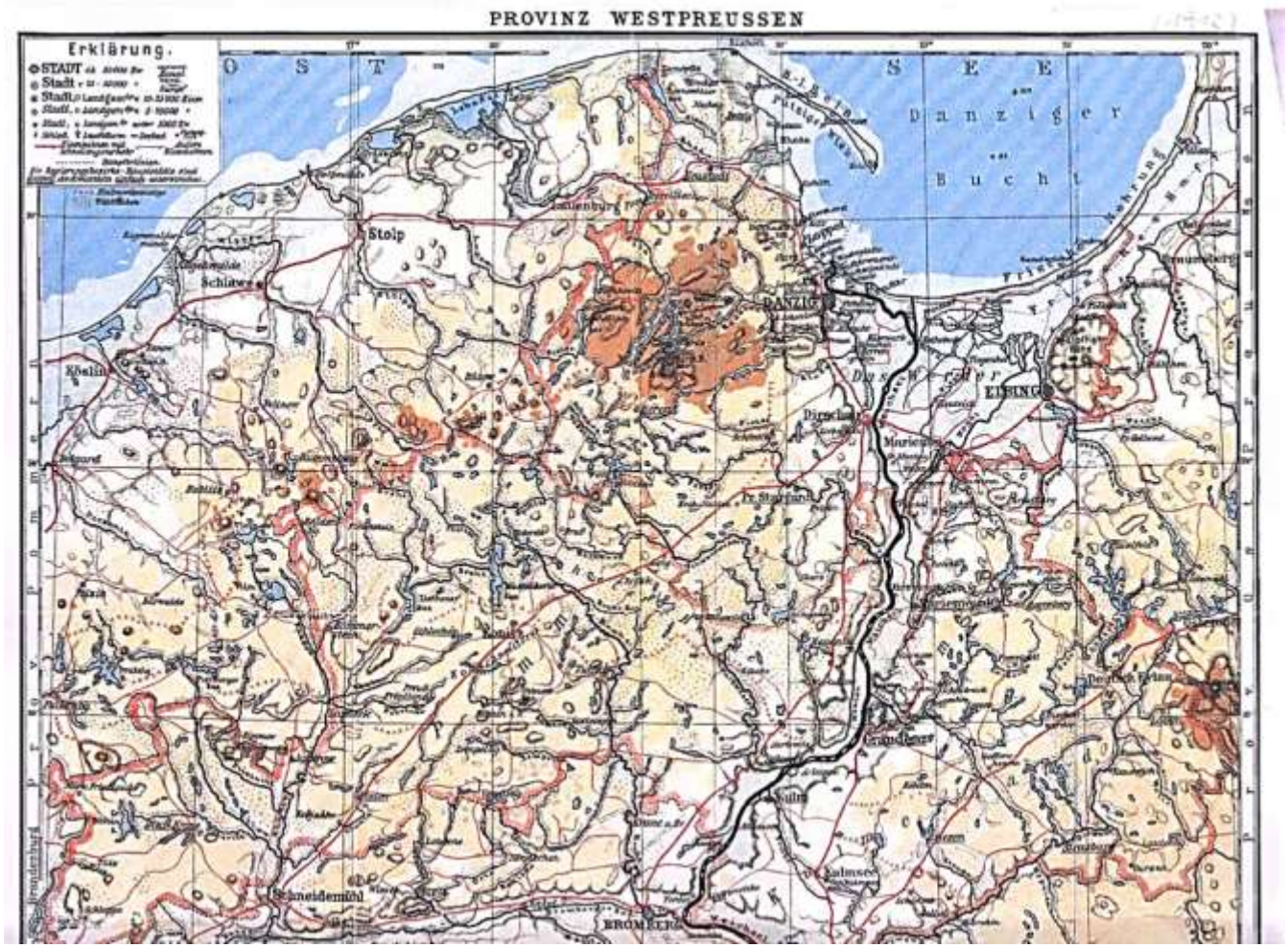
<u>Quelle: WIKIPEDIA „Ostmtteieuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr: https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa</u>

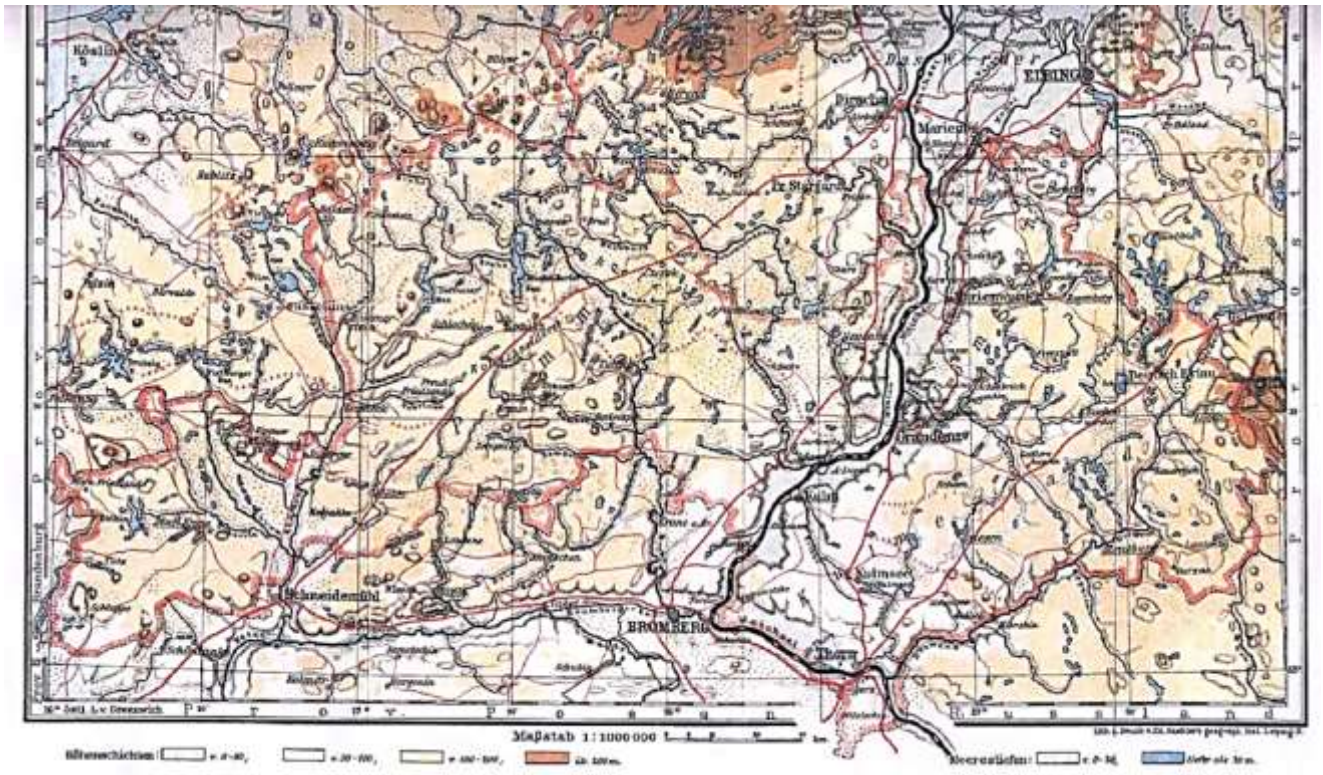
<u>s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im</u> Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa

Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbig: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr: ***https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png***

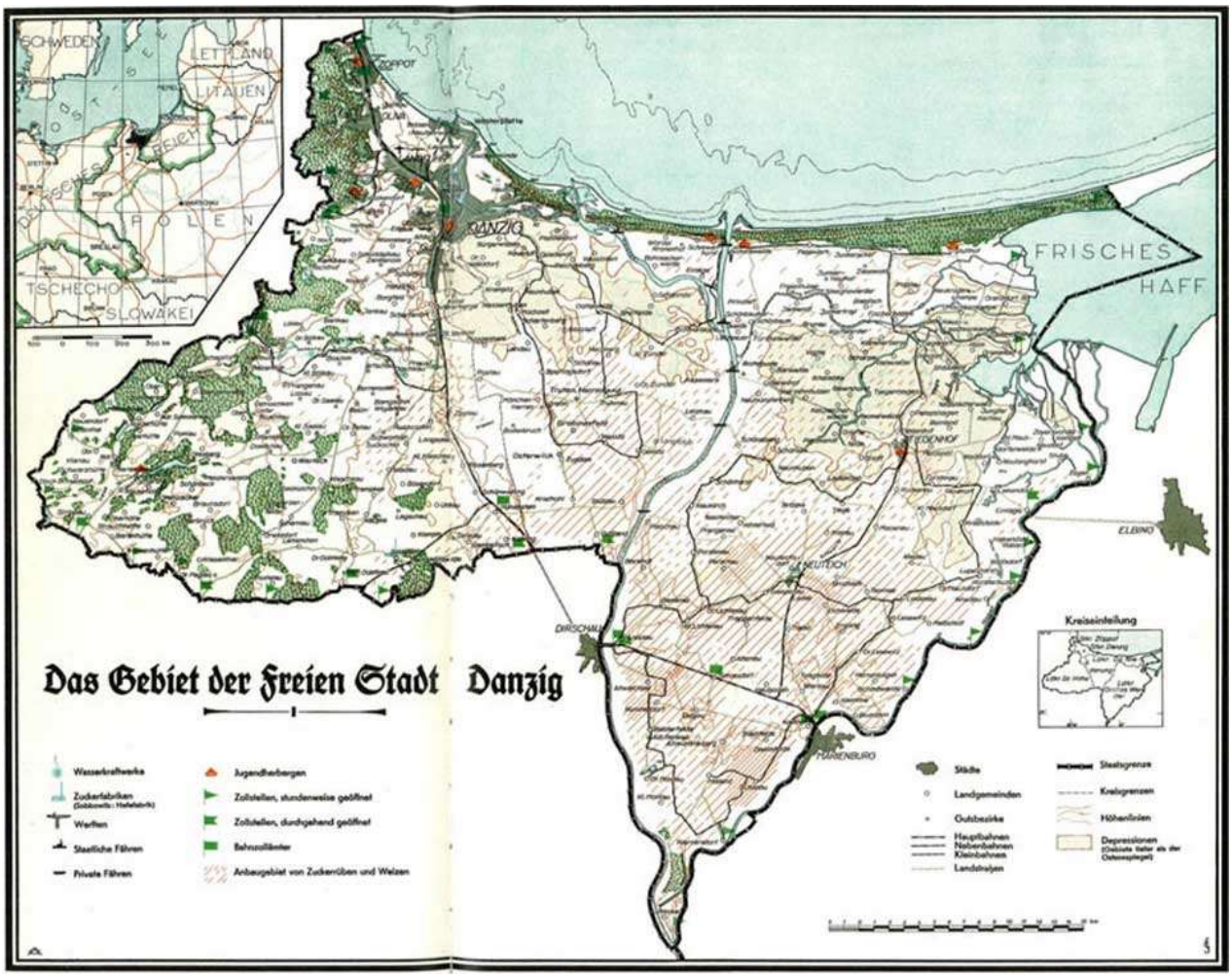
Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945

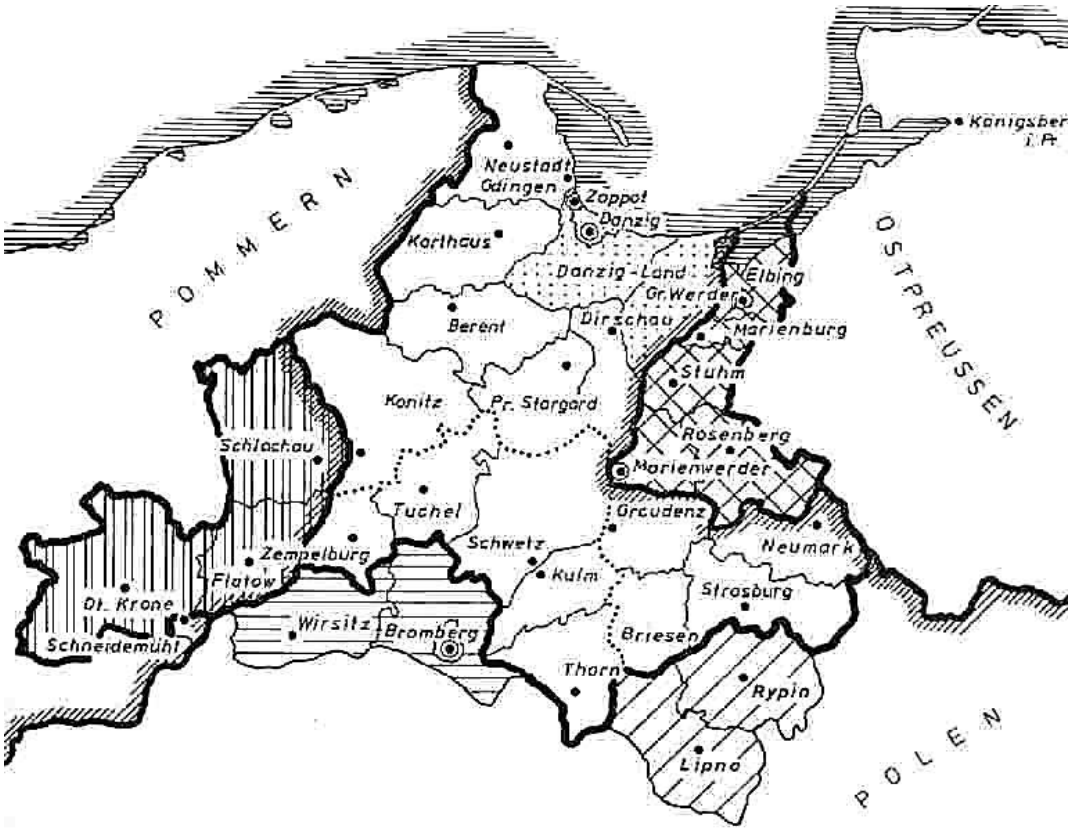

PROVINZ WESTPREUSSEN
Erklärung.
OSTSEE
Danziger Bucht
Stolp
Schlawe
Köslin
DANZIG
ELBING
Marienburg
Graudenz
Kulm
Kulmsee
Schneidemühl
BROMBERG
Thorn


Köslin
ELBING
Marienburg
Graudenz
Kulmsee
Schneidemühl
BROMBERG
Thorn
Maßstab 1:1000000

Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt Danzig –





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920

IMPRESSUM
Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeit: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<*agom.westpreussen.berlin@gmail.com*>

Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!

Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 825 vom 06.10.2022: 01.10.2022, 12:00 Uhr (vereinzelt auch später)

Der nächste Rundbrief Nr. 826 erscheint) voraussichtlich, am 20.10.2022.

Redaktionsschluss für AWR-826: Dienstag, 18.10.2022, 12:00 Uhr